



15. Heft | 7. August 1913

HERMANN MATTUTAT · DIE ERSTE TAGUNG DES NEUEN WÜRTTEMBERGISCHEN LANDTAGS



Am 11. Juli dieses Jahres hat der württembergische Landtag die Etatsberatung zu Ende geführt und ist durch königliches Reskript bis auf weiteres vertagt worden. Damit hat die Kammer ihre erste Tagung nach den Neuwahlen¹⁾ abgeschlossen. Die Befürchtungen, daß die Verschiebung der Parteiverhältnisse, wie sie die letzten Wahlen herbeiführten, die Arbeitsfähigkeit der Zweiten Kammer beeinträchtigen würde, sind nicht unbegründet gewesen. Auch das Niveau des Landtags hat durch den Wahlsieg der Rechten nicht gewonnen. Zeigte sich die Kammer schon unter der frühern Zusammensetzung nach den verschiedensten Richtungen hin als wenig fortschrittsfreundlich, so ist das jetzt in noch höherm Maß der Fall, da sowohl die Nationalliberalen als auch die Volkspartei eine Anzahl höchst unsicherer Kantonisten aufweisen, die ihren Platz ebensogut auf der äußersten Rechten haben könnten.

Schon die Wahl des Präsidiums ließ voraussehen, welchen Charakter die Verhandlungen der neugewählten Kammer zeigen würden.²⁾ Es wurde ausschließlich vom Zentrum und dem in seinem Schlepptau befindlichen Bauernbund besetzt. Diese Konstellation führte die Linke freilich selbst mit herbei, weil sie es nach Lage der Verhältnisse glaubte ablehnen zu müssen für die politischen Handlungen der rechtsstehenden Parteien die Mitverantwortung zu übernehmen. Die Autorität des Präsidiums konnte dadurch nicht gewinnen, was sich auch während der Tagung des Landtags in zahlreichen Fällen zeigte. Die Geschäftsführung blieb bis zur letzten Stunde eine unsichere. Hierzu trug nicht zum wenigsten neben der nicht genügenden Beherrschung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten der Umstand bei, daß Zentrum und Bauernbund wiederholt das von ihnen gewählte Präsidium im Stich ließen und seinen Intentionen entgegenhandelten. Das trat schon bei den Dispositionen zur Etatsberatung in die Erscheinung. Nach den im

¹⁾ Über diese siehe Lindemann *Die württembergischen Landtagswahlen 1912 und ihre Lehren* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 3. Band, pag. 1527 ff.

²⁾ Siehe hierzu auch meinen Artikel *Nach den Landtagswahlen in Württemberg* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 95 ff.

Seniorenkonvent getroffenen Vereinbarungen hoffte man mit der Etatsberatung wie auch dem übrigen Geschäftsanfall spätestens am 30. Juni fertig zu sein und den Landtag schließen respektive vertagen zu können. Es kam jedoch anders. Die Beratung zog sich bis zum 11. Juli hin und konnte nur unter fortgesetztem Drängen und unter Zuhilfenahme von Doppelsitzungen bis zu diesem Zeitpunkt zum Abschluß gebracht werden. Neben dem Etat gelangten nur einige untergeordnete Gesetzentwürfe: die Neckarverlegung, das Eisenbahnbaugesetz, die Erhöhung des Taggelds der unständigen Lehrer, die Erhöhung der Zivilliste und die Verlegung der Maschinenbauschule von Stuttgart nach Eßlingen, zur Erledigung. Eine Anzahl sehr wichtiger Gesetze, wie das Körperschaftsbeamtenpensionsgesetz, das Unfallfürsorgegesetz für Körperschaftsbeamte, die Gemeindesteuerreform, die Schaffung einer Landespolizeizentrale und eines Lichtspielgesetzes, die man wenigstens teilweise zu erledigen hoffte, mußten dagegen für eine besondere Herbsttagung zurückgestellt werden.

Von den 78 Sitzungen des Landtags entfallen allein 60 auf den Etat, während man mit etwa der Hälfte der Sitzungen auszukommen gehofft hatte. Für die Beratung des Etats des Innern waren beispielsweise 10 Tage in Aussicht genommen, tatsächlich waren deren 20 erforderlich. Verhältnismäßig schneller ging es mit dem Kultus- und Justizetat, obwohl auch hier die vereinbarte Zeit nicht eingehalten wurde. Dagegen brachten die Spezialetats wieder so breite Debatten, daß ihre Erledigung nicht weniger als 11 Tage beanspruchte. Der Versuch einer Kontingentierung der Sitzungen und des Beratungsstoffs endete infolgedessen mit einem Fiasko. Abgesehen von der Ungeschicklichkeit des Präsidiums, die viel dazu beitrug die Debatten ins Uferlose auszuwaschen zu lassen, trägt an der langsamen und schleppenden Geschäftserledigung die Hauptschuld das Zentrum, dessen Redner sehr häufig lediglich in Befriedigung örtlicher Agitationsbedürfnisse die unmöglichsten Lokalwünsche in einer Breite behandelten, die jede Rücksicht auf die parlamentarische Geschäftslage vermissen ließ. Dazu gesellte sich eine auf niedrigstem Niveau geführte Polemik, die zu langen, völlig zwecklosen Auseinandersetzungen führte und die Erledigung wichtigerer Arbeiten verhinderte. Selbst der Bauernbund kam gegen diese vom Zentrum gegen ihn betriebene Konkurrenz nicht auf, was aber der zwischen den beiden Parteien bestehenden Freundschaft und Bundesbrüderschaft keinen Abbruch tat. Beide Parteien gingen in fast allen Fragen, die den Landtag beschäftigten, geschlossen vor. Das kam ihnen gegenüber der Linken, die bald im nationalliberalen bald im volksparteilichen Lager, zum Teil auch bei beiden Parteien zugleich dissidentierende Elemente aufwies, sehr zu statten und ermöglichte ihnen ihre reaktionären Absichten durchzusetzen. Erleichtert wurde dem Zentrum und dem Bauernbund diese Haltung in hohem Grad durch das Entgegenkommen der Regierung, die nun vollständig im reaktionären Fahrwasser schwimmt.

Im Gegensatz zu der rechten Seite herrschte, wie gesagt, bei den Parteien der andern Hälfte der Kammer ein wenig imponierendes Durcheinander. Zwischen den 3 linksstehenden Parteien, den Nationalliberalen, der Volkspartei und der Sozialdemokratie, fehlte es an jeder engern Verbindung. Eine solche ist trotz des Wahlbündnisses und der gegenseitig geleisteten

Wahlhilfe nicht einmal zwischen den Nationalliberalen und der Volkspartei vorhanden. Die Unzuverlässigkeit der Nationalliberalen hat sich leider noch gesteigert. Von einem Ziel oder einer Richtung kann bei ihnen nicht geredet werden, es fehlt ihnen jedes einheitliche Wollen, in allen wichtigen Fragen fallen sie auseinander. Nicht viel besser steht es mit der Volkspartei: ein Teil neigt nach der bauernbündlerisch-konservativen Seite herüber, der andere unterscheidet sich von den Nationalliberalen nicht wesentlich. Zwar schlagen die Führer der Volkspartei, seitdem diese im Landtag die tonangebende Stellung verloren hat, wieder etwas oppositionellere Töne an. Man gewinnt aber nicht den Eindruck, daß ihre Opposition von der Regierung ernst genommen wird. Und nicht mit Unrecht, denn die volksparteiischen Radomontaden sind zum guten Teil Theaterdonner, nichts weiter. Sonst hat sich bei der Volkspartei nichts geändert. Sie ist sozialpolitisch genau so rückständig wie früher. Selbst die allereinfachsten und selbstverständlichsten Arbeiterforderungen wurden von ihr als zu weitgehend und undurchführbar bekämpft. Daß hier und da einige ihrer Mitglieder für solche Forderungen eintreten, ändert an dem Charakter der Partei selber nichts sondern ist auf örtliche und berufliche Einflüsse zurückzuführen. Diese Haltung der Volkspartei erklärt sich aus ihrer Entwicklung wie auch aus den ökonomischen Verhältnissen des Landes. Kleingewerbe und Landwirtschaft werden durch die Entwicklung der Industrie immer mehr zurückgedrängt, die großen und mittleren Industriellen treten in den Vordergrund und verlangen die Berücksichtigung ihrer Interessen. Das zwischen Arbeiter und Kleinunternehmer bestehende patriarchalische Verhältnis verschwindet und damit zugleich die bis dahin von der Volkspartei getreu ihrem manchesterlichen Charakter aufrechterhaltene und vertretene Fiktion von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeiter haben sich längst von der Volkspartei abgewandt. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil hat das Vertrauen zu ihr noch nicht verloren. Dieser Teil zehrt noch an der demokratischen Vergangenheit der Volkspartei und ist zu einem Übertritt zur Sozialdemokratie nicht zu bewegen. Aber die Zahl dieser Getreuen wird immer geringer. Auch die Kleinhandwerker und Bauern werden durch die Politik der Volkspartei nicht mehr befriedigt, sie kehren ihr trotz aller Liebesbeteuerungen immer zahlreicher den Rücken. Und damit gewinnen die kapitalistischen Elemente innerhalb der Volkspartei an Boden und gelangen zu dominierendem Einfluß.

Zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei besteht keinerlei Fühlung. Die wenigen Fäden, die früher einmal von der einen zur andern Partei hinüber- und in gemeinsame demokratische Forderungen zusammenliefen, sind längst zerrissen. Die Gegensätze zwischen beiden Parteien haben sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft, und zwar sowohl infolge des politisch erfolglosen Herüberries der Volkspartei zu den Nationalliberalen als auch des Hervortretens der *radikalen* Strömung innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie. Eine Verständigung zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Rechte ist deshalb schwieriger denn je und nur in solchen Fragen möglich, bei denen die Klasseninteressen ausscheiden. Die Sozialdemokratie ist so fast stets auf sich allein angewiesen. Eine Stärkung ihrer Position hat sie durch die letzten Neuwahlen nicht erfahren. Die noch immer in der

württembergischen Partei bestehenden inneren Zerwürfnisse sowie die gegen die Fraktion und ihre Mitglieder aus den eigenen Reihen erhobenen Anwürfe boten den Gegnern zahlreiche und willkommene Angriffsflächen. Diese Verhältnisse beeinträchtigen nicht nur das Ansehen der Fraktion sondern wirken auch hemmend auf ihre Agitationsfähigkeit ein. Daran hat auch die Ergänzung der Fraktion durch einige sogenannte *radikale* Genossen nichts zu ändern vermocht. Auch diese haben inzwischen einsehen müssen, daß mit radikalen Redensarten und Phrasen allein nichts zu erreichen ist und Regierung und bürgerliche Parteien dadurch nicht im Sinn sozialdemokratischer Forderungen umzustimmen sind. Die Fraktion hat an ihrer frühern Taktik festgehalten und bei allen Debatten den sozialdemokratischen Standpunkt scharf und sachlich zum Ausdruck gebracht. Mit ihren sozialpolitischen Anträgen stieß sie bei den bürgerlichen Parteien fast immer auf Widerstand und Ablehnung. An die Durchdrückung sozialer Reformen wesentlicherer Art ist in dem gegenwärtigen Landtag unter solchen Umständen nicht zu denken, auch die verflossene Landtagstagung hat sich in dieser Beziehung als völlig unfruchtbar erwiesen.

Erhebliche Änderungen hat der Etat durch die Beschlüsse der Zweiten Kammer nicht erfahren. Eine größere Bedeutung beansprucht nur die Erhöhung der Zivilliste des Königs um 350 000 Mark jährlich. Von den bürgerlichen Parteien war beabsichtigt worden diese Erhöhung stillschweigend ohne Debatte gutzuheißen. Sie gerieten daher in Verlegenheit, als die Sozialdemokratie diese Absicht vereitelte, und ihr Redner darauf hinwies, daß der Finanzausschuß es aus Mangel an Mitteln ablehnte die Anfangstagselder der unständigen Lehrer auf 3,50 Mark festzusetzen und den staatlichen Arbeitern die Sonn- und Festtage zu bezahlen, daß für die Erhöhung der Zivilliste nunmehr aber Geld genug vorhanden sei. Diese Erhöhung (eine Verfassungsänderung, für deren Annahme eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war) wurde sodann von der Volkspartei ebenso wie von allen übrigen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, bewilligt. Die Reichsfinanzreform wie auch die steigende Inanspruchnahme der Einzelstaaten durch die Militär- und Marineforderungen nötigten die württembergische Regierung Ersparnisse im Staatshaushalt zu versuchen. Unter anderen waren von ihr auch Vorschläge gemacht worden die teilweise veraltete und kostspielige Staatsverwaltung zu vereinfachen und zu verbilligen. Diese Vorschläge waren bereits von dem alten Landtag im wesentlichen akzeptiert, und daraufhin war ihre Ausführung angebahnt worden. Dazu gehörte auch die Abschaffung der Kreisregierungen, über deren Überflüssigkeit in den weitesten Kreisen der württembergischen Bevölkerung nur eine Meinung besteht. Nur auf der rechten Seite widersetzte man sich aus überwiegend lokalen Gründen ihrer Aufhebung. Die Änderung im Ministerium des Innern, die nach den letzten Wahlen eintrat, brachte einen Umschwung der Verhältnisse. Das gleiche Gesamtministerium, das erst vor 2 Jahren in seiner Denkschrift über die Vereinfachung der Staatsverwaltung selbst die Aufhebung der Kreisregierungen in Vorschlag gebracht hatte, duldete es nun, daß der neue Minister des Innern sofort nach seinem Amtsantritt das Programm seines Amtsvorgängers preisgab und sich den Wünschen der Rechten unterordnete. Diese benutzte die damit geschaffene Situation sofort zu einer Machtprobe,

um den ihr mißliebigen Beschluß wieder zur Aufhebung zu bringen. Ihre Rücksichtslosigkeit führte einen scharfen Konflikt mit der Linken herbei, wie er im Halbmondsaal wohl noch nicht vorgekommen war. Da die Rechte ihre zufällige Mehrheit unter allen Umständen ausnutzen wollte und auf sofortiger Abstimmung bestand, während nach einer Abmachung im Seniorenkonvent diese in solchen Fällen erst am folgenden Tag vorzunehmen ist, verließen Volkspartei und Sozialdemokratie geschlossen den Saal und führten so die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei. Danach blieb der Rechten schließlich nichts anderes übrig als sich den Wünschen der andern Seite zu fügen. Sie erreichte übrigens auch so am folgenden Tag infolge des Umfalls einiger Volksparteiler und Nationalliberalen die Mehrheit. Mit 44 gegen 39 Stimmen wurde die Beibehaltung der Kreisregierungen beschlossen. Damit ist diese Frage freilich noch nicht endgültig erledigt, sie wird das Haus noch weiter beschäftigen; zudem hält die Erste Kammer an ihrem gegenteiligen Beschluß fest.

Wie auf diesem so ist auf anderen Gebieten im württembergischen Landtag das Bestreben vorherrschend rückwärts zu drängen. Der letzte Landtag hatte sich im Prinzip für die Übernahme der gesamten Volksschullasten auf den Staat erklärt. Außer der Sozialdemokratie und der Volkspartei erkannten sogar die Nationalliberalen und der Bauernbund an, daß in nicht zu ferner Zeit zum mindesten die persönlichen Volksschullasten von den Gemeinden auf den Staat übertragen werden sollten. Unter dem Einfluß des Zentrums gab jedoch der Bauernbund seinen frühern Standpunkt auf, und so kam mit Unterstützung der alle Zeit umfallbereiten Nationalliberalen eine Abänderung des frühern Beschlusses zustande, wonach die größeren Gemeinden einen nicht unerheblichen Teil der persönlichen Volksschullasten nach wie vor zu tragen haben. Nach dieser Probe ist von diesem Landtag auf dem Gebiet des Volksschulwesens kein Fortschritt zu erwarten. *Rückwärts!* lautete auch die Devise der Mehrheit gegenüber den Vorschlägen der Regierung zur Abänderung der Forstorganisation. Die geplante Aufhebung von 3 Forstämtern wurde von ihr vereitelt, desgleichen die beabsichtigte Zusammenlegung von Oberamtstierarztbezirken. Ebenso fanden die von der Sozialdemokratie versuchten Verbesserungen des Etats, die auf eine günstigere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die staatlichen Arbeiter abzielten, bei den bürgerlichen Parteien keine Gegenliebe. Nur in einigen untergeordneten Punkten gelang es die Wünsche der Arbeiter der Verkehrsbetriebe, der Hüttenwerke und der Salinen zur Anerkennung zu bringen.

Auch sonst zeigt die politische Situation eine Änderung. Das Zentrum ruft nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie, und die Regierung kommt diesem Verlangen entgegen. Einen Anfang bildet der Erlaß des Kultusministeriums gegen die Arbeiterturnvereine. Das Ministerium hat sie mit einem Federstrich für politisch erklärt und gleichzeitig den Volksschülern sowie den Schülern sonstiger Bildungsanstalten den Beitritt zu einem Arbeiterturnverein wie auch die Beteiligung an seinen Übungen verboten. Der Erlaß ist sinnlos und gesetzwidrig, denn die Arbeiterturnvereine haben schon von jeher von der Mitgliedschaft von Schülern Abstand genommen und ihnen lediglich die Teilnahme an turnerischen Übungen in besonderen

Jugendabteilungen gestattet. Dies zu verbieten hat die Schulbehörde kein Recht, sie tut es gleichwohl. Man fürchtet eben die sozialistische Inifizierung der Arbeiterjugend und sucht diese mit allen Mitteln in die *Jungdeutschland*-bewegung oder ähnliche Verbindungen hineinzutreiben. Um dieses Ziel zu erreichen, schreckt man selbst vor gesetzwidrigen Eingriffen in das Erziehungsrecht der Eltern nicht zurück; man übersieht dabei, daß ein solches Vorgehen den schärfsten Widerspruch hervorrufen und das Gegenteil dessen herbeiführen muß, was beabsichtigt wird. Wie die letzten Wahlen zeigten, steht mindestens ein Drittel der württembergischen Wählerschaft auf der Seite der Sozialdemokratie. Diesem großen Teil des Volkes schlägt die Regierung mit ihrem Vorgehen ins Gesicht. Das ist der Regierung und der Mehrheit des Landtags mit aller Deutlichkeit gesagt worden. Beschämend war hierbei die Haltung der Volkspartei und der Nationalliberalen. Kein Wort der Entrüstung über die Vergewaltigung der Arbeiterjugend, nur Verlegenheitsgestammel und stillschweigende Billigung.

Bei solcher Sachlage konnte die Haltung der Sozialdemokratie in der Etatsabstimmung nicht zweifelhaft sein, sie konnte nicht anders als den Etat ablehnen, um ihre Stellung gegenüber den Herrschenden zu demonstrieren. Das Lachen auf der rechten Seite des Hauses über die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokratie klang deshalb auch ziemlich gekünstelt. Indes, darüber kann gleichwohl kein Zweifel bestehen, daß ohne die bekannte Festlegung der Budgetabstimmung durch den Gesamtparteitag der in der Ablehnung liegende Protest gegen das Vorgehen der Regierung erheblich wirkungsvoller gewesen wäre und im Land ein starkes Echo gefunden hätte. Es zeigte sich hier wiederum: Die Festlegung der Abgeordneten auf eine Ablehnung unter allen Umständen macht diese selbst eindruckslos und läßt sie als Formalität ohne jede Bedeutung erscheinen, wobei die Abstimmenden selbst eine wenig angenehme und erhebende Rolle spielen. Es läge deshalb im Interesse der Partei wie des Ansehens ihrer parlamentarischen Vertretung, wenn dieser in jedem Betracht verfehlte Parteitagsbeschluß recht bald seine Aufhebung fände.

XX

LUDWIG QUESSEL · DIE MINISTERIELLE ABSTIMMENZ DER SOZIALDEMOKRATIE UND IHRE FOLGEN FÜR DIE DEMOKRATIE



MAN kann die für die Geschichte der westeuropäischen Demokratie hochwichtigen Vorgänge, die sich jetzt in Holland und Dänemark abgespielt haben, nicht richtig verstehen und in ihrem vollen Umfang würdigen, wenn man sich nicht mit dem Charakter und dem Mechanismus der parlamentarischen Regierung vertraut gemacht hat. Was das politische Leben in den beiden germanischen Kleinstaaten von den politischen Vorgängen im Deutschen Reich grundsätzlich unterscheidet, ist der Umstand, daß dort das parlamentarische, bei uns aber das konstitutionelle Regierungssystem Geltung hat. In Holland und in Dänemark sind die Minister Vertrauensmänner der Parteien, die in der Volkskammer über die Mehrheit der Stimmen verfügen; sie sind im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen nicht Bureaukraten, die aus den

Schreibstuben der Regierung hervorgehen, sondern Politiker, die ihre hohe Stellung den Parteien verdanken, deren Vertrauen sie sich erworben haben. Und was die Monarchen betrifft, so sind sowohl der dänische König wie auch die holländische Königin nach den Grundsätzen des parlamentarischen Gewohnheitsrechts verpflichtet die Staatsgeschäfte ausführen oder, wie es in den staatsrechtlichen Kompendien häufig heißt, die Kronrechte ausüben zu lassen durch Politiker, denen nicht sie ihr Vertrauen schenken, sondern die Vertrauensmänner der in der Volkskammer herrschenden Parteien sind, von denen man annimmt, daß sie die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Seit den Neuwahlen, die zu einem Umschwung der Mehrheitsverhältnisse führten, befindet sich nun das politische Leben in Dänemark und in Holland in einer Krise, die sich äußerlich als eine Ministerkrise darstellt, im Grunde aber mehr als eine solche ist, weil ihr anhaltender Charakter darauf zurückgeführt werden muß, daß die Sozialdemokratie beider Länder sich weigert die Pflichten, die eine Regierung durch und für das Volk den Parteien auferlegt, auf sich zu nehmen. Da es sich hier um einen für die Zukunft der parlamentarischen Demokratie wichtigen Gegenstand handelt, rechtfertigt es sich bei einer kritischen Würdigung der ministeriellen Abstinenz der Sozialdemokratie staatsrechtliche mit politischen Gesichtspunkten zu verbinden, um das Problem, das der Sozialismus zu lösen hat, in scharfen Umrissen hervortreten zu lassen, wobei es sich empfiehlt methodisch zu verfahren, da nur so das Problem klar gestellt werden kann.

Ministerkrisen können parlamentarische und außerparlamentarische Ursachen haben. Natürliche Erscheinungen, wie Tod oder unheilbare Krankheit des Premierministers, führen zuweilen Ministerkrisen herbei. Die selbe Wirkung können auch moralische Entgleisungen der Minister zeitigen. Ein Schulbeispiel dafür ist der moralische Zusammenbruch des dänischen Justizministers Alberti, der sich wegen seines Millionenschwindels selbst den Gerichten stellen mußte und das liberale Ministerium Christensen mit in den Abgrund riß. Ursachen solcher Art haben nicht nur einen außerparlamentarischen sondern im Grunde auch einen unpolitischen Charakter, obwohl sie das politische Leben stark erregen und beeinflussen können. Außerparlamentarisch sind weiter Ministerkrisen, die durch persönliche Differenzen der Minister hervorgerufen werden. Das selbe gilt von Ministerkrisen, die infolge von Konflikten des Premierministers mit dem Staatsoberhaupt entstehen. In parlamentarisch regierten Staaten, deren Oberhaupt einen monarchischen Titel führt, sind derartige Konflikte allerdings kaum zu erwarten, weil die parlamentarisch regierenden Monarchen von Jugend auf dazu erzogen sind ihre Tätigkeit auf die Repräsentation des Staatswesens zu beschränken und sich jeder politischen Beeinflussung des jeweilig regierenden Ministeriums zu enthalten. Wo dagegen das Oberhaupt einen republikanischen Titel führt und durch Wahl aus der Reihe der Politiker hervorgeht, da ist naturgemäß auch zu erwarten, daß es sich parteipolitisch zu betätigen sucht. Wie weit man hierin gelangen kann, zeigt der Fall des Ministerpräsidenten Jules Simon, der am 16. Mai 1877 von dem klerikal gesinnten Präsidenten der französischen Republik schimpflich davongejagt wurde, weil er die Reden von einer Gefangenschaft des Papstes als Übertreibungen hingestellt hatte. Dieses Vorgehen des Präsidenten MacMahon gegen Simon stellte zweifellos einen Übergriff dar, wenn man den Fall vom Standpunkt

des parlamentarischen Gewohnheitsrechts aus betrachtet. Mit dem Buchstaben der republikanischen Verfassung ließen sich dagegen Mac Mahons autokratische Allüren sehr gut in Einklang bringen, denn diese besagt in Artikel 3, daß der Präsident alle zivilen und militärischen Ämter besetzt. Die französischen Staatsrechtslehrer sind auch darin einig, daß das republikanische Staatsoberhaupt den Chef des Ministeriums von seinem Amt abberufen kann, auch wenn dieser sich in voller Harmonie mit der Parlamentsmehrheit befindet. Angesichts dieser weitgehenden rechtlichen Befugnisse des republikanischen Staatsoberhauptes, die natürlich leicht zu einem Mißbrauch führen können, wird man es begreiflich finden, daß die wirklich demokratisch gesinnten Parlamentarier Wert darauf legen, daß von den Präsidentschaftskandidaten immer der ungefährlichste oder, wie Clemenceau spöttisch zu sagen pflegte, der dümmste ans Ziel gelangt.

Von weit größerer Bedeutung als die außerparlamentarischen sind aber die parlamentarischen Ministerkrisen. Hervorzuheben ist dabei, daß in einem konstitutionell regierten Staat wie Deutschland, wo die in der Verfassung niedergelegten Befugnisse des Staatsoberhauptes, die übrigens durchaus ähnlich lauten wie die betreffenden Artikel der republikanischen Verfassungen, durch die parlamentarische Praxis noch keine Einschränkung erfahren haben, es wohl außerparlamentarische, nicht aber parlamentarische Ministerkrisen geben kann, weil die Minister nicht Vertrauensmänner des Parlaments, sondern die der Krone sind. Ein von der Mehrheit der Volksvertretung dem Ministerium ausgestelltes Mißtrauensvotum führt in einem parlamentarisch regierten Land notwendigerweise zu einer Ministerkrise. In einem konstitutionell regierten Staat hat es aber nur einen platonischen Charakter. Als der deutsche Reichstag am 13. Januar dieses Jahres in der Enteignungsfrage dem Reichskanzler mit 213 gegen 97 Stimmen sein unverhohlenes Mißtrauen aussprach, verhallte dieses parlamentarische Gewitter wie Theaterdonner. Die Ursache dieser Erscheinung liegt eben darin, daß hinter diesem Mißtrauensvotum keine Mehrheit stand, die willens war ihrem Votum mit allen parlamentarisch zulässigen Mitteln Nachdruck zu verleihen. So wurde diese Demonstration, die als eine Bekundung der Macht des Reichstags gedacht war, zu einem Ausdruck seiner Ohnmacht. Der Vertrauensmann der Krone erwies sich als stärker als das Parlament. Wie ein Mißtrauensvotum kann aber auch in einem parlamentarisch regierten Staat die Ablehnung eines wichtigen Gesetzentwurfs zu einer Ministerkrise führen, wenn nämlich, was häufig geschieht, das Ministerium von dessen Annahme sein Verbleiben im Amt abhängig gemacht hat. (In diesem Sinn stellt das Verhalten des Fürsten Bülow bei der Finanzreform, der seine Kanzlerschaft von der Stellung des Reichstags abhängig machte, einen ersten Anfang auf dem Weg zum parlamentarischen Regime dar; doch wurde diese Position, mit manchen sonstigen Errungenschaften der Bülowperiode, vom Parlament selber später wieder preisgegeben.) Freilich kann, besonders in einem republikanischen Staatswesen, in einem solchen Fall das Staatsoberhaupt das Ministerium stützen, indem es das Parlament auflöst. Ergeben die Neuwahlen jedoch wieder eine verwerfende Mehrheit, so muß das Ministerium allerdings abtreten. Das in Form der Kammerrückbildung sich geltend machende Veto des Staatsoberhauptes gegen den Parlamentsbeschluß ist alsdann unwirksam geworden. Überhaupt führen in allen parlamentarisch regierten Ländern Neu-

wahlen, sofern sie die früheren Mehrheitsverhältnisse ändern, Ministerkrisen herbei. Und damit kommen wir nunmehr zu der dänischen und der holländischen Ministerkrise, die zunächst freilich durch Parteiverschiebungen bei den Neuwahlen herbeigeführt wurden, die aber eine ganz eigenartige Verschärfung dadurch erhielten, daß sowohl die dänische wie die holländische Sozialdemokratie sich auf den Boden der ministeriellen Abstinenz, der Enthaltung von den Regierungsgeschäften stellte.

Zur richtigen Würdigung der dänischen Ministerkrise sei vorausgeschickt, daß das parlamentarische System, das in Dänemark im Jahr 1901 zum Sieg gelangte, nicht in Rechtssätzen zum Ausdruck gekommen ist. Die Grundsätze der parlamentarischen Regierung, die dem König von seiner einstigen ungeheuren Machtfülle nur noch ungefähr die Rechte des Präsidenten einer demokratischen Republik belassen, haben in der Verfassungsurkunde keine Aufnahme gefunden. Doch ist dies nicht etwa als ein besonderer Mangel des dänischen Verfassungssystems anzusehen. Die Prinzipien des parlamentarischen Regiments sind nirgends in der Verfassung niedergelegt worden. Selbst in der französischen Republik, die in der Kodifizierung des Verfassungsrechts am weitesten gegangen ist, fordert die Verfassung nicht, daß der Präsident nur solche Männer als Minister beruft, die Vertrauensmänner der jeweilig in der Kammer vorhandenen Mehrheit sind. Das parlamentarische Regime, das von den Staatsrechtslehrern mit Recht als die höchste Form einer Regierung durch und für das Volk angesehen wird, kann garnicht in Rechtssätzen zum Ausdruck gelangen, da ein rechtlicher Zwang auf die Mehrheitsparteien ihre Vertrauensmänner in die Ministerien zu delegieren nicht ausgeübt werden kann. Es muß also, wenn die Mehrheitsparteien sich aus irgendeinem Grund dieser Pflicht entziehen, dem Staatsoberhaupt die rechtliche Möglichkeit gelassen werden wieder zum konstitutionellen Brauch zurückzukehren und zu Ministern Männer seines Vertrauens zu ernennen. Das parlamentarische System steht und fällt mit der Kraft und der Einsicht der Parteien, die in der Volkskammer eine Mehrheit bilden könnten. Es erlebt sein letztes Glück und seinen letzten Tag, wenn die Parteigegensätze so sehr überwuchern, daß eine Regierungsmehrheit überhaupt nicht mehr zustande kommen kann. Sein Untergang ist aber auch besiegelt, wenn die Parteien, die wohl eine Mehrheit bilden könnten, in kurzzeitigem Doktrinarismus sich zu dem Grundsatz der ministeriellen Abstinenz bekennen. Der Untergang des parlamentarischen Regimes bedeutet nun in einem Land, das die direkte Wahl der Minister durch das Volk nicht kennt, zugleich auch die Vernichtung wichtiger demokratischer Volksrechte. In einem konstitutionell regierten Staat wie Deutschland kann die Abgabe eines Stimmzettels nur die Bedeutung haben, daß der Wähler die Partei bezeichnet, von der er wünscht, daß sie bei der Gesetzgebung mitwirkt und die parlamentarische Kontrolle der Regierungshandlungen ausübt. Ganz anders in einem parlamentarisch regierten Land. Hier bezeichnet der Wähler durch die Abgabe eines Stimmzettels auch die Partei, von deren Vertrauensmännern er regiert werden will. Als die dänischen Liberalen aus der Wahlschlacht nur 44 Mandate heimbrachten, während Sozialdemokraten und Radikale ihre Mandatsziffer von 44 auf 62 steigerten, handelten sie vom demokratischen Standpunkt aus nur konsequent, wenn sie die Weiterführung der Regierung mit der Motivierung ablehnten, daß die Mehrheit der Wähler sich gegen eine liberale Regie-

nung ausgesprochen, daß das dänische Volk von liberalen Ministern offensichtlich nicht mehr regiert werden will. Nun ist es allerdings richtig, daß dieses feine demokratische Empfinden bei den Liberalen einigermmaßen verdächtig ist. Wahrscheinlich wollten sie durch ihr Verhalten dem Land zeigen, daß die höchstbestimmte Partei, die Sozialdemokratie, die das Volk durch Abgabe von 108 000 roten Stimmzetteln zur Regierung berufen hat, zurzeit garnicht dazu fähig ist. Und dieser Nachweis ist ihnen in der Tat in gewissem Sinn gelungen. Denn die dänische Sozialdemokratie, die mit den Radikalen zusammen eine Mehrheit bilden konnte, und der als der stärksten Fraktion nach dem parlamentarischen System die Verpflichtung oblag in dem neuen Koalitionsministerium den Ministerpräsidenten zu stellen, hat das Angebot des dänischen Königs die Bildung eines Ministeriums zu übernehmen aus parteitaktischen Gründen abgelehnt. Noch hat durch das Verhalten unserer dänischen Parteigenossen das parlamentarische Regime des Landes keinen Schaden gelitten, da die Radikalen, um die wichtige demokratische Errungenschaft der parlamentarischen Regierung zu retten, für die Sozialdemokratie in die Bresche sprangen. Was aber wäre geschehen, wenn die Radikalen bei ihrer Weigerung das Ministerium zu übernehmen beharrt hätten? Der Rückfall in den konstitutionellen Zustand, der dem Monarchen eine ungeheure Machtfülle verleiht, oder, populär gesprochen, die Rückkehr zum *persönlichen Regiment* wäre unvermeidlich gewesen. Zugleich aber wäre den Wählern ihr höchstes Recht: selbst zu bestimmen, von wem sie regiert werden wollen, wahrscheinlich für längere Zeit verloren gegangen. Denn nichts ist im Grunde schwerer zurückzuerobern als durch Unverstand freiwillig preisgegebene Volksrechte.

Es liegt nun nahe die unheilvollen Folgen der ministeriellen Abstinenz der Sozialdemokratie für die Volksfreiheit durch den Hinweis abzuschwächen, daß wir ja programmatisch die direkte Wahl aller Behörden durch das Volk fordern, und diese uns aus allen Schwierigkeiten hinausführen kann. Gegen diesen Einwand wäre zunächst zu bemerken, daß es zweifelhaft ist, ob man die Minister einer souveränen Volksvertretung als selbständige Behörde ansehen darf. Ich neige der Ansicht zu, daß in einem konstitutionell regierten Staatswesen wie Deutschland, wo die Minister einseitig von der Krone berufen und abgerufen werden können, man wohl von einem behördlichen Charakter des Ministeriums sprechen kann. In einem parlamentarisch regierten Land liegen aber die Dinge wesentlich anders. Hier ist das Ministerium lediglich ein Vollzugsorgan des souveränen Parlamentswillens, das von dem parlamentarischen Körper nicht abgetrennt werden kann, das kein selbständiges Leben zu führen imstande ist. In der Tat sind ja die Mitglieder eines parlamentarischen Ministeriums zugleich Abgeordnete, Mitglieder des Parlaments. Sie sind weder Beamte noch Bureaukraten. Sie gehen nicht aus den Schreibstuben der Regierungen sondern aus den Volksversammlungen hervor. Sie werden auch nach ihrer Ernennung nicht Bureaukraten sondern bleiben, was sie waren, nämlich *Politiker*, die sich nur so weit in die Verwaltungsarbeit ihrer Departementschefs einmischen als nötig ist, um dieser die von der regierenden Parlamentsmehrheit gewünschte Richtung zu geben. Gewiß, auch parlamentarische Minister sind ein Teil der administrativen Hierarchie, an deren Spitze sie stehen, aber ihre Herkunft aus dem Parteileben, ihre Eigenschaft als Abgeordnete, ihre einseitig politische Kapa-

zität, ihre verwaltungstechnische Inkompetenz und der temporäre Charakter ihrer Funktionen geben ihnen eine Sonderstellung. Gegenüber ihrem parlamentarisch-politischen tritt ihr behördlicher Charakter weit zurück. Aber auch dann, wenn man sie als eine Behörde im Sinn des Parteiprogramms gelten läßt und ihre direkte Wahl durch das Volk fordert, wäre für die ministerielle Abstinenz nichts gewonnen. Wenn, um beim dänischen Beispiel zu bleiben, sich auf die Ministerkandidaten der Sozialdemokratie die selbe Stimmenzahl wie auf ihre Parlamentskandidaten vereinigt hätte, nämlich 108 000, wären sie als Höchstbestimmte zum Sieg gelangt. Und selbst dann, wenn bei der direkten Ministerwahl durch das Volk zum Sieg die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen notwendig wäre, hätten in Dänemark die sozialdemokratischen Ministerkandidaten mit radikaler Stichwahlhilfe gewählt werden können. Aus diesen Erwägungen, die in den Wahlziffern ihre feste Grundlage haben, ergibt sich, daß auch die direkte Wahl der Behörden durch das Volk kein sicheres Mittel gegen den gefürchteten Ministerialismus abgeben kann, sofern die Sozialdemokratie einmal die stärkste Partei des Landes geworden ist. Gegen den Ministerialismus hilft also nur noch die Abstinenz. Diese aber führt, wie wir gesehen haben, notwendigerweise zur Entwertung des Wahlrechts, zur Steigerung der monarchischen Gewalt, zum persönlichen Regiment des Staatsoberhauptes. Sie ist die Verneinung der Pflichten, die der stärksten Partei aus einer Regierung durch und für das Volk erwachsen, und kann daher von einer Partei, die auf dem Boden der Demokratie steht, auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden.

Für eine schwache Partei wie die holländische Sozialdemokratie schließt die ministerielle Abstinenz allerdings geringere Gefahren ein. Wenn die holländischen Freisinnigen, die von den 55 Mandaten der Linken 37 ihr eigen nennen, allein ein Ministerium der Linken bilden, so bleiben eben nur 18 Mandate unberücksichtigt. Ein nur aus Freisinnigen gebildetes Ministerium kann unter diesen Umständen zur Not, allerdings mehr schlecht als recht, als Vollzugsorgan der Gesamtlinken fungieren. Daraus ergibt sich aber, daß von der Verantwortung für die Politik dieses rein freisinnigen Ministeriums doch ein Teil auf die Sozialdemokratie fallen wird. Aber auch in Holland kann die ministerielle Abstinenz der Sozialdemokratie zum Untergang des parlamentarischen Regimes führen, wenn der Freisinn sich hartnäckig weigern würde allein die Verantwortung für die Regierung der Linken zu übernehmen. Die Königin würde in diesem Fall ja geradezu gezwungen werden die chronische Ministerkrise durch den Übergang zum konstitutionellen System zu beenden. Nur mit Bangen kann daher derjenige, dessen Herz für die demokratische Freiheit und das administrative Selbstbestimmungsrecht der Völker schlägt, den Folgen der ministeriellen Abstinenz entgegensehen.

Mögen diese Erwägungen dazu beitragen das demokratische Gewissen unserer dänischen und holländischen Genossen zu wecken und sie veranlassen die Frage der ministeriellen Abstinenz und ihrer Folgen für die Demokratie einer erneuten und sehr gründlichen Prüfung zu unterziehen, solange es noch Zeit ist.

XX

ROBERT SCHMIDT · VERBRAUCHTE ARBEITSKRÄFTE



ER Lust zur Arbeit hat, der findet auch Beschäftigung: Das ist eine sehr oft gebrauchte Redensart in den Kreisen, die von der Arbeit selbst nicht viel halten, oder denen es durch besondere Glücksumstände, oft auch durch starke Rücksichtslosigkeit gelang zu einer angenehmen Position hinaufzuklimmen. Der gute Wille zur Arbeit genügt nicht, denn es drängen sich gar viele um Lohn und Brot. In der Vollkraft der Jugend sind die Chancen noch günstiger den Arbeitsplatz zu behaupten; mit zunehmendem Alter, wenn die Kräfte schwinden, bei Krankheit oder Invalidität, vollzieht sich langsam der Abstieg, das Tätigkeitsfeld engt sich ein, bis der Arbeiter schließlich vollständig ausscheidet.

Das letzte Jahrzehnt brachte der Industrie einen glänzenden Aufschwung, und in Deutschland stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften prozentual weit stärker als die Bevölkerung. Nach den beiden letzten gewerblichen Betriebszählungen stieg die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Gruppe Industrie, Bergbau und Baugewerbe, wie folgt: 1895 wurden 5 550 205 Lohnarbeiter gezählt, 1907 7 950 418; sie vermehrten sich also in 12 Jahren um 43 %, während die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum nur von 52 auf 62 Millionen, das heißt um 19 % anwuchs. Dabei sind in dieser Aufstellung nur die eigentlichen Arbeiter, nicht aber die Angestellten in Kontoren, die Techniker und Verwaltungsbeamten mitgerechnet. Man sollte annehmen, daß bei einer so starken Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sich ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen müßte. Das war jedoch durchaus nicht der Fall. Bis auf einen vorübergehenden Mangel an gelernten Arbeitern für einzelne Berufe fehlte es nirgends an Arbeitskräften. Zunächst konnte die Industrie aus den ländlichen Distrikten große Arbeitsmassen heranziehen, jedes weitere Manko deckte sie dann durch ausländische Arbeiter, wie auch die entstehende Lücke in der Landwirtschaft wiederum durch den Zuzug ausländischer Arbeiter ausgefüllt wurde. Für die Unternehmer hatte dies den Vorteil, daß in der Industrie die weniger anspruchsvollen Arbeiter vom Land und in der Landwirtschaft eine in der Regel noch tiefer stehende Schicht ausländischer Arbeiter beschäftigt werden konnten. Dadurch vollzog sich nun eine soziale Verschiebung: die unteren Arbeiterschichten rückten nach oben nach. Dabei soll gar nicht behauptet werden, daß in jedem Fall die Abwanderung vom Land für den Arbeiter eine materielle Hebung bedeutet. Aber in der Industrie lastet doch der Druck der Abhängigkeit nicht so schwer auf ihm wie unter der ländlichen Gewaltherrschaft. Sowohl die andersartigen rechtlichen Verhältnisse wie besonders auch der Einfluß der Gewerkschaften lassen die soziale Stellung des Industriearbeiters doch weit günstiger erscheinen. Wie stark der Zuzug vom Ausland fortwährend wächst, zeigen die Ergebnisse der 3 letzten Volkszählungen. 1900 betrug die Zahl der Ausländer 778 737, 1905 stieg sie auf 1 028 560 und 1910 auf 1 259 873. Dabei erfassen diese Ermittlungen, die den Stand der Bevölkerung am 1. Dezember des Zählungsjahrs feststellen, noch nicht die Wanderarbeiter, die vom Ausland hereinkommen. Zuverlässige Angaben

über die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter besitzen wir nicht. Die *Arbeiterzentrale*, die die Legitimationskarten für Ausländer ausgibt und auch die Arbeitsvermittlung besorgt, hat im Jahr 1908-1909 solche Karten an 593 348 Arbeiter und 1911-1912 an 729 575 Arbeiter ausgestellt. Auch in der Industrie nehmen die Ausländer stark zu. So machten sie 1902 im Ruhrbergbau 5,79 %, 1911 8,35 % der Belegschaft aus. Im lothringischen Erzbergbau waren sogar 1911 von 15 980 Mann der Belegschaft 6469, das heißt 40,5 %, Ausländer.

Die Tendenz des Kapitalismus dem Arbeitsmarkt einen Überschuß von Arbeitskräften zuzuführen, um sich die nötige Reservechance zu sichern, blieb also auch für diese Periode wirtschaftlichen Umschwungs bestehen. So ergaben die im *Reichsarbeitsblatt* veröffentlichten Zusammenstellungen über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der Gewerkschaften das folgende:

Jahr	Arbeitslose (Unterstützte und Nichtunterstützte) am Ende der letzten Woche des			
	1. Quartals	2. Quartals	3. Quartals	4. Quartals
1910	25 974	29 044	27 880	35 757
1911	32 000	30 110	32 285	47 196
1912	30 521	35 138	31 582	59 472
Auf 100 Mitglieder kamen Arbeitslose:				
1910	1,8	2,0	1,8	2,1
1911	1,9	1,6	1,7	2,4
1912	1,6	1,7	1,5	2,8

Diese Zahlen entsprechen natürlich nicht der wirklichen Höhe der Arbeitslosigkeit, denn in den Gewerkschaften ist die Zahl der Arbeitslosen viel geringer als in den Schichten der Unorganisierten. Eine gute Folge hat allerdings die starke Anspannung des Arbeitsmarkts gehabt. In Zeiten vorübergehender Geschäftsstockung wurden die Arbeiter nicht mehr mit der sonst üblichen Rücksichtslosigkeit entlassen, sondern man suchte lieber einen Ausgleich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die Anregung hierzu ging meist von den organisierten Arbeitern aus, die so versuchten die Lasten einer rückläufigen Konjunktur gemeinsam zu tragen. Die Unternehmer wiederum hatten dadurch den Vorteil sich einen geübten Arbeiterstamm zu erhalten. Die technische Entwicklung erfordert heute mit dem Betrieb vertraute Kräfte, sie verlangt selbst von dem ungelernten Arbeiter gewisse Fähigkeiten und Kenntnisse der Betriebseinrichtungen, von denen die Leistungskraft des Unternehmens direkt abhängt. In der Hand eines geschickten Arbeiters produziert die Maschine quantitativ und qualitativ Besseres als in der des ungeübten. Aber die Ausnutzung der Arbeitskraft zu immer höheren Leistungen, das Hasten und Jagen in der Akkordarbeit bewirkt auch einen frühzeitigen Verfall des Arbeiters. Die Höhe der Schaffenskraft ist heute vielfach mit dem 30. Lebensjahr erreicht.

Wir haben gesehen, was die Industrie an Arbeitskräften braucht. Stellen wir dagegen nun auch einmal zusammen, was sie an abgenutztem Menschenmaterial ausscheidet. Zunächst kann uns die Arbeiterversicherung darüber Aufschluß geben.

Im Jahr 1911 wurde von allen Berufsgenossenschaften zusammen an 1 018 075

Personen Unfallrente gezahlt, davon waren 1911 132 114 Personen neu hinzugekommen. Durch Unfall wurden im Jahr 1911 9443 Personen getötet, 988 völlig erwerbsunfähig und 121 683 teilweise erwerbsunfähig. Das ist das Ergebnis eines einzigen Jahres. Und wenn auch die teilweise Erwerbsunfähigen noch nicht völlig aus der Arbeit ausscheiden, so sind sie doch in ihren Leistungen herabgesetzt, also erheblich in ihrem Erwerb beschränkt. Invalidenrenten empfangen am 1. Januar 1912 1 065 640 Personen, davon waren im Jahr 1911 hinzugekommen 129 929. Auch diese sind den verbrauchten Kräften zuzurechnen. Denn wer über weniger als ein Drittel seiner Arbeitsfähigkeit verfügt, kann sich auf dem Arbeitsmarkt keine Geltung mehr verschaffen. Wieviele Arbeiter durch Krankheit arbeitsunfähig werden, ohne Invalidenrente zu erhalten, ist nicht zu ermitteln. Die Krankenkassenstatistik gibt für das Jahr 1911 123 880 345 Krankentage für alle Versicherten an. Rechnet man das Jahr zu 300 Arbeitstagen, so wären danach 412 943 Arbeiter durch Krankheit aus der Arbeit ausgeschaltet. In Wirklichkeit stellt sich jedoch diese Zahl erheblich höher, da die von der Kasse nicht mehr Unterstützten von der Statistik nicht erfaßt werden, und für Landarbeiter, Dienstboten und Hausgewerbetreibende eine Versicherung gegenwärtig nur in wenigen Ausnahmefällen besteht. Natürlich wird man die Invaliden und die Kranken nicht voll auf das Schuldkonto des kapitalistischen Getriebes setzen können; denn Invalidität und Krankheit können auch ohne Berufsarbeit eintreten; aber die Berufskrankheiten nehmen in der Krankenkassenstatistik doch einen breiten Raum ein und zeigen, daß die Ursache zu frühem Siechtum und Tod sehr oft in der Berufsarbeit liegt.

Für den über 40 Jahre alten Arbeiter sinken die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehr erheblich; das 40. Lebensjahr ist heute vielfach die Grenze, bis zu der Arbeiter in der Großindustrie überhaupt noch eingestellt werden. Gesucht sind nur jüngere, in der Vollkraft stehende Menschen. Der ältere Arbeiter kann zufrieden sein, wenn er noch im Betrieb verwandt wird und später für leichtere Dienstleistungen das Gnadenbrot erhält.

Über die Verteilung der einzelnen Altersklassen in der Industriearbeiterschaft orientiert der vor kurzem herausgegebene 211. Band der *Statistik des Deutschen Reichs*, der die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907 behandelt. Auch in den Jahresberichten der preußischen Regierungs- und Gewerbeäräte für 1912 wird in einer interessanten Umfrage über das Alter der männlichen Arbeiter berichtet. Leider kann man das Material der Gewerbeinspektion nicht einwandfrei zu Vergleichen benutzen, da hier keine einheitliche systematische Anordnung durchgeführt ist. In der folgenden Tabelle wird der Versuch gemacht die Ermittlungen über die Metallindustrie zusammenzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Abgrenzung der Altersklassen nicht in allen Berichten die gleiche ist. Einige haben Altersklassen vom 16. bis zum 21., andere solche vom 22. bis zum 29. oder vom 21. bis zum 29. Lebensjahr genommen. Der kleine Fehler, der dadurch in die Einheitlichkeit der Aufstellung kommt, wird aber am Gesamtergebnis nicht viel ändern. Den Ermittlungen der Gewerbeinspektion sind dann die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung über das Alter der männlichen Arbeiter gegenübergestellt.

Regierungs- bezirk	Berufsgruppe	An- zahl der Be- triebe	Anzahl der Ar- beiter über 16 Jahre	Anzahl der Arbeiter der Altersklasse (in Jahren)										über 60 Jahre absolut	in %
				16 bis 20 absolut	in %	21 bis 30 absolut	in %	31 bis 40 absolut	in %	41 bis 50 absolut	in %	51 bis 60 absolut	in %		
Königsberg Gumbinnen	Maschinenbau und Eisengießerei	41	3849	810	21,0	1042	27,0	880	22,9	585	15,2	373	9,7	159	4,2
	Maschinenbau	33	1300	553	42,5	286	22,0	177	13,6	138	10,6	118	9,1	78	2,2
	Metallverarbeitung und Maschinenbau	103	16761	2829	16,9	4151	24,8	4412	26,3	2896	17,3	1769	10,5	704	4,2
Danzig Marienwerder	Maschinenbau	2	1347	187	14,0	579	43,0	354	26,2	144	10,7	63	4,6	20	1,5
	Walzwerke und Maschinenbau	9	9503	1740	18,4	3220	33,9	2688	28,3	1259	13,1	452	4,8	144	1,5
	Maschinenbau	110	9608	2402	25,0	2585	26,9	2203	22,9	1398	14,5	774	8,1	246	2,6
Frankfurt (Oder) Berlin	Maschinenbau	249	42378	5520	12,8	16370	38,1	12302	28,6	5618	13,1	2390	5,6	778	1,8
	Maschinenbau	67	13571	3139	23,1	4149	30,6	3218	23,7	1871	13,8	894	6,6	300	2,2
	Maschinenbau und Metallverarbeitung	206	23314	5726	24,6	6961	29,9	4863	20,9	3145	13,5	1976	8,4	643	2,7
Hildesheim ¹⁾ Aurich	Hochöfen	1	1669	116	6,9	444	26,6	556	33,3	322	19,3	164	9,9	67	4,0
	Stahl- und Walzwerk	5	2480	216	8,7	432	17,4	683	27,6	663	26,7	399	16,1	87	3,5
	Großmaschinenindustrie	3	4695	879	18,4	1282	27,3	1216	25,9	738	15,7	358	7,7	222	4,7
Minden Arnsberg	Maschinenbau und Metallverarbeitung	72	14720	3500	23,8	4629	31,4	3650	24,8	1927	13,1	614 ²⁾	4,2	400 ²⁾	2,7
	Großmaschinenindustrie	235	57668	11068	19,2	19133	33,2	14111	24,5	7780	13,5	4167	7,2	1409	2,4
	Großmaschinenindustrie	8	652	138	21,2	160	24,5	159	24,4	126	19,3	59	9,1	10	1,5
Koblenz Düsseldorf	Großmaschinenindustrie	24	6608	1386	21,0	2087	31,6	1659	25,0	875	13,2	445	6,8	156	2,4
	Großmaschinenindustrie	205	73798	12871	17,4	28336	38,5	19274	26,1	9130	12,5	3452	4,7	735	1,0
	Maschinenbau	32	14440	3610	25,0	4426	30,6	3570	24,0	1780	13,0	804	5,6	250	1,8
Köln Trier	Großmaschinenindustrie	14	4081	752	18,4	1357	33,3	1006	24,7	612	15,0	277	6,8	77	1,8
	Großmaschinenindustrie	61	29457	6340	21,5	9451	32,1	7043	23,9	4481	15,2	1838	6,3	304	1,0
	Großmaschinenindustrie	11	7992	1362	17,0	2362	29,7	2101	26,1	1368	17,2	683	8,6	116	1,4
zusammen		1491	340491	65144	19,1	113442	33,3	86125	25,3	46856	13,8	22069	6,5	6855	2,0
Gesamte Industrie- und Gewerbebeschäftigung (nach der Berufszählung 1907)															
			6490171	1149223	17,7	2165357	33,3	1561692	24,1	938329	14,4	471705	7,3	203865	3,2
Gesamtbevölkerung (nach der Berufszählung 1907)			19150783	2354517	12,3	5121882	26,8	4220293	22,0	3177104	16,6	2167715	11,3	2106152	11,0

¹⁾ Die Zahlen für Hildesheim sind vom Jahr 1911²⁾ Im Gewerbeanzeiger für 1911 sind die Zahlen angegeben, die Zahlen sind auf diese für die Altersklassen verteilt

Die Zahlen lassen bis zum 30. Jahr einen raschen Aufstieg der Beschäftigten erkennen. In der Gesamtbevölkerung machen die männlichen Personen vom 16. bis zum 30. Jahr 39,1 % aus; in der Industrie beträgt der Anteil dieser Altersklassen 51 % der gesamten über 16 Jahr alten Arbeiterschaft. Die Metallindustrie geht in den von der Fabrikinspektion erfaßten Großbetrieben mit 52,4 % über den Durchschnitt hinaus, zieht also die jüngeren Arbeitskräfte stärker heran. Schon in der nächsten Altersstufe vom 30. bis zum 40. Jahr beginnt der Abstieg. Auch in der Gesamtbevölkerung sinkt der Anteil dieser Altersklasse um 4,8 %, in der Industriearbeiterschaft aber fällt er um 9,2 % und in der Metallindustrie um 8 %. Die Altersklassen bis zum 40. Jahr³⁾ machen in der Gesamtbevölkerung 61,1 % aus, in der Industriearbeiterschaft 75,1 %, die Metallindustrie geht mit 77,7 % darüber hinaus. Der Abfall nach dem 40. Jahr ist sehr bedeutend. Von der Gesamtbevölkerung macht die Altersklasse von 40 bis 50 Jahren noch 16,6 %, von der beschäftigten Arbeiterschaft nur noch 14,4 respektive 13,8 % aus. Noch stärker ist natürlich der Rückgang der dann folgenden Altersklassen. Der Rückgang der Altersklassen nach dem 30. Jahr läßt sich selbstverständlich nicht ausschließlich darauf zurückführen, daß die Arbeiter aus ihrer Beschäftigung gedrängt werden, es ist hier vielmehr zu berücksichtigen, daß sie teilweise auch zu den Selbständigen übergehen.

Bei den Selbständigen finden wir natürlich eine völlig andere Gruppierung der Altersstufen als bei den Lohnarbeitern.

Altersklasse (in Jahren)	Prozentuale Anzahl der Selbständigen in der Industrie
unter 20	0,2
20 bis 30	13,0
30 bis 40	30,5
40 bis 50	26,5
50 bis 60	18,2
über 60 Jahre	11,6

Von den Durchschnittsziffern in der Industriearbeiterschaft weichen nun einige Berufe stark ab. Während zum Beispiel die Textilindustrie ältere Arbeiter noch viel beschäftigt, drängen andere Industrien sie in die Heimarbeit. Sehr interessant ist hier die Zusammenstellung, die die Gewerbeinspektion des Bezirks Minden für 488 Betriebe der Zigarrenfabrikation unternahm.

Altersklasse (in Jahren)	Anzahl der Fabrikarbeiter		Anzahl der Heimarbeiter	
	absolut	in %	absolut	in %
unter 20	2050	36,9	325	6,7
20 bis 24	993	17,9	475	9,8
25 bis 29	709	12,7	820	17
30 bis 34	556	10	882	18,3
35 bis 39	432	7,7	784	16,3
40 bis 44	288	5,2	467	9,7
45 bis 49	174	3,1	359	7,4
über 49	360	6,5	711	14,8

³⁾ Die unter 16 Jahr alten männlichen Personen sind bei der Prozentberechnung herausgelassen worden, weil ein Vergleich nur für die übrigen Altersstufen gezogen werden konnte.

Die Gegenüberstellung der Fabrikarbeiter und der Heimarbeiter zeigt deutlich das Hinüberdrängen der älteren Arbeiter in die Heimarbeit. Unzweifelhaft wird nun auch ein Teil der von der Großindustrie ausgemerzten älteren Arbeiterschicht noch vom Handwerk aufgenommen. Nach einem Vergleich der Zahlen aus der gesamten Gruppe Industrie mit den Ermittlungen der Fabrikinspektion muß man annehmen, daß das Arbeitermaterial in der Großindustrie, besonders aber in den Berufen, die schwere körperliche Anstrengung erfordern, schneller verbraucht wird. Leider sind diese Ermittlungen nicht vollständig genug, um einen genauen zahlenmäßigen Beweis für die Annahme möglich zu machen.

Unter den Angestellten in Kontoren und Bureaus vollzieht sich die Ausschaltung der älteren Arbeitskräfte mit der gleichen Regelmäßigkeit wie in der Klasse der Lohnarbeiter. In der folgenden Tabelle sind die über 16 Jahre alten männlichen Angestellten der 3 großen Berufsgruppen zusammen nach Altersklassen geordnet (unter *Angestellten* versteht die Berufsstatistik wissenschaftlich, technisch oder kaufmännisch gebildetes Verwaltungs- und Aufsichtspersonal, sowie das Rechnungs- und Bureaupersonal):

Altersklasse (in Jahren)	Anzahl der Angestellten	
	absolut	in %
16 bis 20	111 006	10,1
20 bis 30	338 206	30,6
30 bis 40	312 904	28,4
40 bis 50	199 505	18,1
50 bis 60	99 985	9,1
über 60	41 352	3,7
zusammen	1 102 959	100,0

Das Ausscheiden der älteren Jahrgänge vollzieht sich hier immer noch in mäßiger Form, wenn man diesen Ziffern die entsprechenden im Handelsgewerbe allein gegenüberstellt, die wie folgt lauten:

Altersklasse (in Jahren)	Anzahl der Angestellten	
	absolut	in %
16 bis 20	78 167	39,6
20 bis 30	83 112	42,1
30 bis 40	20 877	10,6
40 bis 50	8 848	4,5
50 bis 60	4 040	2,0
über 60	2 280	1,2
zusammen	197 324	100,0

Die Berufsstatistik zählt dabei zum Handelsgewerbe Waren- und Produkthandel in stehendem Geschäftsbetrieb, Geld- und Kredithandel, Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, Zeitungsverlag und Zeitungsspedition, Hausierhandel, Handelsvermittlung, Kommissionäre, Agenten, Gewerbe der Versteigerung, Verleihung und Aufbewahrung, Stellenvermittlung, Annoncenvermittlung und Auskunftsbureau. Von den Angestellten sind nur aufgenommen: Handlungsgehilfen, Verkäufer und Lehrlinge; ausgeschieden wurde das Hilfspersonal im Handelsgewerbe: Packer, Kutscher und Hausdiener. Um einen Vergleich mit den übrigen Tabellen zu ermöglichen, ist die Altersklasse unter

16 Jahren auch hier fortgelassen. Die Tabelle zeigt, daß in den Altersklassen über dem 30. Jahr ein äußerst starker Abfall stattfindet. 81,7 % aller Angestellten im Handelsgewerbe sind unter 30 Jahre, 92,3 % unter 40 Jahre alt. Es erscheint ausgeschlossen, daß etwa ein Übergang der älteren Angestellten zu den Selbständigen in gleichem Verhältnis stattfindet wie ihr Ausscheiden aus den früheren Stellungen. Die Zahlen deuten vielmehr auf ein rücksichtsloses Zurückdrängen dieser älteren Angestellten im Handelsgewerbe aus ihrer sozialen Position.

Bemerkenswert sind die Unterschiede in der Altersgruppierung der Lohnarbeiterschaft in den 3 großen Erwerbsgruppen:

Altersklasse (in Jahren)	Von 100 männlichen Lohnarbeitern waren beschäftigt ¹⁾		
	in der Land- wirtschaft	in der In- dustrie	im Handel und Verkehr
unter 14	3,2	0,7	0,4
14 bis 16	8,8	6,7	4,7
16 bis 20	18,3	16,4	12,8
20 bis 30	23,2	30,9	30,5
30 bis 40	15,9	22,3	26,0
40 bis 50	13,3	13,4	15,4
50 bis 60	10,2	6,7	7,2
60 bis 70	5,6	2,5	2,6
über 70	1,5	0,4	0,4

Diese Tabelle zeigt das starke Heranziehen jugendlicher Kräfte in der Landwirtschaft. Die Arbeiter bis zum 20. Jahr sind zu 30,3 % in der Landwirtschaft, zu 23,8 % in der Industrie und zu 17,9 % in Handel und Verkehr beschäftigt. In den nächsten beiden Altersklassen verschiebt sich das Verhältnis zugunsten der Industrie, die von den 20 bis 40 Jahre alten Arbeitern 53,2 % aufnimmt, während der Handel 56,5 % dieser Altersklasse zählt, und der Anteil der Landwirtschaft auf 39,1 % herabgedrückt wird. Wahrscheinlich kommt in diesen Zahlen die Abwanderung der besten Altersklassen in die Industrie zum Ausdruck. Denn nach dem 40. Jahr ändert sich wieder das Bild, hier ist es wieder die Landwirtschaft, die eine größere Aufnahmefähigkeit für die älteren Arbeiter zeigt. Das heißt also: Industrie und Handel nehmen für sich die Altersklassen in Anspruch, in denen der Arbeiter die größte Leistungsfähigkeit besitzt. Wie in der Produktion die verbrauchten Stoffe aufgehäuft und als Abfall fortgeworfen werden, so merzt man auch das Arbeitermaterial aus, sobald sein Nutzwert gesunken ist. Für den Rest seiner Tage muß dann der Arbeiter sein Leben kümmerlich mit Almosen aus der Armenpflege oder mit einer dürftigen Unterstützung aus der Arbeiterversicherung fristen. Während in den höheren Gesellschaftsklassen mit dem 30. Jahr erst der soziale Aufstieg beginnt, sinkt der Arbeiter um diese Lebenszeit bereits in seiner Schaffenskraft, um mit dem 40. Jahr in der Regel als verbraucht ausrangiert zu werden.

Wenn, wie es oft geschieht, die Industrie über die große Belastung klagt, die ihr durch die soziale Gesetzgebung auferlegt wird, kann die Arbeiterschaft

¹⁾ Die Prozentziffern sind mit der großen Tabelle nicht in Vergleich zu stellen, weil dort nur die über 16 Jahr alte Arbeiterschaft eingeht.

wohl erst recht auf die Opfer hinweisen, die sie trotz der sozialen Fürsorge jahraus, jahrein bringen muß. Diese Opfer sind schwerer und empfindlicher als die Belastung, die die Industrie zu tragen hat. Es ist doch eine traurig stimmende Erscheinung, daß der Arbeiter schon im 30. Lebensjahr auf der Höhe seines Schaffens angelangt sein soll, während in anderen Gesellschaftsschichten dann erst der Aufstieg beginnt. Nicht auf ein Zuviel in der Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben deuten die Zahlen hin sondern auf einen fühlbaren Mangel. Aber auch gegen die heutige Produktionsweise mit ihrem Verbrauch von Menschenmaterial enthalten die Zahlen eine schwere Anklage.

XXX
**ARTHUR SCHULZ · DER LANDWIRTSCHAFTLICHE
 KLEIN- UND MITTELBETRIEB ALS MARKTWIRTSCHAFT**



ENOSSE Kaspar Schmidt kommt in dem praktisch-politischen Teil seiner Replik¹⁾ auf meine Einwendungen²⁾ zu einer Stellungnahme, die ich lebhaft begrüßen, und von der ich nur wünschen kann, daß sie in unserer Partei immer allgemeiner werden möge. Unterstreichen möchte ich mit besonderer Freude sein Eintreten für die Aufteilung und Besiedelung frei werdender Großbetriebe. Angesichts dieses wichtigen Zugeständnisses will ich darüber hinwegsehen, daß er manche Einwände des Genossen Marchionini gegen die innere Kolonisation »trifft und beherzigenswert« nennt und die Behauptungen dieses und anderer *Agrar-marxisten*, die Ansiedlung in kleinen Betrieben bedeute für die Ansiedler eine Verschlechterung ihrer Lebenslage, sie bringe ihnen nur Verlängerung der Arbeitszeit, ein Herabsinken in kulturell rückständige Lebensverhältnisse, größere Unsicherheit der Existenz und dergleichen, als »nur bedingt richtig« bezeichnet, während er sie als unbedingt unrichtig hätte bezeichnen sollen. Auch den wenig fruchtbaren Streit über die Auslegung einiger Zahlen der bayrischen landwirtschaftlichen Betriebsstatistik will ich in meiner Freude über die nunmehr erzielte grundsätzliche Annäherung unserer Ansichten und Bestrebungen nicht fortsetzen. Dagegen muß ich gegen einen fundamentalen Irrtum Kaspar Schmidts Front machen, da aus ihm die zu einem unnatürlichen Bündnis vereinigten Gegner der Binnenkolonisation, Großgrundbesitzer und orthodoxe *Marxisten*, Kapital schlagen könnten. Dieser Irrtum des Würzburger Genossen betrifft die Marktbedeutung des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebs.

Eine weitverbreitete Meinung kann zwar nicht länger in Abrede stellen, daß der kleine und mittlere Landwirt sehr häufig höhere Erträge an Getreide, Vieh und den sekundären Erzeugnissen der Viehhaltung (Milch, Butter, Käse) erzielt, sucht aber doch an der überlieferten Ansicht festzuhalten, daß er infolge der größern Menschenzahl, die er in seinen Betrieben zu ernähren hat, von seiner Mehrproduktion einen größern Teil an Ort und Stelle verzehrt und daher von gleicher Fläche nicht so viel Produkte wie der Großbe-

¹⁾ Siehe Schmidt *Nochmals Klein- und Großbetrieb in der Landwirtschaft* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 739 ff.

²⁾ Siehe meinen Artikel *Güterzertrümmerung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 294 ff.

trieb an den Markt abgeben kann. Dieser Meinung schließt sich auch Kaspar Schmidt an. Er gibt zu, daß die Schweineproduktion Unterfrankens, eines typischen Gebiets des Klein- und Mittelbauerntums, die höchste Bayerns ist. Aber sie stehe nur auf dem Papier, sie nehme sich nur in der Statistik, nicht aber in der Praxis so schön aus. Für die Fleischversorgung der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung spiele sie fast gar keine Rolle; denn die unterfränkischen Schweinezüchter verzehrten ihre Schweine zumeist selber. Dieser Behauptung Schmidts wird man von vornherein Zweifel entgegenbringen. Wenn die unterfränkischen Klein- und Mittelbauern von den Erzeugnissen eines ihrer Hauptbetriebszweige so wenig zum Verkauf bringen, woher beziehen sie dann die Einnahmen, die sie brauchen, um ihren Bedarf an Gebrauchsgegenständen und Genußmitteln städtischen Ursprungs zu decken und um Zinsen und Steuern zahlen zu können? Um eine so wenig plausible Behauptung³⁾ einigermaßen wahrscheinlich zu machen, hätte Genosse Schmidt schon versuchen müssen einen besonders gründlichen und umfassenden Beweis für sie anzutreten. Statt dessen beschränkt er sich darauf einen Passus aus dem Verwaltungsbericht der Stadt Würzburg zu zitieren, wonach 35 % der in Würzburg geschlachteten Schweine 1911 aus Norddeutschland hätten bezogen werden müssen. Es liegt aber doch auf der Hand, daß durch diese Feststellung Schmidts Identifizierung der Begriffe *klein- und mittelbäuerlicher Betrieb* und *Produktion für den eigenen Bedarf* noch nicht als richtig bewiesen wird. Unterfranken hat ja den großen untermainischen Industriebezirk mit Großstädten wie Frankfurt, Hanau, Offenbach, Mannheim in nächster Nachbarschaft. Hier werden für Fettschweine im allgemeinen bessere Preise gezahlt als in Würzburg.⁴⁾ Es liegt daher nahe anzunehmen, daß die unterfränkischen Bauern ihre Überschußproduktion an Schweinen zum großen Teil an die 1½ Millionen Stadtbewohner des Untermaingebiets abgesetzt und dafür den Bauern und den Schweinemastanstalten Nordwestdeutschlands und selbst Posens und Pommerns einen Teil der Schweinefleischversorgung der eigenen Provinzialhauptstadt überlassen haben, die ja den nord- und ostdeutschen Agrargebieten näher liegt als Frankfurt oder Mannheim. Die Tatsache, daß eine Schweinezufuhr aus Norddeutschland nötig geworden, rechtfertigt daher noch nicht die geringe Meinung, die Kaspar Schmidt von der Marktbedeutung des unterfränkischen Kleingrundbesitzes hat. Auch der allgemeine Eindruck, den der Laie auf Grund seiner lückenhaften Erfahrung zu gewinnen imstande ist, bietet der Urteilsbildung hierüber nur ein trügerisches Fundament. Im einen oder andern Sinn wirklich beweisend sind nur spezielle Untersuchungen, die sich auf die Buchführungsergebnisse einer genügend großen Zahl kleiner Landwirte oder auf eine umfangreiche und sorgsame Enquete stützen müßten. Eine Unterfranken be-

³⁾ Mit der Behauptung Kaspar Schmidts steht auch die Tatsache im Widerspruch, daß die Zahl der selbständigen Viehhändler in Unterfranken weit größer als in jedem andern bayrischen Regierungsbezirk ist. In Unterfranken trafen im Juli 1912 auf 1000 Einwohner 1,7 und auf 1000 Stück Rindvieh 2,7 selbständige Händler gegen 1,3 und 1,8 im bayrischen Landesdurchschnitt. Wovon leben all diese ungewöhnlich unterfränkischen Viehhändler, wenn die unterfränkischen Klein- und Mittelbauern ihre Schweine selbst aufessen? Siehe Attinger *Zur Frage der Fleischversorgung in Bayern im Landwirtschaftlichen Jahrbuch für Bayern*, 1912, pag. 740.

⁴⁾ Würzburg hat unter den großen Städten Bayerns die niedrigsten Vieh- und Fleischpreise. So betrugen beispielsweise 1908 bis 1910 die Schweinepreise pro Kilo in Würzburg 125,1, 137,1 und 136,8, im benachbarten Nürnberg dagegen 127,5, 141,6 und 141,1 Pfennig. Es sind daher viele unterfränkische Schweine nicht nur in den untermainischen sondern auch in den mittelfränkischen Industriegroßstädten (Nürnberg, Fürth) mit ihrem höhern Preisniveau an den Markt gebracht worden.

handelnde wissenschaftliche Arbeit dieser Art ist mir nicht bekannt. Dagegen haben die Untersuchungen, die Dr. Hagmann im Auftrag der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz über die wirtschaftlichen Verhältnisse der rheinischen Kleinbauern und Landarbeiter angestellt hat, ergeben, daß diese für die Versorgung des Markts mit tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln sehr relevant sind.⁵⁾ Desgleichen hat Dr. von Wenckstern auf die von ihm ermittelte umfangreiche Marktproduktion der grundbesitzenden Tagelöhner Mecklenburgs nachdrücklich hingewiesen.⁶⁾

Neues, höchst wertvolles Tatsachenmaterial zur Klärung der Streitfrage der Marktbeziehungen von Groß- und Kleinbetrieb bringt ein von zwei volkswirtschaftlich gebildeten Landwirten, Dr. Erich Keup und Richard Mührer verfaßtes Werk, das 15 ostdeutsche Ansiedlungsdörfer, was ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse anlangt, mit ihren Vorgängern in der Bewirtschaftung des selben Bodens, den früheren Großgütern, und mit 15 noch heute bestehenden hinsichtlich ihrer Lage, Bodenqualität, Betriebsrichtung und Wirtschaftsführung möglichst vergleichbaren Großbetrieben in Parallele stellt.⁷⁾ In diesem Buch, der wichtigsten und wertvollsten agrarpolitischen Neuererscheinung der letzten Jahre, suchen die Verfasser auf Grund eingehender Nachforschungen an Ort und Stelle und sorgfältiger Nachprüfung und Verarbeitung zahlreicher groß- und kleinbetrieblicher Buchführungen, die ein Gebiet von insgesamt 17 000 Hektar umfassen, also auf breiter Grundlage über die beiden Fragen Klarheit zu schaffen, von deren Beantwortung das Urteil über den volkswirtschaftlichen Wert der Binnenkolonisation am meisten abhängt: Welche Betriebskategorien, die Rittergüter, wie sie im Osten seit langem bestehen, oder die Bauerngüter, wie sie aus ihnen jetzt geschaffen werden, gewinnen unter sonst gleichen Bedingungen dem Boden die höchsten Rotherträge ab? Und: Welche Betriebsgröße bringt die größte Menge von Produkten pro Flächeneinheit auf den Markt? Beide Schriftsteller beschränken sich, wie es frühere ähnliche Untersuchungen getan haben, nicht etwa darauf die Rotherträge und die Marktlieferungen der alten Güter und der aus ihnen gebildeten Bauernwirtschaften verschiedener Größe einander gegenüberzustellen. Einem solchen Verfahren könnte der Einwand entgegengesetzt werden, der außerordentliche landwirtschaftlich-technische Fortschritt gerade des letzten Jahrzehnts und der letzten Jahre habe auch die Betriebsführung, die Rotherträge und die Marktleistungen der großen Güter bedeutend gehoben und der Aufschwung, der nach der Besiedelung eintrat, könne nicht allein als deren Wirkung angesprochen werden, er wäre vielmehr bis zu einem gewissen Grad auch ohne sie lediglich als Folge des allgemeinen landwirtschaftlichen Fortschritts eingetreten. Um diesem Einwand des Trugschlusses *Post hoc, ergo propter hoc* vorzubeugen,

⁵⁾ Siehe Hagmann 30 *Wirtschaftsrechnungen von Kleinbauern und Landarbeitern* / Bonn 1911 /, pag. 9 ff. Die 30 ausschließlich mit den Kräften ihrer Familie wirtschaftenden rheinischen Kleinbauern und Tagelöhner verkauften 1910 im Durchschnitt für 501 Mark Rindvieh, für 236 Mark Milch und Molkereierzeugnisse, für 193 Mark Schweine, für 52 Mark Geflügel und Eier, für 280 Mark Getreide, für 130 Mark andere Bodenerzeugnisse und für 63 Mark sonstige Produkte ihrer Landwirtschaft. Von den Gesamteinnahmen stammten 79,75 % aus der Viehhaltung und 20,05 % direkt aus der Bodennutzung.

⁶⁾ Siehe von Wenckstern *Existenzbedingungen selbsthalter Landarbeiter* / Berlin 1911 /, pag. 130, und meinen Artikel *Sozialdemokratie, Landarbeitergewerkschaft, Landarbeiteransiedlung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 797 ff.

⁷⁾ Siehe Keup und Mührer *Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft* / Berlin 1913 /.

haben Keup und Mührer jeder Ansiedlungsgemeinde nicht nur das frühere Rittergut, das der Identität des Bodens wegen natürlich ein vorzügliches Vergleichsobjekt ist, sondern zugleich ein noch bestehendes, benachbartes Rittergut mit möglichst ähnlicher Bodenqualität und mit guter kapitalkräftiger Wirtschaftsführung, ein sogenanntes *Parallelgut*, gegenübergestellt. So können sie auch die weitere Frage zahlenmäßig beantworten, ob das frühere Gut, wäre es nicht aufgeteilt worden, dank des allgemeinen agrikolen Fortschritts bei ungestörter Weiterentwicklung die selben oder auch nur annähernd so große Rotherträge und Marktlieferungen erzielt hätte wie die Ansiedlungsgemeinde sie tatsächlich erzielt hat. In diesem Zusammenhang, wo es uns auf die Korrektur der Schmidtschen Lehre der Gleichsetzung von Kleinbetrieb und selbstgenügsamer Bedarfsdeckungswirtschaft oder doch wenigstens auf die Verhütung der Verallgemeinerung vielleicht in gewissem Grad tatsächlich vorhandener lokaler Eigenheiten der unterfränkischen Kleinbauernbetriebe ankommt, interessiert uns vornehmlich jener Teil der Keup-Mührerschen Untersuchungen, in dem Klein- und Großbetrieb in ihrer Marktbedeutung mit einander verglichen werden.

Dr. Keups Ermittlungen beziehen sich auf 2 hinterpommersche Kolonien mit vorwiegender Viehzucht und -mast und auf 2 neumärkische Kolonien mit vorwiegendem Getreidebau. Was zunächst die letztgenannten betrifft, so ist es wohl das überraschendste Resultat der Keupschen Arbeit, daß die beiden früheren Güter und ebenso die Parallelgüter den beiden neumärkischen Kolonien im gesamten Getreideverkauf bei weitem unterlegen sind. Eine unzweifelhafte Marktüberlegenheit der Großbetriebe besteht nur in der fabrikmäßigen Verarbeitung der Kartoffeln und im Absatz von Spiritus und Stärke. Unleugbar aber haben die zu animalischen Lebensmitteln veredelten Kartoffeln der Kleinbetriebe volkswirtschaftlich einen weitaus höheren Wert als die auf Spiritus oder Stärke verarbeiteten Kartoffeln des Großbetriebs. Trotz der beträchtlichen Steigerung der Marktgetreideproduktion ist auch in den neumärkischen Ansiedlungen der Wert des gesamten tierischen Absatzes, nach Einheitspreisen berechnet, gegenüber den früheren Gütern um das Doppelte gestiegen. In den nach Boden, Klima und Überlieferung mehr auf Viehzucht gerichteten hinterpommerschen Ansiedlungsdörfern hat sich der Wert der tierischen Marktproduktion gegen früher sogar mehr als vervierfacht. Von den einzelnen Betriebsgrößen haben durchschnittlich den höchsten tierischen Absatz die Kleinbauern (2 bis 5 Hektar) und die kleinen Mittelbauern (5 bis 10 Hektar). Kaspar Schmidts Anschauung, der Kleinbauer habe nur einen geringen Anteil an der Versorgung des Marktes mit tierischen Erzeugnissen, wird dadurch, jedenfalls soweit sie auch für den deutschen Osten Geltung beansprucht, widerlegt. Während Genosse Kaspar Schmidt die Bedeutung, die Getreidebau und Viehzucht auch für den ländlichen Kleinbesitzer haben, sehr zu unterschätzen scheint, gibt er zu, daß sich sein Einkommen durch bessere Verwertung der Nebenprodukte Milch, Eier, Butter usw. gehoben habe. Wenn nun auch Milch und Butter unmöglich als Nebenprodukte der deutschen Landwirtschaft bezeichnet werden können, so ist es doch eine richtige Beobachtung Kaspar Schmidts, daß die Kleinbetriebe sehr viel Milch und Butter an den Markt bringen. Das wird auch von Dr. Keup bestätigt. Nach ihm kommen an gelieferter Milch (Molkereimilch) auf die

Milchkuh bei den früheren Gütern 1685 Liter, bei den Parallelgütern 1866 Liter und bei den Kolonisten der Betriebsgrößenklasse 5 bis 10 Hektar 2447 Liter. Dr. Keup bezeichnet es als erstaunlich, daß die bäuerlichen Betriebe, obgleich für sie der Hausbedarf an Milch und der Bedarf für die Kälber pro Kuh viel mehr ins Gewicht fällt als für die Großbetriebe, so hohe Lieferzahlen aufzuweisen haben. Es sei das ein Beweis, daß die Haltung und Qualität ihrer Kühe denen der Großbetriebe auf keinen Fall nachstehe. Dabei kommt es nach ihm so gut wie nie vor, daß in Hinterpommern auf dem Land kleinen Kindern Magermilch statt Vollmilch verabfolgt wird. Selbst die Erwachsenen genießen Magermilch törichterweise nur ungern und nähren sich überhaupt gut und reichlich, obgleich sie die von ihnen in großer Zahl gemästeten Schweine zum größten Teil nicht, wie nach Schmidt die unterfränkischen Kleinbauern, selber aufessen sondern verkaufen. Kaspar Schmidts Behauptung, je ärmer die Bevölkerung sei, desto größer die Schweinezucht, trifft eben für Pommern und Posen und überhaupt für den Osten nicht zu.

Wie sich bei den früheren Gütern und jetzigen Kolonien sowie bei den Parallelgütern der Wert der Ernte an Zerealien, Kartoffeln und Zuckerrüben und der Wert der gesamten Marktproduktion nach Abzug sämtlicher Zukäufe, beides auf 1 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche berechnet, gestaltet hat, erläutert Dr. Keup in einer interessanten Tabelle, die hier folgen möge.

Es betrug pro Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Gut und Zeitraum	bei den Parallelgütern			bei den Gütern und Kolonien		
	der Grundsteuerreintrag	der Wert der Ernte	der Wert des gesamten Absatzes	der Grundsteuerreintrag	der Wert der Ernte	der Wert des gesamten Absatzes
A 1. Periode		142,6	97,4		78,1	60,5
2. Periode	14,2	160,6	137,6	8,0	143,4	133,6
B 1. Periode		171,6	138,7		116,4	87,6
2. Periode	15,3	201,8	167,7	13,4	199,4	214,9
C 1. Periode		169,4	140,1		177,3	136,0
2. Periode	29,1	208,6	178,4	23,3	231,9	182,0
D 1. Periode		148,4	91,9		160,6	122,1
2. Periode	17,7	194,8	114,4	18,9	201,8	179,7

Wie die Tabelle zeigt, sind die Kolonien sämtlich den früheren Gütern im Wert ihres Absatzes weit (um 40 bis 140 %) überlegen. Aber auch die Parallelgüter werden von ihnen erheblich übertroffen. Nur die durch ihren geringen Grundsteuerreintrag auffallende hinterpommersche Kolonie A (Dr. Keup verschweigt ihren Namen, ich erkenne sie aber nach seiner Beschreibung als die Kolonie Lestlin im Kreis Kolberg-Körlin wieder, die mir vor 2 Jahren auf einer Wanderung durch Hinterpommern durch ihren überaus leichten Boden auffiel) steht hinter ihrem mit viel besserem Boden ausgestatteten Parallelgut um wenige Mark zurück. Aus all diesen Zahlen geht hervor, daß die in den Kolonien meist auf das Doppelte angewachsene Menschenzahl, die heute auf dem frühern Gutsareal gesättigt werden muß, der Marktzufuhr nicht nur keinen Abbruch tut, sondern daß trotz ihres höhern Konsums der Marktabsatz in seinem Wert noch erheblich gesteigert wird,

und zwar einmal durch Erhöhung der Ernte und sodann dadurch, daß ein verhältnismäßig höherer Teil ihres Wertes dem Markt zur Verfügung gestellt wird. Dabei wird die Erhöhung der Marktlieferungen keineswegs durch Verschwendung von Arbeitskräften erkauft. In den in diesem Punkt erfaßten 3 Kolonien ist zwar die Zahl der ständigen Arbeitskräfte und der Saisonarbeiter fast doppelt so groß wie auf den ehemaligen Gütern (586 gegen 316). Trotzdem steigt die Marktproduktion pro Arbeitskraft von 698 auf 739 Mark. Die Kleinbetriebe sind also marktwirtschaftlich nicht nur bodenproduktiver sondern auch arbeitsproduktiver als die Großbetriebe.

Genosse Kaspar Schmidt erklärt nicht glauben zu können, daß es mit der ostdeutschen Binnensiedelung ganz so glänzend bestellt sei wie es nach meinen Schilderungen speziell der Kolonie Broitz erscheine. Ein glücklicher Zufall hat es nun gefügt, daß Dr. Keup sich gleichfalls diese Kolonie (die von ihm als hinterpommersche Kolonie B beschriebene Ansiedlungsgemeinde erkenne ich mit Bestimmtheit als Broitz wieder) als Untersuchungsobjekt ausgewählt hat. Er bestätigt meine kurze Schilderung und ergänzt sie durch viele zahlenmäßige Angaben. An dieser Stelle kann ich nur anführen, daß sich der gesamte tierische Absatz beim Gut Broitz auf 32 585, in der spätern Kolonie auf 142 641 Mark, das heißt auf rund das 4½ fache beläuft. Pflanzlicher und tierischer Absatz repräsentieren beim Gut eine Summe von 72 671 Mark, in der Kolonie eine solche von 170 861 Mark. Die gesamte Marktproduktion der heutigen bäuerlichen Betriebe beträgt also rund 2½ mal so viel wie vor 13 Jahren die des Großbetriebs. Auch das in fast allen Produktionsbedingungen besser gestellte Parallelgut, das nach Boden und Leitung als das beste des ganzen Kreises gilt, haben die Broitzer Kolonisten ganz erheblich, und zwar um fast ein Viertel seiner Absatzwerte, in ihrer Gesamtmarktproduktion überholt. An dieser Steigerung der Marktleistung sind gerade die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe mit am stärksten beteiligt; denn es wurden in der Kolonie Broitz pro 10 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche an lebendem Vieh und an Milch auf den Markt gebracht:

Betriebs- größenklasse (Hektar)	Lebendgewicht (Doppelzentner)			Ferkel (Stück)	Milch (Liter)
	Rinder	Fettschweine	zusammen		
50 bis 100	6,4	7,5	13,9	2,59	4349
20 bis 50	5,4	11,4	16,8	1,58	5564
10 bis 20	5,7	14,6	20,3	7,76	6613
5 bis 10	4,4	16,7	21,1	14,01	10791
2 bis 5	1,9	21,2	23,1	32,03	9336
im Durch- schnitt	5,4	11,7	17,1	5,89	5897

Man wird begreifen, daß ich nach alledem der Meinung bin, die Marktlieferungen der unterfränkischen klein- und mittelbäuerlichen Betriebe dürften bei ihrer durch die Betriebszählung festgestellten äußerst starken Schweinehaltung nicht viel schlechter sein als die ihrer hinterpommerschen Berufsgenossen, und daß ich der nicht auf exakten Feststellungen sondern auf Mutmaßungen aufgebauten Ansicht Kaspar Schmidts, die hohe Schweineproduktion des unterfränkischen Kleingrundbesitzes käme auf dem Markt nicht zum Ausdruck, recht mißtrauisch gegenüberstehe.

Genosse Kaspar Schmidt glaubt auch meine Schilderung des glänzenden Aufschwungs, den die Landwirtschaft in der Umgegend des posenschen Städtchens Janowitz durch Aufteilung und Besiedelung zahlreicher Güter genommen hat, anzweifeln zu müssen. Unter diesen Umständen ist es ein für mich erfreulicher weiterer Zufall, daß Erich Mührer gerade die an das großartige Janowitzer Genossenschaftssystem (Spar- und Darlehnskasse. Kornhaus-, Viehverwertungs-, Molkerei- und Kaufhausgenossenschaft, neuerdings auch genossenschaftliche Kartoffeltrocknungsanlage) angeschlossenen Ansiedlungsgemeinden zum Gegenstand seiner umfassenden und gründlichen örtlichen Erhebungen gemacht hat, die sich auf 11 Gemeinden mit 322 Rentengütern im Umfang von 5798 Hektar und auf 11 vergleichbare Großgüter mit 4736 Hektar erstrecken. Wollte Genosse Schmidt meine damaligen Angaben an diesem ebenso umfangreichen wie zuverlässigen Tatsachenmaterial nachprüfen, so würde er sie bestätigt, ja übertroffen finden. An dieser Stelle müssen einige wenige Mitteilungen Mührerscher Resultate genügen. In den 11 Ansiedlungsgemeinden der Umgegend von Janowitz erhöhte sich das Lebendgewicht wie folgt:

Produktionszweig	Prozentuale Erhöhung	
	gegenüber den früheren 11 Großbetrieben	gegenüber den heutigen 11 Groß- betrieben (Parallelgütern)
Rindviehhaltung	163	68
Milchviehhaltung	280	112
Schweinehaltung	377	191

Dieser Produktionssteigerung an Vieh, die natürlich wachsende Produktivität auch des Pflanzenbaus zur Folge hat, entspricht die vermehrte Marktbedeutung der Kleinbetriebe. Vor allem nimmt ihre Leistung im Verkauf animalischer Produkte zu; aber selbst des Brotgetreides, und zwar pro 100 Hektar mit 538 gegen 529 Doppelzentner. Vom Gesamtverkaufserlös entfallen pro Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf

Verkauf	Erlös		im Großbetrieb der 11 Parallelgüter	
	absolut (Mark)	in %	absolut (Mark)	in %
Ackererzeugnisse	92,3	34,7	157,4	73,6
Viehprodukte	173,9	65,3	56,5	26,4
zusammen	266,2	100	213,9	100

Der bäuerliche Betrieb, besonders auch der klein- und mittelbäuerliche, bringt also eine erhebliche Zunahme der Marktlieferungen mit sich. Seine von Kaspar Schmidt für Unteriranken meines Erachtens zu Unrecht bestrittene große, ja überlegene Bedeutung für die Marktversorgung ist eine für den Osten erwiesene Tatsache.

Voraussetzung seiner bedeutenden Marktleistung ist natürlich die erhöhte Produktionsleistung, die er trotz des störenden Bewirtschaftungswechsels gegenüber sowohl den früheren Gütern als auch den Parallelgütern erreicht. Auf dem Gebiet der Viehhaltung ist sie ja längst bekannt; daß sie aber auch im Getreidebau vorhanden ist, haben erst Dr. Keup und Mührer ein-

wandfrei nachgewiesen. Nach ihnen steigern sich in den Kolonien gegenüber den früheren Gütern in etwa 10 Jahren die Gesamternten an Getreide um 50 bis 100 %, die Hektarerträge um 25 bis 90 %, und zwar nach Dr. Keup am meisten in den kleinbäuerlichen Betrieben und in den Wirtschaften um 20 Hektar herum. Worauf ist diese Ertragssteigerung zurückzuführen? Nach Dr. Keup sind die beiden schwerstwiegenden Kausalmomente der auf Rechnung der Besiedelung zu setzenden Ertragssteigerung die Sorgsamkeit und Rechtzeitigkeit von Bestellung und Ernte und die Düngung.^{*)} Es lohnt sich einige Sätze seiner Argumentation wörtlich anzuführen:

»Selbst wenn in einer Kolonie auf dem Feld vor der Mahd genau die selbe Ernte steht, wie auf einem benachbarten großen Gut, so ist es doch unabweisbar sicher, daß die Kolonie mehr Korn in die Scheuern und Säcke bringt als das Gut. Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte ist dort fast doppelt so groß, und meist sind es eigene Leute. Die Ernte setzt zur rechten Zeit ein und ist unter Dach und Fach, wenn die Gutsernte noch Wind und Wetter ausgesetzt ist. Wie hoch aber die Verluste durch Streukorn sind, weiß jeder Betriebsleiter. . . . Wie viel behutsamer nimmt überdies der Bauer oder sein Sohn die Garben aus der Hocke, um sie ohne Schlagen der Ähre in die Hand der Bäuerin zu überliefern. Solche Achtsamkeit strengt die Muskeln ungleich mehr an als wenn man die Garbe wirft wie sie eben fällt und dabei die Ähren drischt, daß die Körner nur so fliegen. Selten wird ein Gutsknecht oder Tagelöhner so achtsam und angestrengt arbeiten, als ginge es um sein eigenes Brot Und wie mit der Ernte so mit der Bestellung. Wenn man bedenkt, daß eine zu späte Saat gar oft 1 Doppelzentner und mehr Minderernte pro Hektar bedeutet, so versteht man, daß die Kolonisten, die mit der Ernte schnell das Feld räumen und, wie dies in den pommerschen Kolonien fast immer geschieht, den Schälflug gleich hinter dem Erntewagen folgen lassen, den Großbetrieben, die wegen der oft langen Verzögerung der Ernten einfach nicht heranzukommen vermögen, überlegen sind. . . . Mindestens ebenso wichtig scheint mir der zweite Faktor, der der Nährstoffzufuhr. Wie auf Grund der Wolff-Lehmannschen Tabellen berechnet worden ist, beläuft sich die Steigerung der Stallungsmengen bis auf das 2½fache der früheren Mengen. Es herrscht nun darüber heute fast Einstimmigkeit in der Wissenschaft, daß der Stallung besonders in seiner physikalischen Wirkung auf den Boden geradezu unersetzbar ist. . . . Wenn auch die absolute Höhe der eingeheimsten Erträge in starkem Maß von der Sorgfalt der Ernte usw. beeinflusst ist, die Steigerung der Ernte von Jahr zu Jahr muß unbedingt und der Hauptsache nach auf die wachsende Zufuhr von Stallungsmengen zurückgeführt werden. Sie bewirkt, daß der Boden von Jahr zu Jahr humoser, wasserhaltender wird, kurz, daß er sich langsam dem fruchtbaren Boden der sogenannten *alten Kraft*, wie ihn der stark bäuerliche deutsche Westen in viel ausgedehntem Maß bereits hat, nähert.«

Der reichliche Stallmist, mit dem nach Mührer die gesamten Ackerflächen im Kleinbetrieb im Lauf von 2 Jahren (gegenüber 4 Jahren im Großbetrieb) abgedüngt werden, kommt neben dem Getreide- und Kartoffelbau besonders auch dem Zuckerrüben- und dem Futtermittelbau zugute. Hauptsächlich hieraus erklärt sich das überraschende Resultat einer Umfrage, die Mührer bei den norddeutschen Zuckerfabriken über die durchschnittliche Zuckerrübenhektarerträge der Güter über und unter 100 Hektar gerichtet hat. Aus den Auskünften von 122 Zuckerfabriken ergab sich nämlich, daß der bäuerliche Betrieb in Westdeutschland einen Mehrertrag von 12 Zentnern, in Ostdeutschland von 20 Zentnern pro Hektar erzielt. Nur in Posen und Westpreußen zeigte sich der Großbetrieb im Zuckerrübenbau überlegen. Die starke Viehhaltung begünstigt auch den bäuerlichen Futterbau, zumal den Klee- und Futterrunkelbau. Infolge ihrer reichlichen Stalldüngung kommen nämlich die Kleinbetriebe nach Mührer trotz ihrer ausgedehnten Viehzucht

^{*)} Nach den Berechnungen Keups verfügten die Kolonisten zusammen über 190 000 Doppelzentner Stallung, während den ehemaligen Gutsbetrieben nur 87 000 Doppelzentner zu Gebot standen.

mit einer Futterfläche aus, die noch um 1,6 % geringer ist als bei den vieh-schwachen Gütern. Neben den in seiner spezifischen Natur begründeten Eigenheiten des bäuerlichen Betriebs (der Verwendung eigener Leute bei der Arbeit und als Folge davon der Sorgfalt von Bestellung und Ernte, der Möglichkeit starker Viehproduktion und dadurch bedingter reichlicher Düngeerzeugung) führt Mührer noch ein drittes Hauptmoment zur Erklärung seiner wachsenden Leistungsfähigkeit an: seine zunehmende Verflechtung in den Marktverkehr, der Energie und Intelligenz der Bauern schule und an-spornet.

„Wo Marktbeziehungen bestehen, sind Unternehmungsgeist, Vorwärtsstreben, Produktionssteigerung anzutreffen, auf der andern Seite beim Selbstverbraucher herrschen Indolenz, Trägheit und Produktionsstillstand. Das war beim Bauern der Fall auch dann noch, als er schon lange wirtschaftlich auf eigenen Füßen stand. Im Vordergrund der wirtschaftlichen Tätigkeit stand die Deckung des eigenen Bedarfs, die sich nicht auf die Lebensmittel beschränkte sondern alles das herzustellen suchte, was zum Leben auf dem Bauernhof erforderlich war. Erst sehr spät haben die Lösung der hausindustriellen Tätigkeit von der Landwirtschaft, die Wandlungen der Konjunktur, darunter die Bevorzugung der tierischen Erzeugnisse vor denen des Ackerbaus durch den Konsum, ihn enger verknüpft mit dem Markt und den kapitalistischen Gedanken auch auf seinem Hof Wurzel fassen lassen. Der Ausbau der bäuerlichen Marktorganisation gehört der allerneuesten Zeit an und zeigt sich in einer beispiellosen Entfaltung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Die Umsätze der Verwertungsgenossenschaften und insbesondere der Viehverwertungsgenossenschaften belaufen sich heute auf viele Millionen. Mit der Herausbildung dieser ausgedehnten Absatzbeziehungen des Kleinbetriebs sind für ihn im allgemeinen auch die Voraussetzungen einer der des Großbetriebs gleichen oder über-legenen Produktivität gegeben.“¹⁾

Diese Argumentation Mührers scheint mir zutreffend zu sein und die gegen-teilige Behauptung des Genossen Kaspar Schmidt, es herrsche im unter-fränkischen Kleingrundbesitz noch fast ausschließlich Schweineproduktion für den Selbstbedarf, zu berichtigen oder doch wenigstens unwahrscheinlich zu machen.

Das Hauptergebnis der Untersuchungen Dr. Keups und Mührers ist: Das ostdeutsche Siedelungswerk schafft nicht nur einer größeren Anzahl von Men-schen auf dem platten Land eine befriedigende Existenz sondern erweitert auch das sichere Fundament unserer Industrie, indem es zu einer Vermeh-rung des Produktenüberschusses und damit auch der Kaufkraft der Land-bevölkerung hinführt. Durch beschleunigte Aufteilung und Besiedelung ost-deutscher Großgüter kann die inländische Produktion speziell an Lebens-mitteln tierischen Ursprungs, deren Knappheit alle paar Jahre zu Tenerungs-preisen und zu wachsender Beunruhigung der städtischen Konsumenten Anlaß gibt, ohne Gefrierfleißeinfuhr und ohne Schädigung der deutschen Getreide-erzeugung leicht so gesteigert werden, daß eine ausreichende Befriedigung des Marktbedürfnisses möglich ist. Aus dieser Sachlage wird auch die deutsche und besonders die preußische Sozialdemokratie die Konsequenzen ziehen müssen, indem sie die Forderung beschleunigter Fortsetzung der Binnenkolo-nisation auf bisherigen Großgutsländereien in ihr Programm aufnimmt. In diesem entscheidenden Punkt auch mit dem Genossen Kaspar Schmidt über-einzustimmen gereicht mir zu besonderer Freude und läßt mich unsere noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten als verhältnismäßig nebensächlich empfinden.

¹⁾ Siehe Keup und Mührer, loc. cit., pag. 407.

XX

LUDWIG RADLOF · GESETZ UND RECHT

IN Goethes viel zitiertem Ausspruch »Es erben sich Gesetz' und Rechte wie eine ew'ge Krankheit fort« erscheinen *Gesetz* und *Recht* als identisch. Aber kurz darauf stellt Goethe selbst schon die beiden Begriffe einander hart gegenüber: »Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist <leider!> nie die Frage.« Decken sich für uns in der Wirklichkeit des Lebens Gesetz und Recht? Durchaus nicht. Die Gesetze, die in Deutschland von Parlament und Regierung beschlossen wurden, hinkten dem Recht meistens nach und gaben ihm auch dann nur unvollkommenen Ausdruck. Das beruht zum Teil wohl auf der Kompliziertheit der rechtlichen Beziehungen der Menschen, die eine völlig einwandfreie Formulierung im Gesetz zur Unmöglichkeit machen; zum größten Teil aber liegt doch die Ursache in der wirtschaftlichen Übermacht der einen Klasse über die andere. Diese herrschende Klasse diktiert in gewissem Sinn die Gesetze für alle; sie leitet aus dem, was für sie Recht ist, die Normen für die ganze Gesellschaft ab. Indessen, so sehr das im allgemeinen gilt, so darf man doch auch hier das Kind nicht mit dem Bad ausschütten und die feinen Differenzierungen in der Entwicklung gänzlich verwischen. Im *Kommunistischen Manifest* heißt es zum Beispiel: »Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.« Wie in mancher andern Stelle so erscheint uns das *Kommunistische Manifest* auch in diesem Passus heute stark übertrieben. Es ist aber die Pflicht der sozialistischen Wissenschaft in der ursprünglichen Theorie möglichst überall die Spreu vom Weizen zu sondern und sich nach dem gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung klar zu machen, wie weit die von Marx und Engels gestellte Prognose noch als zutreffend betrachtet werden kann. Bei dem, was ich hier sagen möchte, kann ich ganz von den sogenannten *neutralen* Wissenschaften absehen, die nicht zu meinem Thema gehören. Wovon ich sprechen will, ist nur das Wesen des modernen Rechts.

Wir können da 3 Typen unterscheiden: das bürgerliche oder Zivilrecht, das Strafrecht und das Arbeiterrecht.

Der Kampf um das bürgerliche Recht zog sich ja über Jahrzehnte hin; er erreichte seinen Höhepunkt in den parlamentarischen Debatten des Reichstags vor zirka 15 Jahren. Bei sämtlichen politischen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie herrschte Einigkeit darüber, daß es notwendig sei unser gesamtes Zivilrecht neu zu regeln. Das neue bürgerliche Recht sollte und mußte mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden. Die Landesgesetzgebungen, denen es bis dahin unterworfen war, konnten sich den veränderten Verhältnissen nicht mehr anpassen. In dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch wurden das Sachen-, das Personen-, das Familien- und das Erbrecht teilweise auf eine ganz neue Basis gestellt. Die Sozialdemokratie arbeitete an der großen Aufgabe eifrig mit; sie verschloß sich nicht der Tatsache, daß trotz aller Mängel im einzelnen in dem Bürgerlichen Gesetzbuch ein monumentales Werk geschaffen worden war, dem sie ihre Zustimmung nicht vorenthalten konnte. Wir wissen, daß dieses

bedeutende Werk damals die grimmigste Gegnerschaft bei dem Zentrum (man denke zum Beispiel an die Einführung der Zivilehe) und bei den Konservativen (Haftung für Flurschäden) fand; beide Parteien hätten sicher das Gesetz gern abgelehnt, wenn nicht die Furcht vor der öffentlichen Meinung sie davon zurückgehalten hätte.

Im Jahr 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft, und wie die Tatsachen lehren, hat es uns in dieser Zeit nur zu relativ wenigen Ausstellungen Anlaß gegeben. Unter keinen Umständen können wir bei dem neuen bürgerlichen Recht von einer Klassenjustiz sprechen. Im ganzen decken sich hier Gesetz und Recht. Die Ursache liegt wohl darin, daß die modernen gesellschaftlichen Verhältnisse, die starken wirtschaftlichen Umwälzungen der neuern Zeit mit Notwendigkeit zu einer solchen Übereinstimmung hindrängen.

Etwas anders verhält es sich mit dem *S t r a f r e c h t*. Auch an großen Teilen des Strafgesetzbuches ist nichts Erhebliches auszusetzen. Freilich könnten wir die Kardinalmeinung gegen das Ganze erheben, daß es sich im wesentlichen die Bestrafung des Rechtsbrechers zum Zweck setzt und dessen Besserung erst in zweiter Linie anstrebt. In der Praxis wirkte dem aber die vom Geheimrat Krohne in Wort und Schrift vertretene und dann weiter ausgebreitete Rechtslehre entgegen, die darauf hingeht den Verbrecher wieder in die menschliche Gesellschaft zurückzuführen. Entsprechend dieser Lehre sollte allerdings auch der Grundfehler unseres Strafrechts aufgehoben werden, nach dem die einmal verhängte Strafe bis zu Ende abgebußt werden muß, mag auch der *Verbrecher* sich längst *gebessert* haben. Indes, Unvollkommenheiten liegen in der Natur aller menschlichen Einrichtungen, sie werden auch in einer sozialistischen Gesellschaft nie ganz ausgeschaltet werden können. Jedenfalls haben wir gegen das Strafrecht schon gewichtigere Bedenken zu erheben. Am stärksten müssen wir uns gegen die Beleidigungs-, Majestätsbeleidigungs-, Erpressungs-, groben Unfugs- und Koalitionsrechtsparagrafen wenden, die bekanntlich durch die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung ergänzt werden. Außerdem richtet sich unsere Gegnerschaft noch gegen die Preßgesetz- und die in den verschiedenen Gesetzen niedergelegten Geldstrafbestimmungen, durch die unsere Presse und unsere Redner geknebelt werden sollen. Dazu käme endlich das Militärstrafgesetzbuch mit seinen grausamen Strafandrohungen. Im Hinblick auf alle diese Punkte kann man im Strafrecht allerdings von einer Klassenjustiz sprechen, die in praktischen Einzelfällen tatsächlich schon ganz verheerende Wirkungen geübt hat. Bei der in Aussicht stehenden Neuregelung des Strafrechts müssen wir nun unsere Kraft nicht allein darauf konzentrieren jede Verschärfung der Strafgesetze gegen die Arbeiterbewegung abzuwehren, wir müssen vielmehr auch *p o s i t i v e* neue, der modernen Rechtsauffassung wie der wirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart angepaßte Ideen in das Strafgesetzbuch hineinzutragen suchen. In den Kämpfen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft dürfen wir vielleicht hoffen, daß sich durch den Gedanken der Tarifgemeinschaft und der Schiedsgerichte eine wachsende gegenseitige Verständigung an Stelle der Rechtsstreitigkeiten, also ein allmählich erstarkendes *e t h i s c h e s* Recht anbahnen werde. In den letzten 10 Jahren standen wir ja oft vor großen wirtschaftlichen Kämpfen im Buchdruck-, Bau-, Holz- und Malergewerbe, die sich endlich doch zu beiderseitigem

Gewinn durch Tarifabschlüsse auf friedlichem Weg beilegen ließen. Freilich erscheint es durchaus noch nicht sicher, ob die Zukunft auf dieser Bahn weitergehen wird.

Die eine Richtung in unserer Partei glaubt aus der historischen Entwicklung schließen zu müssen, daß ein gigantischer Entscheidungskampf zwischen der kapitalistischen Gesellschaft und dem organisierten Proletariat zuletzt unvermeidlich sein wird, obgleich auch nach ihrem Wunsch allerdings die friedliche Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung vorzuziehen wäre. Die andere Richtung lehnt diesen fatalistischen Gedanken unbedingt ab und vertritt in Wille und Tat den Standpunkt, daß ein friedlicher Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Klassenschichten möglich und wahrscheinlich ist. Da sie in ihren Wegen und Zielen mit der Entwicklung geht und unbekümmert um jeden orthodoxen Anschauungsballast stets zu positiver Arbeit bereit ist, muß, wie ich glaube, das Vertrauen der Arbeiterschaft mehr nach dieser Seite tendieren. Die neue Generation der Arbeiterbewegung entfernt sich denn auch mehr und mehr von dem Gedanken an eine revolutionäre Katastrophe in der Gesellschaft und sucht mit Begeisterung und Tatkraft, aber in ruhiger Einsicht die materielle Lage der nichtbesitzenden Klassen allmählich besser zu gestalten. In der Frage der Rechtsbeziehungen der Menschen werden mit dieser Hebung der proletarischen Klassenlage zugleich fortschreitend neue Möglichkeiten zu einer für alle vorteilhaften Rechtsgestaltung geschaffen.

Die dritte Form des Rechts, das **Arbeiterrecht**, fordert unsere Kritik in mindestens gleichem Maß heraus wie das Strafrecht. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn unsere Fraktion im Parlament den ersten Kranken-, Invaliden-, Alters- und Unfallversicherungsgesetzen trotz ihrer Unzulänglichkeiten zugestimmt hätte. Aber man muß auf der andern Seite auch das psychische Moment berücksichtigen, das Molkenbuhr einmal in einer Polemik mit Herrn von Gerlach hervorhob: daß man von der organisierten Arbeiterschaft nicht verlangen könne, sie solle die Stiefel küssen, die sie so lange getreten haben. Die Mängel der neuen Reichsversicherungsordnung sind an dieser Stelle wiederholt dargestellt worden. Ganz sicher ist die Arbeiterschaft durch diese Versicherungsgesetzgebung noch nicht auf Rosen gebettet. Sie hat nicht nur die Hälfte der Lasten zu tragen, man hat bekanntlich auch die Selbstverwaltung in den Krankenkassen aufs äußerste eingeschränkt; und ebenso besteht in den beiden anderen Versicherungszweigen keine oder nur eine sehr kümmerliche Selbstverwaltung. Die Beiträge sind hoch und die Unterstützungen selbst bei den höchsten Sätzen gering genug. Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet, und die Milliardenvermögen der Landesversicherungsanstalten werden zu unsozialen oder gar zu antisozialen Zwecken verwandt oder nutzlos aufgespeichert. Durch die ganze Reichsversicherungsordnung geht ein merkwürdig unsozialer Geist. Deshalb war ihre Ablehnung durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verständlich. Aber auch hier darf es schließlich nicht heißen *Biegen oder brechen!* Man muß selbst zupacken und an dem weitem Ausbau arbeiten. Wer nicht mitarbeitet, trägt selber die Schuld an dem Stillstand.

An Stelle einer Klassengesetzgebung und Klassenjustiz wollen wir die Wege zu einer Menschengesetzgebung ebnen. Je stärker wir die Gesetze beein-

flussen und mit sozialistischen Ideen durchtränken, desto einfacher und reiner werden, wie wir hoffen, die Rechtsbeziehungen unter den Menschen werden. bis die sozialen Klassenunterschiede mit der allmählichen Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gänzlich fallen müssen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX WILHELM KIMMERTZ · DIE MITGLIEDERFLUKTU- ATION IN DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG



IN schwieriges Problem stellt für die Gewerkschaftsbewegung die Mitgliederfluktuation dar. Hunderttausende treten alljährlich neu in die Reihen der freien Gewerkschaften ein, aber ein gewaltiger Prozentsatz von Mitgliedern scheidet auch jedes Jahr wieder aus. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaft die Zahl dieser Ausscheidenden möglichst auf ein Minimum herabzudrücken.

Will man diese Erscheinung wirksam bekämpfen, die in ganz gleicher Weise in fast sämtlichen Berufen, in den freien Gewerkschaften ebenso wie in allen anderen Organisationsformen zutage tritt, so muß man zunächst einmal ihren Ursachen nachzugehen suchen. Nun könnte man vielleicht glauben, eine starke Mitgliederfluktuation sei in Arbeiterverbänden überhaupt unvermeidlich, sie müsse ein für alle Mal mit in den Kauf genommen werden. Meiner Ansicht nach ist das indes durchaus nicht der Fall. Bis zu gewissem Grad haben es die Gewerkschaften sehr wohl in der Hand das Übel, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch erheblich einzudämmen.

Die ungeheure Stärke der Fluktuation ist aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen, die die Zahlen des Zu- und Abstroms aus einigen großen Gewerkschaften bringt.

Jahr	Metallarbeiter- verband			Holzarbeiter- verband			Transportarbeiter- verband			Fabrikarbeiter- verband		
	Ein- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt in ‰ des Ein- tritts	Ein- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt in ‰ des Ein- tritts	Ein- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt in ‰ des Ein- tritts	Ein- tritt	Aus- tritt	Aus- tritt in ‰ des Ein- tritts
1907	160357	133228	83,8	44671	48896	109,4	46385	39208	84,5	70782	59864	84,5
1908	108407	108585	100,1	33684	36917	109,6	33314	34529	103,6	47208	50458	106,0
1909	114549	103273	90,1	40350	32784	81,2	34625	25748	74,4	51298	43907	84,4
1910	209166	118499	56,6	49771	36556	73,4	71245	38630	54,2	74496	48423	65,0
1911	208639	157510	75,4	54828	37120	67,5	98394	56099	57,0	81578	59239	72,5
1912	167783 ¹⁾	136156	81,1	51370	37310	72,6	96276	65537	68,0	78888	60734	76,9

Nach dieser Tabelle könnte man zunächst annehmen, die eigentliche Ursache der Fluktuation liege in wirtschaftlicher Notlage der Mitglieder. Das ist jedoch nicht der Fall. Die meisten Gewerkschaften haben heute geeignete Einrichtungen, um den in Not befindlichen Mitgliedern selbst längere Zeit hindurch die Mitgliedschaft bei ganz geringer oder auch ohne jede Beitragsleistung zu ermöglichen. Die Notlage einzelner oder die Folgen wirtschaftlicher Krisen wirken für die Organisationen in der Hauptsache deshalb nur mittelbar. Die wirklichen Ursachen des kolossalen jährlichen Mitglieder-

¹⁾ Die 23 716 Mitglieder, die von dem Hafen- und Seemannsverband übertraten, sind hierin nicht mit-
einbegriffen.

²⁾ Die 14 875 Mitglieder, die vom Schmiedeverband übertraten, sind hierin nicht mitbegriffen.

verlustes treten klarer hervor, wenn wir uns einmal die Schichten der Gewerkschafter ansehen, die den stärksten Anteil an der Fluktuation haben. Gruppieren wir die Mitglieder nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft (nach einzelnen Jahrgängen) und vergleichen dann, welcher Prozentsatz jeder dieser Gruppen in einem bestimmten Jahr austrat, so erhalten wir bald den untrüglichsten Aufschluß über den eigentlichen Grund des Übels. Es liegt hauptsächlich in der mangelhaft entwickelten Überzeugungstreue der Mitglieder. Zum Beispiel waren von den Mitgliedern, die im Jahr 1911 aus dem Metallarbeiterverband austraten, 35,2 % erst 1911 eingetreten, 34,2 % 1910, 24,7 % 1909, 17,9 % 1908, 10 % 1907, 9,7 % 1906, 8 % 1905, 2,4 % 1904 und 0,5 % 1903. Für den Transportarbeiterverband lauten die entsprechenden Zahlen wie folgt: 33,3 % 1911, 29 % 1910, 18,1 % 1909, 12,1 % 1908, 6,5 % 1907, 4,9 % 1906, 4,9 % 1905 und 3,1 % 1900 bis 1904. Also mit der Dauer der Mitgliedschaft steigt zugleich die Überzeugungstreue und damit die Stabilität der Mitglieder.

So gilt es also bei den Neueintretenden die Kraft der Überzeugung zu wecken, die durch die Zahlung des Eintrittsgelds und einiger Wochenmarken längst noch nicht wachgerufen wird. Nun sind zwar sicherlich die meisten Gewerkschaften bestrebt nach Kräften Aufklärung und Erkenntnis unter ihren neuen Mitgliedern zu verbreiten, durch schriftliche ebenso wie durch mündliche Agitation. Ihre Bemühungen scheitern aber häufig daran, daß es sehr schwer gelingt auf diesem Weg gerade die Schicht der Neuorganisierten zu erfassen. Die noch nicht aufgeklärten Mitglieder sind, wie jeder erfahrene Gewerkschafter weiß, selten oder niemals zum Besuch der Gewerkschaftsversammlungen und -besprechungen zu bringen, das Verbandsorgan oder irgendwelche Flugschriften lesen sie höchstens ganz oberflächlich. Wie also soll man die Fluktuation wirksam bekämpfen? Meines Erachtens ist das nur möglich einmal durch eine wirklich durchgreifende Aufklärungsarbeit, dann dadurch, daß man geeignete verbandstechnische Einrichtungen zu schaffen und auszubauen sucht.

Zweifelloos verrichtet die Gewerkschaftspresse heute bereits ein gewaltiges Stück dieser Aufklärungsarbeit. Die Verbandsorgane werden meist zweckentsprechend redigiert. Einige größere Verbände lassen Spezialblätter für ihre verschiedenen Hauptgruppen erscheinen. Andere geben neben dem Hauptorgan noch Zeitungen oder Zeitschriften für die Funktionäre heraus, ebenso werden Broschüren und Kalender zur Belehrung der Mitglieder verteilt. Dazu kommen Jahr für Jahr Millionen von Flugblättern, die sich an die Indifferenten wenden. Fast all dies erhalten die Mitglieder gratis. Wer sich noch intensiver vertiefen will, findet in den Jahrbüchern, Protokollen usw. reichliches Material. Nur wäre zu wünschen, daß die Preise solcher Schriften nicht so unerschwinglich hoch wären wie sie heute oft der Verleger aus materiellem Interesse festsetzt. Den Hauptwert in der schriftlichen Agitation wird man stets darauf legen müssen berufliche, wirtschaftliche und soziale Probleme in leicht verständlicher Art zu erörtern. Es ist selbstverständlich, daß dabei auch politische Tagesfragen in die Diskussion hineingezogen werden müssen. Von größerer Bedeutung aber noch ist die mündliche Aufklärungsarbeit. In einer Unzahl von Versammlungen in jedem Jahr sucht man diese Aufklärungsarbeit zu leisten, in die Schichten der Indifferenten Erkenntnis ihrer Lage und Wissen hineinzutragen. Dabei ist

es wichtig die besprochenen Themen den örtlichen und beruflichen Verhältnissen anzupassen. Es kommt aber auch sehr darauf an, wie diese mündliche Agitation betrieben wird. So glaubt man allgemein, daß es nicht nötig sei in den sogenannten *Betriebsbesprechungen* und in sonstigen kleineren Zusammenkünften, die ja den Kern der gesamten Agitationsarbeit bilden, *große Vorträge* halten zu lassen. Meiner Ansicht nach ist das absolut falsch. Gewiß sollen Betriebsversammlungen in erster Linie zur Besprechung der Betriebsverhältnisse dienen. Trotzdem müssen auch im Anschluß an die Erörterung von Betriebsmißständen oder dergleichen die grundsätzlichen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung hervorgehoben werden. So verhindert man auch am besten, daß die Diskussion sich völlig in persönlichen Angelegenheiten verliert, die in diesen Besprechungen oft berührt werden müssen. In den Zusammenkünften der kleinen Ortsgruppen und einzelner Bezirke, Branchen oder Betriebe sollte, wie gesagt, wenn irgend möglich, trotz der geringen Zahl der Besucher ein Vortrag gehalten werden. Ein tüchtiger Agitator wird es stets verstehen auch durch das Medium kleiner Versammlungen starke Wirkungen auszuüben. Steht eine rednerische Kraft durchaus nicht zur Verfügung, so kann sie der Einberufer zu ersetzen suchen, indem er interessante Artikel aus einer Verbandszeitung oder den Protokollen von Verbandstagen und Berufskongressen vorliest. Jedenfalls sollten die Funktionäre geeignetes Material immer zu solchen Zusammenkünften mitbringen. Die reinen Betriebsangelegenheiten müssen mit großem Geschick diskutiert werden; so leicht solche Besprechungen scheinen, so rasch können sie bei unrichtigem Vorgehen zu Verärgerungen, persönlichen Differenzen und dadurch schließlich zu Schädigungen der Organisation führen. Selbst bei sonst sehr gewandten Rednern kommt es vor, daß sie bei diesen Agitationsversammlungen wenig günstige Erfolge erzielen. Das ist gewöhnlich dann der Fall, wenn der Redner nicht genügend Rücksicht auf das geistige Niveau und die Ansichten seiner Hörer nimmt sondern die Frage, über die er spricht, nur von dem Gesichtspunkt aus beleuchtet, den er selber hat. Es ist aber sehr natürlich, daß ein Arbeiterführer oder Funktionär, der schon längere Zeit der Bewegung angehört, sich über die Ursachen und das Wesen unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Anschauungen gebildet hat, die in ihrem Zusammenhang dem indifferenten oder bis dahin noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zunächst völlig fremd und unverständlich bleiben. Versammlungen, in denen die Ausführungen des Redners zu schwierig für die Besucher sind, kennzeichnen sich dann stets durch allgemeine Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit. Das gilt für die kleineren wie für die größeren Zusammenkünfte. Um die Versammlungen lebendiger zu gestalten, hat man neuerdings versucht die Rede durch das Bild zu ergänzen. Einzelne Gewerkschaften haben Lichtbildervorträge eingeführt. So veranstaltete der Metallarbeiterverband zum Beispiel im Jahr 1911 139 solcher Lichtbildervorträge, die zusammen von 50 270 Personen besucht waren, so daß durchschnittlich 360 Teilnehmer auf jede Versammlung kamen. Jedenfalls ist es ganz unverkennbar, daß nicht allein Intensität und Umfang, sondern vor allem auch die Art der Aufklärungsarbeit die Stärke der Mitgliederfluktuation wesentlich beeinflußt. Wo in einer Gewerkschaft die schriftliche wie die mündliche Agitation so geleistet wird, wie ich es eben kurz skizzierte, da dürfte man dem Mitgliederschwund auch immer kräftig entgegenwirken.

Nicht minder wichtig zur Bekämpfung der Fluktuation sind aber, wie ich schon erwähnte, gewisse technische Einrichtungen in der Gewerkschaft. Dahin gehören die vorhin genannten statutarischen Bestimmungen einiger Organisationen über die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in Fällen von Erwerbslosigkeit und -unfähigkeit durch Beitragsstundung und Entnahme von beitragsfreien oder beitragsermäßigten Marken. Die Bestimmung, daß Mitgliedern auf Antrag das Recht zusteht beitragsfreie Marken zu entnehmen (womit selbstverständlich eine Begrenzung der Rechte nicht nur entsprechend der Dauer der Mitgliedschaft sondern auch entsprechend der Zahl der Beitragsmarken verknüpft ist), erscheint als das beste Mittel denjenigen, die in Not geraten sind, die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft zu ermöglichen. Die Erfahrungen, die die Gewerkschaften mit dieser Einrichtung gemacht haben, sind durchaus befriedigend. Der Einwand, daß derartige Bestimmungen mißbraucht werden könnten, sowie daß der Organisation ein bedeutender materieller Schaden daraus erwüchse, hat sich als hinfällig erwiesen. Ein wirklicher Mißbrauch dieses Paragraphen ist bei einiger Aufmerksamkeit der Funktionäre sehr leicht zu entdecken, und der Ausfall an Einnahmen kompensiert sich überdies beinahe, da die statutarischen Unterstützungen nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge berechnet werden. Durch diese Art der Berechnung der Unterstützungssätze wird jedes Mitglied schon von selbst zur Nachzahlung, das heißt zum Überkleben der beitragsfreien Marken mit Beitragsmarken angespornt, sobald die momentane Not überwunden ist. Es ist Sache der Organisationsfunktionäre, der Kassierer und Einkassierer den einzelnen in solchen Fällen die Sachlage immer wieder zu erklären. Und übrigens, können einzelne Gewerkschaften (Bauarbeiter, Hafenarbeiter, Binnenschiffer usw.) sogar jährlich wiederkehrende Perioden der Arbeitslosigkeit durch gewisse Bestimmungen im Verband parieren, warum sollte das nicht auch bei den wirtschaftlichen Krisen möglich sein?

Ferner ist eine systematische organisierte Einziehung der Beiträge von Wichtigkeit. Die Verbandsbeiträge werden heute meist noch durch nichtangestellte Mitglieder einkassiert. Nur einzelne bedeutendere Gewerkschaften sind in ihren größeren Verwaltungsstellen dazu übergegangen diese Aufgabe besoldeten Funktionären zu übertragen. Mit dem System der Beitragseinkassierung an Wochentagen, das zuerst ja starker Kritik begegnete, sind jetzt im allgemeinen die Mitglieder ebenso zufrieden wie die Verwaltungen. Durch dieses System wird dem Hauptfehler abgeholfen, der der alten Methode anhaftete und sehr zu der Fluktuation der Mitglieder beitrug: der Vernachlässigung der Beitragseinkassierung. Ältere, überzeugte Mitglieder meldeten sich wohl in solchen Fällen selbst, ersuchten um Abhilfe oder zahlten ihre Beiträge in der Geschäftsstelle. Anders aber ein großer Teil derjenigen, die neu eingetreten waren. Sie kümmern sich zunächst nicht um die Beitragszahlungen, und später scheuen sie dann vor dem hohen Betrag für die rückständigen Marken zurück. So gehen sie oft für die Organisation verloren. Zudem liegt noch da, wo die Einkassierung durch unbesoldete Kräfte erfolgt, eine besondere Kalamität vor: Die Funktionäre, die an Wochentagen ihrer Berufstätigkeit nachgehen müssen, stehen an den Sonntagen nicht in genügender Zahl zur Verfügung. Durch die Anstellung besoldeter Funktionäre wird dieses Übel sofort aufgehoben. Nun wird man gewiß entgegen-

daß an den kleineren und mittleren Orten diese Methode noch nicht durchführbar sei. Es gibt ja Orte, in denen in jeder Woche die Beiträge bei 700 bis 1000 Mitgliedern eingezogen werden müssen; das ist eine Arbeit, die eine einzige Kraft kaum bewältigen könnte. Das ist sicher richtig. Hier wäre aber leicht Abhilfe zu schaffen, sobald die örtlichen Gewerkschaftskartelle die Sache in die Hand nehmen und Kassierer anstellen würden, die bei den Mitgliedern mehrerer Organisationen zugleich die Einkassierung besorgen. Wohl ist der Einwand berechtigt, daß die Kassierer bis zu gewissem Maß auch Agitatoren seien und deshalb die verschiedenen beruflichen Verhältnisse kennen müßten. Indes, sind die Angestellten an sich für diese Tätigkeit geeignet, und haben sie sich erst in ihre Aufgabe hineingefunden, so werden sie sich diese notwendige Kenntnis der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Berufen ebenfalls aneignen können. Was im Arbeitersekretariat möglich ist, kann hier nicht unmöglich sein. Auch die Arbeitersekretäre müssen sich ja in die verschiedenen beruflichen Verhältnisse erst allmählich einarbeiten. Solange aber nun dieses System der Einkassierung noch nicht allgemein durchgeführt ist, müssen wir nach anderen Hilfsmitteln suchen. Ein gutes Auskunftsmittel, um nachlässige oder vernachlässigte Mitglieder nicht wegen rückständiger Beiträge streichen zu müssen, bildet immer noch die Mahnung. Die üblichen Hinweise in den Verbandsorganen verfehlen freilich meistens ihren Zweck, weil sie von den Betreffenden gar nicht gelesen werden. Besser ist es die Rückständigen durch besonders geeignete Funktionäre persönlich aufsuchen zu lassen. Funktionäre, die dieses Amt regelmäßig ausüben, eignen sich dann auch bald eine solche Geschicklichkeit an, daß ihre Arbeit fast stets von Erfolg gekrönt ist.

Selbstverständlich tragen auch gut ausgebaute Unterstützungseinrichtungen viel dazu bei die Mitglieder in der Organisation zu halten. Einige Gewerkschaften haben deshalb neben den verbandsstatutarischen obligatorischen Unterstützungen reine Unterstützungseinrichtungen (Versicherungen usw.) auf fakultativer Grundlage geschaffen. Verbandsmitglieder, die fürchten müssen mit dem Verlust der Mitgliedschaft gleichzeitig ihre Rechte beispielsweise an einer Lebens-, Haftpflicht-, Witwen- und Waisen- oder Invalidenversicherung zu verlieren, werden auf pünktliche Beitragszahlung sehen. Mit der Einführung der *Volksfürsorge* dürfte auch in erheblichem Maß als bisher die Einziehung der Beiträge durch besoldete Funktionäre erfolgen. Gleichzeitig dürfte die Frage der Zentralisierung der Einkassierung ihrer Lösung näher geführt werden, wenn jetzt gewerkschaftliche Funktionäre für beide Organisationen zusammen diese Einkassierung besorgen. Daß die *Volksfürsorge* in vielen Fällen der Fluktuation unter den Gewerkschafts- wie den Genossenschaftsmitgliedern entgegenwirken kann, liegt klar auf der Hand.

Nur der Vollständigkeit halber sei noch die selbstverständliche Tatsache erwähnt, daß Mitgliederverluste in den Gewerkschaften auch durch Berufs- und Wohnungswechsel sowie durch Lohnkämpfe verursacht werden. Aber auch bei solchen Gelegenheiten pflegen nur die der Organisation den Rücken zu kehren, denen die starke Überzeugung fehlt. Lange Zeit sah man auch, wie viele das noch heute tun, eine Beitragserhöhung als eine gefährliche Klippe an, an der das Organisationsschiff mit Sicherheit scheitern müßte. Diese Befürchtung hat sich, wie aufmerksame Beobachter bald bemerkten, nie

bewahrheitet. Immer nur wieder sind es die Unaufgeklärten, die Mitläufer, die aus solchen Ursachen heraus die Organisation verlassen. Und als mittelbarer Grund der Fluktuation kann eine Beitragserhöhung nur eine sehr unwesentliche Wirkung üben.

So darf man wohl mit Recht behaupten, daß die Mitgliederfluktuation in der Gewerkschaftsbewegung durch eine energische Bekämpfung aller ihrer Ursachen bedeutend herabgemindert werden könnte. Die sozialdemokratische Partei, die Arbeiterpresse wie die freie Jugendbewegung sind in diesem Kampf den gewerkschaftlichen Organisationen kräftige Bundesgenossen, denn auch sie wirken für Aufklärung und Erkenntnis. Je erfolgreicher wir der Fluktuation begegnen, je gewaltigere Massen von der Idee der modernen Arbeiterbewegung erfaßt werden, um so energischer kann der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse geführt werden.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

Ernte-schätzungen Mit ungewöhnlicher Spannung sieht man diesmal dem Ausfall der Welternte entgegen. Die erste bestimmtere Berechnung, die nunmehr vorliegt, rührt von dem bekannten englischen Fachblatt *Beerbohm's Evening Cern Trade List* her. Viele Ziffern sind dabei natürlich noch immer einer späteren Berichtigung bedürftig. So im Fall Argentiniens und Australiens, die überhaupt erst gegen den Jahresschluß ihre Ernten bergen, und für die deshalb mangels jeden festern Schätzungsanhalts, jedesmal einfach der Durchschnitt der früheren Jahre zugrunde gelegt wurde. Ferner hat sich in vielen Ländern, vor allem gerade im roggenbauenden Deutschland, die Ernte in diesem Jahr verspätet, so daß das Wetter selbst jetzt noch manchen unvermuteten Einfluß auszuüben vermag; Rußlands Ernten fallen ohnehin schon später. Immerhin sprechen alle Anzeichen für einen, nach Menge wie nach Güte gleich hohen Ertrag, während im regnerischen Vorjahr bekanntlich die zum Teil überraschend großen Ertragsmengen vielfach, abermals in erster Linie bei uns selber und in Rußland, in der Qualität mehr denn je zu wünschen übrigließen.

Für Weizen sind in Europa die Hauptproduktionsländer Rußland und Frankreich. Für Rußland setzt Beerbohm noch höhere Zahlen als in dem Rekordjahr 1910 ein, nämlich 105 Millionen Quarter (à 480 englische Pfund)

gegenüber 71 Millionen in 1908, 67,6 Millionen in 1909, 102,8 im abnorm günstigen Jahr 1910, 67 Millionen in 1911 und 90,5 Millionen Quarter im Vorjahr 1912. Frankreich ist mit einer Mittelziffer bedacht: 41,5 Millionen Quarter gegenüber 39,5 in 1908, 44,5 im französischen Höchstjahr 1909, 31,5 in 1910, 40,3 in 1911 und 41,7 in 1912. Aber dem französischen Markt wird eine stärkere, (zollfreie) Zufuhr aus den Kolonialgebieten Alger und Tunis zugute kommen, deren Ernten auf 5,5 Millionen Quarter gegen 3,0 Millionen im Vorjahr berechnet werden. Auch das nächstwichtigste Gebiet, Italien, dürfte wahrscheinlich (mit 24,8 Millionen Quarter) die größte Ernte seit 1908 verzeichnen, so daß die europäische Gesamterzeugung sich auf 262,3 Millionen Quarter stellen würde, gegen 218,5 in 1908, 248,8 in 1909, 252,3 in 1910, 236,7 in 1911 und 249,5 in 1912. In Außereuropa finden wir selbstverständlich die Vereinigten Staaten nach wie vor in erster Reihe mit 92 Millionen Quarter gegen 80 Millionen in 1908, 88 in 1909, 79,4 in 1910, 78 in 1911 und 91,0 Millionen Quarter in dem glänzend gewinnreichen Vorjahr. Von Indien abgesehen, das wegen seiner Riesenbevölkerung trotz der ansehnlichen Weizen-ernte (1912 45,8, 1913 wahrscheinlich 44,5 Millionen Quarter) nur verhältnismäßig wenig ausführen kann, folgen alsdann Kanada und Argentinien, die beide während der letzten Jahre oftmals gleichen Schritt einhielten, während neuerdings Britisch Nordamerika immer rascher voraneilt. Kanada wird schätzungsweise 28 Millionen Quarter

Weizen hereinbringen, gegen 14 Millionen in 1908, 21 in 1909, 18,7 in 1910, 27,0 in 1911 und 26 in 1912. Für Argentinien ist, wie gesagt, der mehrjährige Durchschnitt von 21 Millionen Quarter zur Grundlage gewählt, während im Rekordvorjahr tatsächlich schon 25,0 Millionen Quarter eingebracht wurden. Alles in allem dürfte auch in Außereuropa der diesjährige mindestens dem hohen vorjährigen Ertrag gleichkommen (214 gegen 213,3 Millionen Quarter), während weiter rückwärts bis 1908 gewonnen wurden: 198,6 (in 1911), 190,0, 188,6 und (in 1908) 162,8 Millionen Quarter. Für Europa und Außereuropa zusammen ergeben sich alsdann Millionen Quarter: 476,3 in 1913, 462,8 in 1912, 435,3 in 1911, 442,3 in 1910, 437,4 in 1909 und 381,3 in 1908. Das wären schließlich fast 14 Millionen Quarter mehr als im Vorjahr: ein ganz erhebliches Plus, selbst wenn man die ständige Vermehrung der Bevölkerung berücksichtigt. Weiter fällt bei einem Vergleich zugunsten der Gegenwart in die Wagschale, daß von der vorjährigen Ernte beträchtliche Mengen für die menschliche Ernährung ausschieden und zu Viehfutter verwandt werden mußten: nach Beerbohm nicht weniger als etwa 15 Millionen Quarter.

Die Roggenproduktion ist viel weniger eine internationale, und die englische Quelle läßt hier im Stich. Für die 63 Gouvernements des europäischen Rußlands würde jedoch nach den Schätzungen des Petersburger zentralstatistischen Amtes die Roggenernte sich belaufen: auf 23,5 Millionen Tonnen (à 1000 Kilo) gegen allerdings 26,6 Millionen Tonnen im Vorjahr, in dem aber durch die Witterung ein großer Teil des Korns auf dem Feld selbst bis zur Unbrauchbarkeit ruiniert wurde. Deutschland dürfte in der Roggenernte zwar gleichfalls den enormen vorjährigen Ertrag nicht ganz erzielen. Aber wenn die letzte Schätzung des preussischen statistischen Landesamts für Preußen nur ein Minus von 400 000, also für ganz Deutschland von etwa 500 000 Tonnen, ankündigte, so ergibt das bei der wahrscheinlich sehr zufriedenstellenden Qualität des Korns, abermals ein durchaus günstiges Bild.

× ×
Getreidepreise Entsprechend der seit vorigem Jahr reichlichen Zufuhr sind auch die Getreidepreise wesentlich gesunken, bis in den letzten Wochen die erneuten Bal-

kanwirren und die unvermutet späte Einerntung nochmals zeitweise ein schwaches Anziehen, besonders für Roggen, brachten. Die Londoner Weizenpreise (London, englisch weiß, Mark Lane) zeigten nach der amtlichen deutschen Umrechnung seit Juli 1912 Monat auf Monat folgende Bewegung pro Tonne: 189,0, 178,8, 160,6, 172,4, 166,4, 160,4, 160,1, 160,1, 159,9, 160,0, 160,9 Mark (Mai 1913), und sie stehen heute auf fast der gleichen Höhe. In Berlin erreichte der Weizen im Jahr 1912 während des Monats Juni seinen Höhepunkt mit 231,80 Mark und notierte alsdann monatsweise weiter: 228,51, 211,79, 214,56, 211,55, 205,77, 205,48, 200,85, 199,96, 201,23, 206,58, 208,58 (Mai 1913); ähnlich Roggen im Mai 1912 199,07, alsdann 197,76, 189,60, 171,22, 175,05, 180,19, 176,98, 174,83, 171,94, 168,10, 164,20, 164,31, 166,97 (Mai 1913). Der Höchstabstand dieser Monatsnotierungen beträgt also bereits beim Weizen in London 29,1 Mark, in Berlin 31,84 Mark, beim Roggen in Berlin 34,87 Mark. Ende Juli bezahlte man an der Berliner Produktenbörse Septemberweizen mit 203½ bis 204 Mark, Septemberroggen mit 169 bis 169¼ Mark.

×
Zucker

× Eine starke Preisermäßigung hat neuerdings auch der europäische Zuckermarkt erfahren, obwohl die Möglichkeit der baldigen Freieinfuhr nach den Vereinigten Staaten eigentlich zu spekulativen Aufkäufen hätte anregen können. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird jedoch in Amerika der Termin des Inkrafttretens gerade dieser Zollbefreiung, falls sie sich verwirklicht, weit hinausgeschoben werden, und vor allem macht sich die günstige Schätzung der diesjährigen Rübenerte, in Verbindung mit reichen überlieferten Zuckervorräten geltend.

Bekanntlich war für den Rübenzucker das Jahr 1911 im allgemeinen eine Zeit der schlimmsten Rohstoffmißernte. Trotz der Erweiterung der Rübenanbaufläche gegen das Vorjahr 1910 erzielte beispielsweise Deutschland nur eine Rübenerte von 9 074 800 Tonnen gegen 15 749 000 in 1910-1911; dies war ein Rückschlag von nicht weniger als 42 %. Ähnlich hatte die Witterung fast alle anderen Rübenzuckerländer, mit Ausnahme Rußlands, getroffen; die Weltmarktpreise des Zuckers gingen entsprechend rapid empor. Hatte das Jahr 1911 mit einem Weltmarktpreis von

rund 9 Mark für den Zentner begonnen, so schloß es mit 14,85 Mark, und dazwischen lag eine Septembernotierung von zeitweilig 18½ Mark. Das Jahr 1912 brachte es zwar vorübergehend im Februar nochmals bis zu einem Preis von etwa 16 Mark, aber mit dem Herannahen der neuen Ernte setzte ein Preis von weniger als 12 Mark ein, und am Jahresschluß war man sogar bei 9½ Mark angelangt. Augenblicklich sind die Vorräte aus alter Ernte noch immer sehr groß, während man der neuen Rübenenernte allgemein mit hohen Erwartungen entgegen sieht, obwohl die Rüben erst die Hälfte ihres Wachstums hinter sich haben. Für Zucker aller Art berechneten sich die sichtbaren Vorräte und schwimmenden Ladungen in den Hauptländern nach der Lichtschen Statistik (in Tons):

Land respektive Ort und Datum	1913	1912
Deutschland, 1. Juli	706 974	422 707
Hamburg, 7. Juli	89 240	66 160
Österreich, 1. Juli	440 849	259 049
Frankreich, 1. Juli	353 181	227 798
Holland, 1. Juli	46 743	42 075
Belgien, 1. Juli	73 623	81 730
England, 1. Juli	244 983	261 255
zusammen in Europa	1 955 593	1 360 774
Vereinigte Staaten von Amerika, 9. Juli	383 000	201 238
Kuba (6 Haupthäfen) 9. Juli	470 000	384 000
Schwimmend, 10. Juli	—	59 060
überhaupt	2 808 593	2 005 072

Kein Wunder, wenn Mitte Juli für Juli- und Augustlieferungen die Terminpreise sich folgendermaßen stellten (Magdeburger Notiz, fob Hamburg in Mark für 50 Kilo):

Jahr	Preis Julitermin	Augusttermin
1913	8,85	8,92½
1912	12,75	12,87½
1911	13,45	13,50
1910	14,90	14,97½
1909	10,42½	10,50

Da die deutsche Verbrauchssteuerfrage infolge der Reichsfinanznot abermals ungelöst blieb, so ist dem Konsum wenigstens diese Preisermäßigung doppelt zu gönnen: wobei freilich die Launen der Witterung in nächster Zeit noch viel mitzusprechen haben.

×
Kaffee

An das bekannte englische Schlagwort vom *billigen Frühstückstisch* (wobei freilich abermals an Stelle der Steuerherabsetzung die Preisverminderung tritt)

wird man weiter durch die jüngsten Schicksale des Kaffeemarkts erinnert. Zugleich zeigt sich hier von neuem, wie schwer es auf dem Boden der heutigen Wirtschaft ist dauerndere Regelungen der Produktion und des Absatzes zu erzielen, und wie einseitig andererseits die vorübergehenden Regelungen leicht ausfallen, freilich unter steter Gefahr des Scheiterns für alle überspannten Wucheranläufe.

Brasilien, das ausschlaggebende Kaffeeproduktionsland, hatte jahrelang unter zu rascher Ausdehnung der Anpflanzungen und schließlich unter einem krisenhaften Preissturz des wichtigsten Landeserzeugnisses gelitten. Während sich der Kaffeepreis für ½ Kilo im Jahrfünft 1891-1895 noch durchschnittlich auf 75 Pfennig hielt, berechnete er sich für die Jahre 1896 bis 1900 nur noch auf 44 Pfennig. Schon 1903 war deshalb der Hauptproduktionsstaat Sao Paulo zu einer scharfen Überproduktionsbekämpfung geschritten. Zunächst ohne jeden Erfolg, denn 1906 finden wir vom Juli bis zum Jahresschluß Preise von 40¼ bis zu 31½ Pfennig, 1907 und 1908 sogar 27 Pfennig als Tiefstniveau. Das sogenannte *Valorisationssystem* (die organisierte Zurückhaltung der wirklichen oder vermeintlichen Überproduktion mit allen Mitteln der staatlich unterstützten modernen Kreditwirtschaft) hat alsdann zunächst in dem entgegengesetzten Extrem geendet. Die Preise stiegen bereits in der 2. Hälfte des Jahres 1911 von 58¼ bis auf 71¼ Pfennig; sie hielten sich während fast des ganzen Jahres 1912 ohne bedeutende Schwankungen etwa auf dieser Höhe (Höchststand im Oktober 72¼ Pfennig), so daß schließlich der amerikanische Kongreß eine Untersuchung über den Wuchertrast einleitete, und auch der deutsche Reichstag in einer Resolution den Reichskanzler zu Gegenmaßnahmen aufforderte. Die Überspannung scheint sich nunmehr wieder zu rächen. Am Hamburger Markt, der für ganz Deutschland bestimmend ist, ging Mitte Juli guter Santosdurchschnitt wie mit einem Ruck von 67 auf 46¼ Pfennig zurück, so daß recht bedeutende Firmen, die den Wert ihrer Vorräte und Ankäufe plötzlich zusammenschmelzen sahen, in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Möglich, daß vorwiegend die ungünstigen Verhältnisse am internationalen Geldmarkt die Exporteure zwangen größere Bestände abzustößen. Aber selbst dann wäre dies ein neuer Beweis dafür,

daß kapitalistische Preisregelungen sich doch in letzter Linie den durchschlagenden Produktions- und Konsumverhältnissen anpassen müssen und gewisse Grenzen der Willkür nicht überschreiten können.

× **Kurze Chronik Deutschlands Roheisen-**

produktion betrug im 1. Halbjahr 1913 9568, 1912 8565, 1911 7680, 1910 7200, 1909 6247, 1908 6046, 1907 6354, 1906 6114 Tausend Tonnen. Die Mehrproduktion beläuft sich also gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs auf mehr als 1 Million Tonnen, gegenüber 1907, dem Höchstjahr der letzten Aufschwungsperiode, auf über 3¼ Millionen Tonnen. × Ähnlich die Steinkohlenproduktion. Sie stellte sich im 1. Halbjahr 1913 auf 93,58 Millionen Tonnen, 1912 auf 84,71 Millionen Tonnen, wuchs also um 8,87 Millionen Tonnen oder 10 %; gegen 1910 ist die Steigerung sogar rund 20¼ Millionen Tonnen oder fast 30 %. Gleichzeitig stieg die Braunkohlenförderung gegen 1912 um rund 2½ Millionen Tonnen oder 6 % und gegen 1910 um 9½ Millionen Tonnen oder ebenfalls fast 30 %. Die Kokserzeugung nahm gegen 1912 um 2,20 Millionen Tonnen oder 14 % und gegen 1910 um 4½ Millionen Tonnen oder fast 40 % zu, ähnlich erhöhte sich die Brikettierung, was namentlich für die Verarbeitung der Braunkohlen gilt, um 1,60 Millionen Tonnen oder fast 14 % respektive um 4 Millionen Tonnen oder 44 %. × Der geplante, für die Preisbildung auf dem Fertigisenmarkt so wesentliche Stabeisenverband ist gescheitert, weil mit einer Anzahl von Werken, an der Spitze die Firma Thyssen, die weitaus größte Produzentin für Stabeisen, eine Einigung über die Beteiligungsziffer nicht zu erzielen war. × Zwischen Hamburg und Bremen haben sich heftige Auseinandersetzungen über die Beteiligungsquote am nordatlantischen Schiffsahrtspool entsponnen.

× **Literatur**

In außergewöhnlich eingehender Weise hat Dr. Jos. Frings die Einkommens- und Vermögensverhältnisse im Regierungsbezirk Arnsberg /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ statistisch bearbeitet: für die Zeit vor 1880 und 1882 sogar unter Benutzung der handschriftlichen Steuerlisten der Regierung. Dr. Frings glaubt, entgegen vielverbrei-

teten Anschauungen über die allgemeinen Entwicklungstendenzen, für das dichtbevölkerte, hochentwickelte Industriegebiet ein höheres Einkommen der Massen feststellen zu können als im Durchschnitt Gesamtpreußens, und zwar unter Steigerung dieses günstigen Abstands gerade in der jüngsten Periode. Ferner sollen in der (Grafschaft) Mark die Verhältnisse gerade für den Mittelstand äußerst günstig liegen; die Brücke des Mittelstands habe sich immer mehr verbreitert, abermals in weit stärkerem Maß als im Durchschnitt der Monarchie. × Professor Waldemar Mitscherlich (Posen) hatte 1911 in Schmollers *Jahrbuch* nachzuweisen versucht: es sei falsch im preußischen Osten von einer Zurückdrängung der deutschen Wirtschaftenden durch die Polen, von einer Ausdehnung des erwerbstätigen Polentums auf Kosten der Deutschen zu sprechen. Die zahlreichen Erweiterungen, meist aus den Kreisen des Ostmarkenvereins, haben den Verfasser jetzt veranlaßt auf Grund der regelmäßigen Bevölkerungsaufnahmen und der Berufsstatistik von 1882, 1895 und 1907 nochmals in einem größern Werk *Die Ausbreitung der Polen in Preußen* /Leipzig, Hirschfeld/ zu behandeln. Nach Mitscherlichs Feststellungen dränge der Pole stets dann vor, wenn die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung ungünstig ist; der Deutsche suche sich rascher und stärker durch Abwanderung dem dauernden wirtschaftlichen Druck zu entziehen. Ein solch schlechter Stand ließ sich für den Zeitraum von 1882 bis 1895 beobachten, der deshalb auch die Zeit des polnischen Vorstoßes gewesen sei. Ende der neunziger Jahre veränderte sich jedoch die ganze Situation: Die gute Konjunktur verminderte bei Deutschen und Polen die Abwanderung, brachte jedoch den Deutschen weiter noch eine mehr oder minder lebhaftere Zuwanderung; »die Zugewanderten werden in ihrer erdrückenden Majorität stets Deutsche sein«. Eine Differenzierung zeigt sich jedoch nochmals zwischen der agrarischen und industriellen Sphäre; die Industrialisierung des Ostens sei stets überwiegend dem Deutschtum zum Vorteil ausgeschlagen. In agrarischen Bezirken jedoch lägen für die Polen größere Chancen der Expansion vor; die starke Neigung der Polen zur Landwirtschaft erleichtere eine Schwächung des deutschen Anteils an der Landwirtschaft. Hier helfend einzugreifen und vorzu-

beugen, sei die Aufgabe der Ansetzung deutscher Bauern und Landarbeiter. »Der Staat kann also für die Stärkung der deutschen Position neben der Kolonisation nichts Besseres tun als der Industrialisierung des Ostens Vorschub zu leisten.« × Wirtschaftsgeschichtlich sowie bank- und börsentechnisch interessant schildert Dr. Heinrich Kleine-Natrop die *Verfassung und Geschichte der Maklerbanken in den Prager Staatswissenschaftlichen Untersuchungen* /Leipzig, Duncker & Humblot/. Die Maklerbanken, der gesellschaftliche, meist aktiengesellschaftliche Ersatz für den freien, selbstabschließenden (nicht für den vereideten) Privatmakler entstanden vor allem in der Gründerzeit der siebziger Jahre als Geschöpfe einer ungewöhnlichen Börsenstimmung, verloren aber später unter Durchschnittsverhältnissen zumeist ihre Lebensfähigkeit wieder, so daß gegenwärtig nur noch 2 Vertreter dieser Bankart zu nennen sind, die einst so viel zur Spekulation in großem Maßstab und zur Unterbringung neuer Börsenwerte beitrug: der *Berliner Maklerverein* und die *Maklerbank in Hamburg*. Auch auf die Wirkungen der Börsengesetzgebung und der Börsensteuer fällt bei dieser geschichtlichen und kritischen Darlegung manches neue Licht. × In zwanglosen Heften geben die Professoren Georg von Schanz und Julius Wolf *Finanzwirtschaftliche Zeitfragen* heraus /Stuttgart, Enke/. Im 1. Heft behandelt der Senatspräsident des preussischen Obergerichts Dr. G. Strutz *Reichs- und Landessteuern im Hinblick auf die Deckung der Wehrevorlagen*, im 2. Heft der Abgeordnete Erzberger den *Wehrbeitrag 1913*. × Als ein ungemein inhaltsreicher Beitrag zu den stärker in Fluß kommenden handelspolitischen Erörterungen ist das *System der deutschen Handelsverträge* von Dr. Robert Weber /Leipzig, Deichert/ zu verzeichnen. Die Handelsverträge der modernen Staaten sind allmählich immer vielseitiger geworden. Wenn ältere Vereinbarungen das Hauptgewicht darauf legten den Staatsangehörigen in der Fremde den Aufenthalt und die Niederlassung, die ungestörte Ausübung des Handels- und Gewerbebetriebs zu erschließen, ihnen den Schutz der Person und des Eigentums, den Schutz vor Steuerwillkür, die gesicherte allgemeine Rechtsstellung zu verbürgen, so sind später immer mehr Verständigungen notwendig geworden über die

Art und den Umfang des Benutzungsrechts an den Verkehrsinstituten (Post, Eisenbahn, Wasserstraßen), über die Zollhöhen (Tarifverträge) und die Meistbegünstigung, über die Seuchenzölle an den Grenzen und andererseits über gewisse Erleichterungen im Nachbargrenzverkehr oder im Verkehr besonderer Art (Märkte und Messen, Muster und Waren der Handelsreisenden, Veredelungsgewerbe). Ferner hat sich das internationale Wirtschaftsleben mehr und mehr bestimmte Organisationen zur Erledigung von Streitfällen und zur amtlichen Vertretung und Förderung der Heimatsinteressen im Ausland (Schiedsgerichte, konsuläre Behörden) geschaffen, abermals unter Sicherstellung und genauerer Umschreibung durch Verträge. Das umfassende heutige deutsche Vertragssystem und die zugehörigen völker- und staatsrechtlichen Ergänzungen werden von Dr. Weber nach den maßgebendsten festen Richtpunkten gruppiert und dargestellt, so daß Praktiker wie Volkswirtschaftler diese orientierende abgeschlossene Bearbeitung gleich willkommen heißen werden. × An größere Kreise wendet sich das *Zollpolitische ABC-Buch* von Dr. Walther Borgius /Leipzig, Duncker & Humblot/, dem bekannten sachkundigen Geschäftsführer des *Handelsvertragsvereins*. Die Popularisierung der Kernfragen des Zollwesens und der Handelspolitik und die Erklärung der fachtechnischen Ausdrücke sind durchaus glücklich, dabei tendenzlos und unparteiisch.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften /Bruno Borchardt

Relativitätsprinzip Das Relativitätsprinzip der neuern oder neuesten Physik, das von Einstein im

Jahr 1905 aufgestellt worden ist und in seinem Verfolg zu einer Umwälzung der festesten Grundlagen der Physik zu führen scheint, wird keineswegs unbestritten von allen Physikern angenommen. Es setzt nach einer ihm von Einstein gegebenen Formulierung die Unabhängigkeit der Naturgesetze vom Bewegungszustand des Bezugssystems voraus. Das heißt, wenn wir für den mathematischen Begriff *Bezugssystem* die Erde setzen, deren Bewegungen wir ja mitmachen, daß wir in keiner Weise zu erkennen vermögen, ob es sich bei diesen Bewegungen um wirkliche Bewegungen im landläufigen Sinn des Worts handelt; es

ist für uns unerkennbar und durch kein Experiment entscheidbar, ob absolute Bewegung oder nur relative zu irgendwelchen Bezugspunkten vorhanden ist; es ist, wie Planck es ausdrückt, nach dem Prinzip der Relativität durchaus unmöglich an unserm Sonnensystem eine gemeinsame konstante Geschwindigkeit aller seiner Bestandteile durch Messungen innerhalb des Systems nachzuweisen. So einleuchtend diese Voraussetzung klingt, so umwälzend sind die Folgerungen, die Einstein und andere für unsere gesamten bisherigen Anschauungen daraus gezogen haben. Es folgt nämlich unter anderm nichts mehr und nichts weniger, als daß auch die Zeitangaben keinen absoluten Sinn haben sondern nur im Zusammenhang mit der Geschwindigkeit und dem Ort des Beobachters Bedeutung erlangen; der Zeitablauf wird vom Bewegungszustand, von der Geschwindigkeit abhängig, so daß, wenn zwei Körper sich mit verschiedener Geschwindigkeit bewegen, die Zeit auf ihnen, das heißt für mit ihnen bewegte Beobachter, einen verschiedenen Ablauf hat.

Trotz der im ersten Augenblick geradezu absurd klingenden Folgerung hat die Relativitätstheorie sehr schnell geradezu begeisterte Anhänger gefunden. Professor Sommerfeld bezeichnete sie vor kurzem auf einer Naturforscherversammlung bereits als zum gesicherten Besitzstand der Physik gehörig; der Berliner Physiker Planck drückte sich in seiner berühmten Rede auf der Königsberger Naturforscherversammlung im Jahr 1910 (siehe diese Rundschau, 1910, 3. Band, pag. 152 ff.) allerdings vorsichtiger aus. Er bezeichnete die Relativitätstheorie als eine Hypothese von unerhörter Kühnheit, die alle unsere Denkgewohnheiten über den Haufen wirft; freilich dürfte daraus kein Einwand gegen das Relativitätsprinzip hergeholt werden, die Folgerung, sagte er, »klingt für das gewöhnliche Anschauungsvermögen im ersten Augenblick ganz ungeheuerlich, ja geradezu unannehmbar, aber vielleicht doch nicht unannehmbarer, als vor 500 Jahren die Behauptung geklungen haben mag, daß die Richtung, welche wir die vertikale nennen, keine absolut konstante ist sondern binnen 24 Stunden im Raum einen Kegel beschreibt. Die Forderung der Anschaulichkeit kann, so berechtigt sie in vielen Fällen ist, unter Umständen, besonders gegenüber dem Eindringen neuer großer Ideen in die Wissenschaft, zum schädlichen

Hemmnis werden.« Nicht unsere Denkgewohnheiten entscheiden in letzter Linie über die Annahme oder Verwerfung einer physikalischen Hypothese sondern das Experiment, und dies scheint bisher für das Prinzip zu sprechen. Allerdings ist die experimentelle Grundlage des Relativitätsprinzips keineswegs völlig gesichert; im Grunde beruht sie auf negativen Versuchsergebnissen, vor allem auf dem negativen Ergebnis des berühmten Michelsonschen Interferenzversuchs, und daß die Deutung gerade dieses Versuchs nicht zwingend ist, hat zum Beispiel Budde auf der Karlsruher Naturforscherversammlung vor 2 Jahren eingehend darzulegen sich bemüht. Man sollte doch angesichts der weitgehenden Folgerungen aus diesem Versuch ihn an verschiedenen Stellen Europas wiederholen, was bereits vor 15 Jahren auf der Düsseldorfer Naturforscherversammlung angeregt wurde.

In der in diesem Jahr neu gegründeten Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* (siehe die Rubrik *Biologie*, in diesem Band, pag. 692) erhebt Gehrcke (Berlin) die schwersten Bedenken gegen die Relativitätstheorie. Ihre Begrenzung auf translatorische gleichförmige Bewegung (bei rotatorischen Bewegungen treten Zentrifugalkräfte auf, die sich auch experimentell nachweisen lassen) scheint ihm gleichbedeutend mit ihrer völligen Vernichtung, da sie von irdischen Physikern, die ihre Versuche in irdischen Laboratorien anstellen, die sich doch auf der relativ zum Fixsternhimmel rotierenden Erde befinden, nicht angewandt werden kann. Es scheint aber hier ein Mißverständnis Gehrckes vorzuliegen, das Problem, wie die Gesetze der Rotationsbewegungen zu formulieren sind, damit sie die geforderte Unabhängigkeit von gleichförmigen Bewegungen des Bezugssystems besitzen, ist sehr gründlich und nachdrücklich untersucht worden, wie Born, der Gehrckes Einwendungen entgegentritt, hervorhebt. In der Tat verlangt das Relativitätsprinzip die Unabhängigkeit der physikalischen Gesetze lediglich von der gleichförmigen translatorischen Bewegung, und es ist noch von keinem seiner Anhänger bestritten worden, daß Rotationsbewegung erkennbar sei; nicht erkennbar ist lediglich die gleichzeitige translatorische Bewegung, die keinen Einfluß auf die Gesetze der Drehbewegungen ausüben darf, ein Satz, der in dieser Form übrigens auch der klassischen von Galilei und Newton be-

gründeten Mechanik angehört, wo er freilich auf rein mechanische Vorgänge beschränkt bleibt, während die Relativitätstheorie gerade aus der Schwierigkeit den Äther mechanisch zu erfassen und eine Bewegung der Erde gegenüber dem Äther festzustellen ihren stärksten Anstoß bekommen hat.

Ein zweiter Einwand Gehrckes sucht dem Prinzip und der aus ihm folgenden Zeitdefinition einen innern Widerspruch nachzuweisen. Wenn zwei Körper a und b relativ zu einander ruhen, so ist der Zeitablauf auf beiden der selbe; ist aber der eine gegen den andern bewegt, so ändert sich nach den Folgerungen des Relativitätsprinzips der Zeitablauf, so daß die Zeit in dem bewegten gegenüber dem ruhenden Körper zurückbleibt; wenn t_a die Zeit in a bezeichnet, ist die in b durch den Ausdruck $t_b = t_a \sqrt{1 - \frac{v^2}{c^2}}$

gegeben, wenn v die Geschwindigkeit des bewegten Körpers und c die Lichtgeschwindigkeit bedeutet. Die Änderung des Zeitablaufs ist von der Richtung der Bewegung unabhängig. Bewegt sich der Körper b also eine Zeitlang von a fort und kehrt dann wieder zu a zurück, so ist auf ihm und für alles, was mit ihm sich bewegt, die Zeit nicht so rasch verlaufen wie auf a ; während zum Beispiel auf a 100 Jahre vergangen sein können, ist auf dem Körper b erst ein Zeitraum von 50 Jahren oder je nach der Größe der Geschwindigkeit v noch weniger verstrichen, ja, bei der größtmöglichen Geschwindigkeit, der Lichtgeschwindigkeit (eine größere ist nach der Mechanik des Relativitätsprinzips nicht möglich) hat die Zeit auf b überhaupt still gestanden. Einstein veranschaulicht dies relativtheoretische Beispiel einer durch Bewegung hervorgerufenen Verzögerung des Zeitablaufs selbst sehr drastisch mit folgenden Worten: »Wenn wir zum Beispiel einen lebenden Organismus in eine Schachtel hineinbrächten und ihn die selbe Hin- und Herbewegung ausführen ließen wie vorher die Uhr [Uhren sind bei Einstein statt der Körper a und b genommen], so könnte man es erreichen, daß dieser Organismus nach einem beliebigen langen Flug beliebig wenig geändert wieder an seinen ursprünglichen Ort zurückkehrt, während ganz entsprechend beschaffene Organismen, welche an dem ursprünglichen Ort ruhend geblieben sind, bereits längst neuen Generationen Platz gemacht haben. Für den bewegten Organismus war die lange Zeit der Reise nur ein

Augenblick, falls die Bewegung annähernd mit Lichtgeschwindigkeit erfolgte. Das ist eine unabweisbare Konsequenz der von uns zugrunde gelegten Prinzipien, die die Erfahrung uns aufdrängt.« Der durch Bewegung gehemmte Zeitablauf soll also, wie Gehrcke aus diesen Ausführungen schließt, nicht nur unter gewissen Voraussetzungen vom Standpunkt eines ruhenden Systems aus subjektiv behauptet werden dürfen, der gehemmte Zeitablauf soll objektive, physikalische Realität haben. Nun ist es aber für die Bewegung ganz gleichgültig, ob sich b relativ zu a oder a relativ zu b in entgegengesetzter Richtung mit der Geschwindigkeit v bewegt. Faßt man den selben Vorgang als eine Bewegung von a relativ zu b in der entgegengesetzten Richtung auf, so ist nicht der Zeitablauf in b relativ zu dem in a gehemmt, sondern umgekehrt der in a relativ zu dem in b . Wenn also beide Körper sich wieder an dem selben Ort befinden, relativ gesprochen, das heißt also wieder bei einander sind, so ist nach der ersten Auffassung die Zeit in b gegenüber der in a zurückgeblieben, nach der zweiten vom Standpunkt der Relativitätstheorie ebenso berechtigten Auffassung aber die Zeit in a gegenüber der in b . Aus diesem sich aus den Annahmen der Theorie selbst ergebenden Widerspruch schließt Gehrcke auf ihre völlige Unhaltbarkeit. Auch mit diesem Einwand ist indessen wenig anzufangen. Im Grunde liegt hier wohl nur ein Widerspruch der Relativitätstheorie gegen unsere bisherigen Anschauungen vor, nicht ein Widerspruch der Theorie in sich; das Nachgehen bewegter Uhren gegen ruhende vom Standpunkt des ruhenden Beobachters aus stellt sicherlich an unsere Vorstellungskraft ganz ungewöhnliche Anforderungen, bedeutet aber keineswegs einen logischen Widerspruch der Theorie in sich. Für den Beobachter in a ist es ganz gleichgültig, ob sich b relativ zu a oder a relativ zu b bewegt, die Bewegung von a ist für ihn nicht wahrnehmbar, für ihn ist nur die Bewegung von b vorhanden, und man darf nun nicht von dem gehemmten Zeitablauf in b in absoluter Weise sprechen sondern lediglich von der Zeitverkürzung für den auf a befindlichen Beobachter. Gehrcke kommt zu dem Urteil, die Relativitätstheorie stelle ein Gemisch von einander widersprechenden Prämissen dar, und sieht die Erörterungen über sie als einen interessanten Fall von Massensuggestion an. Diese bei wissenschaft-

lichen Erörterungen zum mindesten ungewöhnliche Form der Kritik zeigt aber nur das eine, daß die Relativitätstheorie keineswegs schon zum gesicherten Bestand der Physik (oder der Physiker) gehört. Eine ganz besondere Schwierigkeit findet sie auch darin, daß die Erscheinungen der Gravitation sich in ihr System nicht einfügen lassen. Einstein selbst sowie andere namhafte Physiker wie Abraham haben dies vergeblich versucht, und Abraham erscheint die Unmöglichkeit die Gravitationserscheinungen relativtheoretisch in befriedigender Weise zu erklären, als ein so starkes Bedenken gegen die Theorie, daß er sie daraufhin ganz fallen läßt. Einstein ist gegenwärtig wieder mit Untersuchungen auf diesem Gebiet beschäftigt; er hat für die nächste Naturforscherversammlung, die im September in Wien stattfinden wird, einen Vortrag darüber angekündigt; es bleibt abzuwarten, wie seine neuen Versuche die Gravitationserscheinungen relativtheoretisch zu behandeln ausgefallen sind.

× **Photochemie** Die Ausdehnung des Chlors im Licht ist seit langem beobachtet, jedoch oft für

eine sekundäre Störung gehalten worden; das Auftreten der Erscheinung in reinem Chlor wurde von manchen Forschern sogar bestritten. Es sind nun in jüngster Zeit von M. Trautz Versuche mit trockenem Bombenchlor angestellt worden, das außer einer kleinen Menge Luft und einer äußerst kleinen Menge Wasserdampf keine in Betracht kommenden Verunreinigungen enthalten dürfte. Diese Versuche bestätigten die Tatsache der Ausdehnung des Chlors unter dem Einfluß der Belichtung mit bestimmten Lichtarten. Bei Bestrahlung mit einer Quarzquecksilberlampe erhöhte sich der Druck in einem mit Chlor gefüllten Gefäß, ferner zeigte die Bestimmung der spezifischen Wärme bei konstantem Volumen nach verschiedenen Methoden bei Bestrahlung mit der Quarzquecksilberlampe eine Verringerung dieser Größe; bei der Anwendung von rotem Licht und bei der Belichtung mit einer Nernstlampe blieben die Effekte aus. Aus den Versuchen ist nicht ersichtlich, welche Strahlen der Quecksilberlampe hauptsächlich an den Effekten beteiligt sind. Denn das eingestrahlte Licht durchdrang Glaswände, bevor es in den mit Chlor gefüllten Raum eintrat, manchmal war sogar ein Wassertrog mit Glaswänden vorgeschaltet, und die Ab-

sorption der Gläser ist für violette und ultraviolette Strahlen sehr verschieden. Durchlässigkeitsversuche sind aber bei den Versuchen nicht vorgenommen worden. Die Versuche, die übrigens auch mit Brom- und Joddampf und Stickstoffdioxid angestellt wurden und hier analoge Resultate ergaben, müssen jedenfalls mit monochromatischem Licht wiederholt werden, damit die Ergebnisse genauerer quantitativer Bearbeitung unterzogen werden können.

Tragen die Versuche also auch zunächst nur den Charakter des Vorläufigen, so sind sie doch von einer gewissen prinzipiellen Bedeutung für die Photochemie. Die Wirkung des Lichts greift im allgemeinen nur an einem der beteiligten Stoffe an, der die wirksamen Lichtwellen absorbiert; ein solcher lichtempfindlicher Stoff wird nicht nur in einer sondern in vielen oder allen Reaktionen photochemisch beeinflusst. Das drängt zu der Vorstellung, daß lichtempfindliche Stoffe durch Belichtung in andere Zustände übergehen, die von der Wellenlänge und der Intensität der Bestrahlung abhängig sind, und deren genaue Kenntnis eine Voraussage der chemischen Lichtwirkungen erlauben würde. In dieser Richtung stellen die, wenn auch nur vorläufigen, Versuche von Trautz doch einen wichtigen Schritt dar.

× **Frisch-altbacken**

Über die Ursachen des Altbackenwerdens des Brotes hat der Amsterdamer Arzt

I. R. Katz eine interessante Studie angestellt. Daß das Altbackenwerden nicht auf einer Austrocknung beruht, lehrt schon die den Bäckern und Hausfrauen geläufige Erfahrung, daß altbackenes Brot durch Erwärmen wieder aufgefrischt werden kann. Durch die Versuche von Katz wird das bestätigt. Es ergibt sich, daß in der Krume des Brotes ein physikalisch-chemisches Gleichgewicht besteht, und zwar ist bei höherer Temperatur (50 bis 100°) frisches Brot, bei Zimmertemperatur dagegen (25 bis 0°) altbackenes Brot der Gleichgewichtszustand. Die Versuche wurden so angestellt, daß die Krume in verschlossenen Röhren im Thermostaten längere Zeit auf verschiedene Temperaturen gebracht wurde. Die Versuche wurden auch bei Temperaturen unter 0° fortgesetzt, und da ergab sich das interessante und unerwartete Resultat, daß bei tiefen Temperaturen die Krume sich wieder so verhält wie bei höheren. Folgende Tabelle, der Versuchsdauern von

48 Stunden zugrunde liegen, zeigt das Verhalten: 90 bis 60° frisch, 50° noch fast ganz frisch, 40° deutlich etwas altbacken, 30° halb altbacken, 15° altbacken, 0° sehr altbacken, —2° noch stärker altbacken, —6° weniger altbacken (etwa wie bei 15°), —8° halb altbacken (wie bei 15°), in flüssiger Luft ganz frisch. Es besteht also ein Maximum der Umwandlung frisch-altbacken bei —2° bis —3°, und bei noch tieferen Temperaturen findet eine Rückverwandlung statt. Über den chemischen Prozeß bei der Umwandlung konstatiert Katz nur, daß die Veränderung sich in den durch das Backen verkleinerten Stärkekörnern vollzieht und ein Vorgang zu sein scheint, der sich beim Altwerden in allen Kleisterlösungen abspielt. Die Umsetzung vermindert das Quellungsvermögen der Stärke, das Wasserbindevermögen nimmt ab, und die Stärkekörner selbst müssen kleiner werden, indem Wasser von der Stärke an das Eiweißgerüst des Brotes abgegeben wird. Eine solche Verkleinerung der Stärkekörner ließ sich auch mikroskopisch beim Vergleich frischen und altbackenen Brotes konstatieren. Aus den Beobachtungen ergibt sich, daß man das Altbackenwerden des Brotes verhindern kann, wenn man es bei Temperaturen über 50° oder in Kühlräumen aufbewahrt, deren Temperatur freilich bedeutend niedriger sein mußte als es sonst bei der Aufbewahrung von Lebensmitteln der Fall ist. (Erwähnt sei noch, daß Katz zum Schluß auch die Beseitigung der Nacharbeit in den Bäckereien als möglich hinstellt, wenn es durch Aufbewahren in Kühlräumen gelingt stets frisches Brot zu erhalten.)

× **Kurze Chronik** Am 9. April endete der deutsche Direktor der chilenischen Nationalsternwarte in Santiago de Chile, Ristenpart, durch Selbstmord. Er hatte bereits alle Pläne zu einer neuen großen Sternwarte entworfen, deren Ausführung aber noch mancherlei Schwierigkeiten im Weg standen. × Am 13. Mai starb Richard Börnstein, Professor der Physik an der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Seine Arbeiten lagen zum Teil auf meteorologischem Gebiet. Sehr bekannt ist er durch die verdienstvollen *Physikalisch-chemischen Tabellen* geworden, die er im Verein mit Landolt zum erstenmal 1883 herausgegeben hat, und die ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle Physiker und Chemiker gewor-

den sind (siehe unten den Abschnitt *Literatur*). × Am 21. Juli starb in Leipzig der Geologe und Paläontologe Professor Hermann Credner. Namentlich auf dem Gebiet der Erdbebenforschung sind ihm grundlegende Arbeiten zu verdanken. Sehr bekannt ist er durch sein anerkanntes Lehrbuch *Elemente der Geologie* geworden. × Professor Albert Einstein, der Begründer des oben behandelten Relativitätsprinzips, ist als Ordinarius nach Berlin berufen worden. × Die *Internationale Vereinigung für Sonnenforschung* hält in diesem Sommer ihre 5. Tagung ab, und zwar in der Zeit vom 31. Juli bis zum 5. August auf der Sternwarte in Bonn.

× **Literatur** Die Festrede Heinrich Rubens' *Die Entwicklung der Atomistik* /Berlin, Hirschwald/ schildert die Umwandlung der antiken Atomhypothese zur Molekularhypothese der modernen Chemie durch Dalton, dann ihren weiteren Ausbau durch die Begründer der kinetischen Gastheorie und zeigt dann, wie Helmholtz vor 30 Jahren, angeregt durch »die neuere Entwicklung von Faradays Ideen über Elektrizität«, den Anstoß zur neusten und wichtigsten Epoche des Atomismus gegeben hat, und wie die Annahme der atomistischen Struktur der Elektrizität zu merkwürdigen Folgerungen und Umgestaltungen der Anschauungen über die Atome geführt hat. Der Autor kommt zu dem Schluß: »Wohl keiner Theorie ist jemals eine schwerere Belastungsprobe zugemutet worden als sie der Atomismus gegenüber der Forschung der letzten Jahre zu bestehen hatte. Er ist daraus siegreich, aber doch in etwas veränderter Gestalt hervorgegangen.« × Eine *Einführung in die Mathematik für Biologen und Chemiker* hat Leonor Michaelis geschrieben /Berlin, Springer/. Nach einer Rekapitulation der elementaren Mathematik wird in der Lehre von den Funktionen das Wesentlichste der analytischen Geometrie der Ebene mitgeteilt, worauf das Wichtigste aus der Infinitesimalrechnung nebst Differentialgleichungen folgt. Die Darstellung begnügt sich häufig mit einer Plausibelmachung (was dem Bedürfnis des Leserkreises, an den das Buch sich wendet, wohl entspricht); die Ergebnisse werden vielfach an Beispielen aus der Physik, Chemie und Biologie erläutert. Daß die Elemente der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht behandelt sind, ohne die ein Verständnis

der modernen Atomistik nicht möglich ist, scheint mir ein Mangel zu sein. × *Das Lehrbuch der Physik für Mediziner und Biologen* von Ernst Lecher /Leipzig, Teubner/ erscheint als die gereifte Frucht einer langjährigen praktischen Lehrtätigkeit und wird nicht nur dem Studenten sondern auch dem wissenschaftlich arbeitenden Arzt von Nutzen sein. × Landolt-Börnsteins *Physikalisch-chemische Tabellen* sind in 4. Auflage erschienen /Berlin, Springer/. Auch der zweite Herausgeber der 3. Auflage, Meyerhoffer, ist inzwischen verstorben und durch Roth (Greifswald) ersetzt. Die neue Ausgabe zeigt eine starke Vermehrung und teilweise Umgestaltung des Inhalts. Die preußische Akademie der Wissenschaften hat die Herausgabe der neuen Auflage wie schon der früheren unterstützt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Schmidt
(Erich) +

Eine große Schule mit einflußreichen und begeisterten Jüngern verlor ihr

Haupt, weil Erich Schmidt gestorben ist. Er starb, ehe er das 60. Lebensjahr vollenden konnte. Da seine Macht so weit ging, da sie alle deutschen Hochschulen und sogar das Ausland umfaßte, dachte man sich ihn patriarchalischer, von ehrwürdigem Greisentum. Nun hat Erich Schmidt ja eigentlich nie eine kritische Macht in den Fragen der lebendigen Dichtkunst ausüben wollen, die Energie seiner Arbeit hat er vor allem auf das Historische vereinigt. Trotzdem ging von ihm eine Anregung aus, die alle für die Gegenwart Kämpfenden hochhielt oder auch hemmte. Ich muß von meinem Lehrer nach der persönlichen Erfahrung sprechen, um seiner wertvollen Persönlichkeit gerecht zu werden. In der Vorlesung konnte man seinen Ruhm nicht begreifen. Da zerstreute er durch seine körperliche Schönheit, durch eine Rhetorik, die sich an leichten Massenerfolg gewöhnt hatte, die endlich diesen Erfolg gar suchte. Doch im germanistischen Seminar kam man ihm näher. Man fühlte, daß er jede Dichterzeile mit anschauernder Teilnahme vor sich wiederschuf. Er vergaß über dem Philologen niemals den Kunstfreund. Wenn er Motive suchte, so war es seine Neugier auf die Tat des dichtenden Schöpfers. Seine Metrik war eine Psychologie vom Rhythmus des Worteformens. Der Vers klang nach in ihm, und skandierte

er den Vers, dann zerschnitt er ihn trotzdem nicht in tote Teile. Es gibt primitive Lebewesen, die der Anatom zerspaltet, und für das sichere Auge lebt jedes der gespaltenen Teile dennoch weiter. So war es bei der metrischen Betrachtung, die Schmidt auf einen Vers lenkte. Und er setzte hernach aus den zertrennten Stücken das tönende Gebild sehr geschickt, mehr noch, sichtlich erfreut durch jeden Wohlklang, wieder zusammen. Zufällig ist es nicht, daß er dem Ursprung aller Dichtung überhaupt nachgedacht und davon geschrieben hat. Er hat dadurch bezeugt, daß er die heiße Quelle der Poesie, den Menschen, andächtig ehrte. Das war die Methodik, das war die Grundanschauung seiner Kunstlehre, und gehorsam diesen Sätzen hat er die deutsche Literatur von 19 Jahrhunderten studiert. Die 4 Jahrhunderte, die uns am nächsten liegen, zog er allen Epochen vor. Und in dieser Domäne war er allwissend; er hatte jeden Zug des Daseins verspürt, der aus jener Epoche zur Gegenwart herangeströmt ist. Er war hier kein Spezialist sondern ein Allwissender. Und weil die Vollendung weniger auffällig ist als die verbissene Sonderlichkeit, konnte er sogar in den Ruf des oberflächlichen Leichtsinns geraten. Der Blick auf den Umfang seiner Arbeit widerspricht diesem Urteil jedoch. Das Studium der Sturm- und Drangzeit hat Erich Schmidt überhaupt erst begründet. Seine Lessingbiographie sammelt nicht nur alle Erkenntnis von der deutschen Aufklärung. Sie führt auch in die Welt der klassischen Ideen ein. Was an der Goetheforschung gut ist, was die lächerliche Ausschreitung der trockenen Lexikographen und Wortklauber vereitelt, gruppiert sich um Erich Schmidt, den Meister. Man liest, daß Wilhelm Scherer Schmidts Meister gewesen ist, aber der Schüler hat in seine Lehre ein stärkeres, ein innigeres Temperament hineingebracht. Noch ehe die Romantik durch allerhand Dissertationen spukte, hat Erich Schmidt ihr gedient. Er brauchte nicht den Sporn eines Hundertjahrejubiläums, damit er für Heinrich von Kleist die beste Ausgabe, die für alle späteren Ausgaben entscheidende, darbot. Heine und Gottfried Keller lagen im Gebiet seiner Forschung. Überhaupt, er war ein weltläufiger Mann, interessiert allerorten am Wachsen der deutschen Poesie. Die Monographien, die seine Schüler über

österreichische Dichter schrieben, hat er angeregt und überwacht. Sein letzter großer Plan war eine Uhlandbiographie. Da wollte er einen Dichter und einen Politiker charakterisieren, der ja ein scharfer Demokrat gewesen ist. Wer Kunstschatze, der Vergangenheit entstammend, bewacht, führt den Staatstitel eines Konservators. Erich Schmidt ist der vornehmste Pfleger im Museum der poetischen Werke gewesen. Er hat die meisten der Werke besser bewahrt, beredter gedeutet als seine Freunde, als seine Gegner. Vergangenen Herbst saß ich zum letztenmal in seinem Studierzimmer, vor dem Wandschirm, den eine große Photographie des Mommsenkopfes schmückte. Da hat er wieder von J. J. David, von Gerhart Hauptmann, von M. Maeterlinck gesprochen. Es sei mir die Bemerkung gestattet, daß Erich Schmidt mir in mancher Not bei der eigenen dichterischen Arbeit gut und stark zugeredet hat. Denn er wollte ja auch bis zu den Jugendlichen vordringen. Das ist ihm nicht ganz gelungen, das hat man dem Richter im Schillerpreiskollegium auch vorgeworfen. Man vergesse eben nicht, daß er 60 Jahre alt wurde, daß er Fontane und der Ebner-Eschenbach näher stand als dem Sturm und Drang der ganz Neuen. Wir müssen uns der platten und dennoch ewigen Wahrheit bewußt sein, daß nur der schlechte Kritiker das Kunstwerk der Gegenwart isoliert. Der vorsichtige, der unterrichtete Kritiker vertraut sich nicht nur seinen Sinnen an sondern auch der Historie.

Wir verlieren Erich Schmidt, den Größten, der uns Lebende deutsche Literaturhistorie gelehrt hat. Die letzte Ehre, die wir ihm geben können, kommt aus einem dankbaren Herzen, aus dem reinsten Gefühl der Bewunderung.

✕
Nexö

✕
Tiefe, die Seelen auf-
lockernde Menschlichkeit
und starke Kraft das

Denken und Fühlen in Kunst zu beleben haben die Poesie des Dänen Martin Andersen Nexö geschaffen. Als Arbeiter hat er auf dem Land gerackert, und als er zur Großstadt kam, waren seine Augen voll von Hellsichtigkeit, um abertausend sonst gleichgültige Dinge als dichterisches Gut zu erobern. An die kleinen Geschichten Nexös werde erinnert, die ein ironisches Talent verrieten. Das Vagabundenpaar, das er einmal beschrieben hat, setzt über die Asylmauern. Es darf sich einen langen

Tag unter geputzten Leuten, grünen Bäumen, Musikgedudel, Lachen und Luxus ergehen. Das Pennenweib und er, der von Hunger und Verblödung angesteckte Lump sind da freudig in einen Proletariatraum hinausgesteuert. Wie sie im Heuschober aufgestöbert, wie sie im Gefangenenwagen verfrachtet werden, damit sich die Eisengitter wieder hinter ihnen schließen, geben sie ein Breughelbild in ihrem Katzenjammer, ihrer kindlichen Verwahrlosung. Aber der Vagabund und die Pennschwester benehmen sich sehr vornehm, steif, stolzierend, sie bedienen sich, sie bekniexen sich. Sie sind sehr komisch. Man wälzt sich vor Lachen über sie. Aber es kann dem Leser auch zustoßen, daß er entsetzt aufheult über sie. Denn die Ironie Nexös vergeht sich nicht an den irdischen Kreaturen, sie liebt, sie verhätschelt, sie wirbt um Mitleid.

Nexö verließ jetzt die Gewohnheit nur ein Segment des Daseins zu skizzieren. In mehr als 1000 Seiten eines 2bändigen Romans handelte er das weite Leben ab, das Leben in den Feldern, in den Ställen, die schlichte arbeitsreiche Tätigkeit der Bauern und der Hirten und hierauf das harte, verworrene Mühen in den Werkstätten der Stadt. Aus der schwedischen Heimat wandern die Landleute fort, sie haben nicht genug Brot zu Hause und lassen sich über das Meer fahren, um in den Häfen Bornholms kräftigere Nahrung und ein Spargut für die Börsen zu suchen. Die meisten kommen stumpf an, bleiben eine Weile in der Fremde, sehnen sich nach der schwedischen Felsarmut zurück, und sind die paar harten Taler eingeehmt, dann lassen sie sich sehr gern in den nordwärts dampfenden Kasten verfrachten. Aber Pelle, Lasses Sohn, war keiner von den Stumpfen. Ein Aufgeweckter war er. Als Nexö das Lebensbuch des Knaben schrieb, nannte er es *Pelle, der Eroberer* /Leipzig, Inselverlag/. Pelle und Lasse, Vater und Sohn, beide landen auf der ersten Station ihrer Wanderung. Im Gutshof, der sie bald enttäuscht, der ihnen auch nur einen mageren Hering und ein steiniges Brot liefert. Doch es ist ihr eingeborener Charakter, daß sie die Geschäfte ihres Berufs mit einer reichlich belehrenden Energie betreiben. Der dogmatische Ästhetiker würde sagen: Pelle und Lasse sind die typischen Vertreter ihres Standes, und darum ist jede ihrer Handlungen mustergültig. Wie Pelle die Kühe striegelt, wie er vom Vater ge-

säubert und geschrubbt wird, wie er die Natur erlernt, die Vögel, die Käfer, die Gräser, die Sonnenwanderung, das Fischzeug im Wasser, das ist ein Lehrgang nicht nur für Pelle sondern auch für den Leser von seinen Jugendtagen. Nexö hat da eine Sprache entdeckt, die voller Sinnlichkeit ist; nicht die phantastische, leicht ins Symbolische entgleitende Rede des Dänen J. V. Jensen sondern gerade, naturwahre, undichterische Worte. Doch deren Gesamtheit liefert ein großes, ein farbenreiches Bild. Augenblicklich kann keinem Schriftsteller auf der Erde so viel Kenntnis des Bauerntums, so viel realistische Plastik in der Schilderung dieser Welt nachgerühmt werden wie dem Dichter Andersen Nexö. Es gelang ihm auch das unbeseelte Naturelement der Menschenseele zu unterwerfen, so daß alles wird, daß alles nicht nur hingzeichnet ist wie es etwa im Leitfaden der Landwirtschaft zu stehen hätte. Darum ist es höchst poetisch. Schrittweise erobert Pelle den Stall, die Wiesen, auch die Schrift der Bücher, das Verständnis für die Liebe und für die Leiden des geprägten Körpers. Er wird konfirmiert und wandert nach der Hafenstadt, um dort weiter zu lernen, weiter zu erobern. Auf der Landstraße begegnet ihm der Mistkutscher, der in der Stadt die Senkgruben ausräumt, um den Äckern ihre düngende Nahrung heimzubringen. »Pelle, was willst du denn in der Stadt?« warnt der Mistkutscher. »Du siehst es ja, aus der Stadt kommt nur Dreck.« Pelle stutzt wohl eine Minute. Doch weiter, weiter! Zuerst in die Hölle der Schusterlehre, in Prügel und Dunkelheit, in entsetzliche Erniedrigung, in Lumpenschmutz, in die Gesellschaft von Wahnsinnigen, Schwindsüchtigen, Geizhalsen, Betrügnern, Säufern, Huren und Totschlägern. Ganz ohne Zwang wird diese weite, weite Erde aufgetan, dies tausendfach gezierte Kapitel vom Inferno des Schusterjungen Pelle, der ein Hirt war, ein mutterloses Kind, der noch mehr und Mächtigeres werden soll. Kopenhagen, die Hauptstadt, ist Pelles nächste Station. Dort wohnt er in der menschenwimmelnden Mietskaserne (bei den *Ratten*, sagt Gerhart Hauptmann). Dort dämmert ihm aber auch die Idee der Gerechtigkeit, der Würde unter den Arbeitern. Die Notwendigkeit des Lohnkampfs begreift er. Nicht etwa theoretisch wird diese Entwicklung dargestellt. Dann verdiente die Kunst

des Buches nicht so viel Ruhm. All das ist Leben, Anschauung, innerliches Wachsen, Humor, Tragik, Zartheit. Großartige Begebnisse reihen sich auf: ein Riesenbrand, Sterben, Geborenwerden, Hochzeit und Begräbnis. Pelle ist Führer, Sprecher, Ordner, Generalfeldmarschall des Generalstreiks geworden. Nun Hunger und Not, Kälte und Krankheit. Pelle war Gatte und Vater geworden. Die Frau betrügt ihn, damit die Kinder essen können. So reißt Pelle diese Welt des weichen Herzens aus sich heraus, damit er das stählerne Herz des Volksführers nicht schwäche. Und als der Generalstreik endet, als die Gewerkschaften im mächtigen Zug aufziehen, hat Pelle die Großstadt erobert. Aber sein Werk ist noch nicht vollendet. War es doch eigentlich ein Werk der Zerstörung, ein Bohren in die Schäden, ein kaum gelungener Versuch zu bessern und zu richten. Bei den Bürgern wird die Schlacht der Gedanken in der Stille des Studierzimmers geschlagen. Pelle, der Proletarier, findet die zur gründlichen Wandlung, die zur Sammlung und zum Aufbauen notwendige Kraft erst in der Zuchthauszelle, wohin ihn die Staatsgewalt geschickt hat. Und sein Traum wird der Wille eine Erwerbsgenossenschaft der Arbeiter zu gründen. Nach der Zuchthauszeit noch große Drangsale, eine Gemeinschaft mit Zirkuszigeunern und dem Gesindel der Tingeltangel. Von der Landscholle ist Pelle auf die Eroberung ausgegangen. Als er seine Genossenschaft sicher begründen durfte, siedelt er sich wieder nahe dem Mutterboden des ernährenden Getreides und der labalspendenden Früchte an. Nur in flüchtigen Zügen konnte der unendlich verzweigte Weg dieses schönen, starken, erbauenden Buches abgesteckt werden. Im Kreis einer engen Welt spielen die Ereignisse. Sie eröffnen trotzdem Aussicht in Grenzenloses, in unendliche Horizonte. Denn was dem einzelnen begegnet, ist durch die Innigkeit der Empfindung ins Typische gehoben. Wenn die modernen Dänen Otto Rung und Johannes V. Jensen als sehr veredelte Journalisten und Weltreisende einen internationalen, über alle Erdteile beheimateten, in allen Erdteilen nachahmbaren Stil schreiben, so ist Nexö jetzt persönlicher, eigensinniger geworden. Er scheint wahrer und weniger kultiviert, er scheint geistesbeschränkter, aber tiefer im Gefühl. Er scheint gröber, doch aufrichtiger hingegen an

die Sanftheit und Ehrfurcht vor geradgewachsenen, nur mit Alltäglichkeit ausgestatteten Menschen. Er scheint endlich unmoderner als die beiden hochgeehrten Lehrer des Modernen. Es kann aber geschehen, daß die Artung Nexös einmal bewunderte Mode sein wird, wenn die Kunst von Jensen und Rung schon lange den Schmelz des Un-erhörten verloren hat.

× **Dramen** ×
 Lehrreich ist es ab und zu in das Melodramentheater zu gehen. Ob sie in Paris die *Broträgerin* spielen oder *Marie-Jonne*, die *Frau aus dem Volk*, oder die *Beiden Waisen*, ob sie in Berlin der unseligen Frau Birch Stücke im *Luisentheater* ausgraben: der Beobachter lernt überall das gleiche. Er lernt, daß die Formensprache des Theaters sich hier verpöbelt hat. Die große Freiheit der Shakespeareschen Szenenführung, das Zerreißen des Aktes in mehrere sogenannte *Bilder*, ist eine geniale Tat gewesen. Uns Deutsche hat Lessing den Grund und die Größe dieser Tat gelehrt. Er hat das deutsche Drama von der Ästhetik der zu engen Theaterformen erlöst. Und es ist nicht zufällig sondern ein natürlicher, aus historischen Momenten leicht erklärbarer Prozeß gewesen, durch den die Freiheit dann wieder geschmälert wurde. Je weniger romantisch das Drama sich anließ, je mehr es von den Königsschlössern und Ritterhöfen und Wolfsschluchten in die Bürgerstuben herausführte, desto strafbarer wurden auch wieder die Szenen in den Theaterakten zusammengehalten. Der Naturalismus lockert zwar die Ergebnisse, die Tradition der Sprache, aber er kehrt nach einer gewissen Einheit des Ortes und der Zeit zurück. Diese Bühnenbegriffe sind kein formloses Gesetz mehr, sondern sie ergeben sich aus dem innern Leben des Dramas. Da man den Sinn des Milieus einsah, den Sinn der Stimmung innerhalb des Milieus, mußten die Dramatiker daran denken die ihnen wertvolle Milieustimmung herzustellen. Das geschieht wohl niemals, wenn der Ort der Theaterhandlung zu oft, zu schnell gewechselt wird, wenn die Zeiträume von einer Theaterszene in die andere zu stark von einander gezerrt werden. Die Vorliebe für jene in der Luft schwebende, durch eine erlebte, abgezielte Sprache auszudrückende Theaterkunst verbreitete sich, die man in den Handbüchern und Zeitungen *neuromantisch* getauft hat. Der

alte Shakespearebrauch wurde von neuem nachgeahmt, logisch verteidigt. Noch ein anderes Element beeinflusste diese Form. In der hellenischen Tragödie, weiter in mittelalterlichen Mysterien geschieht es, daß die spielenden Menschen auftreten, sich mit ihren Namen vorstellen, aber auch sofort eine Erklärung ihres Charakters geben. Diese im Gegensatz zur modernen stehende, die Spannung wohl hemmende, den Reiz der langsamen Seelenentfaltung wohl unterdrückende direkte Charakteristik hat auf das Gegenwartstheater eingewirkt; auf das niedrige Theater, das ist wahr, auf die Operette, auf die Revue.

Nun ist auffällig, daß Frank Wedekind die gleiche Technik für sein *modernes Mysterium* (wie er das Stück nennt) *Franziska* /München, Georg Müller/ verwendet. Er gebraucht also offen den Namen der mittelalterlichen Form. Der Franzose Claudel, der jetzt auch in Deutschland zu Ansehen kommt, tut das gleiche. Im flämischen Theater zu Brüssel und Amsterdam spielt der große Rooyards das Mysterium von *Jedermann*, das Hofmannsthal nach einem englischen Text verdeutscht hat. Nicht nur die Vorliebe für die Form, sondern ein tieferer Zweck leitet alle diese Versuche. Die Dramatiker wollen mit ihrem Stück lehren, erziehen. Was Schiller in seiner ersten Jugend plante: das Theater zur moralischen Erziehung, was Schiller aus seiner spätern, reifern Ansicht sehr eingeschränkt, beinahe verworfen hat, das ist der Plan des 50jährigen Wedekind. Sein Theater ist ja immer sehr moralisch, eine Verteidigung wissenschaftlicher und sittlicher Sätze gewesen. Mehr als je drängt sich der Plan in das Mysterium *Franziska*. Dieses Bürgermädchen, das nicht für alle Mädchen ein Beispiel sein kann, sondern mit einer Urbegabung zur Geilheit und geschlechtlichen Verwegenheit ausgestattet wurde, soll in 5 zerrissenen Akten den Lebensweg des Weibes zeigen. Der geht im Zickzack. Sie verschreibt sich dem Veit Kunz, der zu ihr in das Fenster steigt, ihr die Hand auf den Leib legt und verspricht: »Ich lasse Sie 2 Jahre hindurch das Leben eines Mannes führen, mit aller Genußfähigkeit, aller Bewegungsfreiheit des Mannes.« Franziska soll dafür nach dieser Zeit dem Veit Kunz gehören als sein Weib, seine Sklavin, seine Leibeigene. Zustände

kommt der Pakt, er war nicht ganz ehrlich geschlossen, nicht klipp und klar mit Blut unterschrieben wie der Vertrag zwischen dem Teufel und dem Doktor Faust. Die Ironie spielt hinein, vielleicht will auch Wedekind das große Weltgedicht verspotten. Er hätte schon das Recht dazu. Denn mit dem Leben des Mannes ist, wie bald deutlich ist, nur eine Metapher gemeint. Dieses Mannesleben der Franziska ähnelt ein wenig einem Entfalten der ganzen gierigen Weibeschlechtlichkeit. Bei Wedekind soll dieses Leben ein Symbol sein, eine endgültige Art der Frauenexistenz. Er, der Weatherzige, dessen Physiologie und Psychologie nur aus den Büchern der Entartung belehrt sind, leiht der Franziska ein Leben des tollen Genusses. So erschießen sich mehrere ihrer Nebenbuhlerinnen beim Liebesfeldzug. Franziska ist Siegerin geblieben, im Tingeltangel, im sittlichen Bürgerhaus, im Fürstenpalast. Und so wird Veit Kunz's Versprechen wahr. Aber auch diese allsiegende Franziska, die dem antiken Liebesungeheuer Helena verwandt ist, die sogar in einem Zwischenspiel deren Rolle übernimmt, hat eine Schwäche: Weib ist sie eben, kann empfangen, muß endlich empfangen, obwohl sie noch mit schwangerm Leib das sogenannte *Mannesleben* führt und sich dem Stärksten in die Arme wirft, Simson, dem langhaarigen, muskulösen, jüdischen Heroen, der ja mit einem Eselskinnbacken so und so viele Tausend durchaus ansehnlicher Philister erschlagen hat. Als Wedekind noch jünger war, erschuf seine Phantasie dies Gebild aus Kolportage, Pastorentum und Genie, das Wesen Lulu, und Lulu wird am Ende ihrer Lebensbahn von dem Bauchaufschlitzer Jack abgestochen. Franziska endigt viel artiger, ordentlicher, lyrischer. Sie bringt das Knäblein Veitrolf zur Welt. Alle Männer, die dann noch an ihre Seele rühren wollen, müssen sich mit Geheul oder Wehmut zurückziehen; selbst Veit Kunz, selbst der Simson. So ist Veit Kunz, der die Rolle des Teufels spielte, ja betrogen worden. So wird Franziska nicht seine Sklavin sondern nur treue, selige, gute Mutter ihres Sohnes. Das geschieht wirklich. Vielleicht redet der Schluß eine Moral, ein Geständnis, dem folgende Formel zu setzen wäre: Ach, Henker, alldies Getu mit der Geilheit, diese Tobsucht der Sinne, das ist alles nur eine Krankheit. Das kann, das

muß geheilt werden. Schluß von alledem ist nur eines: stilles beschauliches Dasein, Kinderhüten, Anständigkeit nach allerbürgerlichem Geschmack. So pathetisch bringt Wedekind seine Schlußtendenzen, daß die Moral als sein Heiligtum und nicht als ein Witz angesehen werden muß. Bestreiten wir sie nicht, verteidigen wir sie nicht! Erinnern wir uns nur der formalen Mittel, die er zur Entfaltung seiner These braucht. Es ist die bald ins Platte verfallende, bald ins Pittoreske hinaufsteigende Führung sehr lose aufgereihter Szenen. Das geht im eiligsten Takt vorwärts, wie in der Revue. Sehr Buntes ereignet sich: Küssen, Drachenmord, Revolverschießerei. Ein Auftritt hetzt den andern. Nicht das Ungewöhnliche ist in dem Stück zu tadeln, sondern oft die geringe Vorbereitung des Ungewöhnlichen. Dies Gemenge von Jargon und gereimter Schönrederei ist nicht immer zu ertragen. Ein geistreicher Mann darf nicht nach seinem Belieben nährisch oder ernst sein. Es steht in dem Stück unendlich Dummes neben sehr Witzigem. Daß dieser Gegensatz vielleicht künstlich hervorgebracht ist, entschuldigt nichts. Es zeigt sich nur, daß Wedekind, den seine Idee sehr heftig erregt, die Arbeit des Gestaltens oft sehr leichtsinnig besorgt.

In der populären Revue wird die Handlung häufig durch ein unanständiges Wort oder eine unanständige Geste vorwärtsgebracht. Die spielenden Menschen haben keine Ursache zu dieser Ausschreitung; ihr Gespräch und ihr Tun würden aber nicht vom Fleck kommen, wenn nicht ein Gewaltstoß erfolgte, und aus einer Unanständigkeit in Wort und Bewegung läßt sich mancherlei Erbauliches weiterspinnen. Auch der Sinn des Clowns Spaßes ist das Unverhoffte, eine Maultschelle, ein Pistolenschuß, ein angespienes Gesicht, wenn kein Mensch auf solche Überraschung gefaßt war. Die hier gebrauchten Mittel zur Ermunterung des Zuschauers sind etwas derb, auch wohl nicht ganz im Einklang mit dem guten Ton. Wedekind ahmt manchmal den Brauch der Arena nach. Ohne dazu genötigt zu sein, sagen sich die Menschen bei ihm gewaltige Grobheiten oder Beleidigungen. Dadurch kommt jedoch Hitze in die dramatischen Auftritte. Eine langsame, mit sorgsam gewählten Worten durchgeführte Psychologie wird gespart. Auch Bernard

Shaw ahmt die Technik nach, die sich besonders gut für solche Thesenstücke mit großen Paradoxen zu eignen scheint. Bei Shaw ist die Verbalinjurie direkt ein dramatisches Mittel, die den Lauf der Handlung vor dem Versanden bewahrt. In dem sehr philosophischen Stück *Mesalliancen* /Berlin, S. Fischer/ haben zum Beispiel Johnny Tarleton und Bently Summerhays ihre schlechte Laune auszutragen. Es hat sich zu zeigen, daß bei der Schöpfung Johnny einen zu kurzen Verstand, Bently dagegen ein zu feiges Herz empfing. So befehlen sich die Zungen der beiden, bis es endlich aus Bently auf Johnny herniederregnet: »Sie sind ein Biest. Sie sind ein Vieh, ein Kaffer, ein Lügner, ein Raufbold. Ich möchte Ihnen das verdammte Genick umdrehen.« Nun weiß der Zuschauer, woran er sich zu halten hat. Denn Johnny, dieser muskulöse Durchschnittstrottel, aber auch Bently, der talentierte Dummkopf, sind verraten. Also mitten in den Ernst platzt die Bombe der Parodie. Nur ein kühner, in seiner Kraft sicherer Dramatiker darf das wagen. Shaw hat in den *Mesalliancen* etwas sehr Kluges geschrieben. Er verzichtet schon vollkommen darauf seinem Stück einen Gattungsnamen voranzusetzen. Er nennt es nicht einmal mehr eine Diskussion. *Mesalliancen* entstehen, wenn die Menschen sich nicht Zeit lassen ihre Bündnisse mit Überlegung einzugehen. Sie stochern sich wohl ein wenig in die Schalen ihrer Seele, nicht aber in den Kern der Seele. Da ist es nicht merkwürdig, daß ein frisches Mädel, diese rotwangige, in den Instinkten sehr normale Hypathia, beinahe in die Sklaverei des kapriziösen, eigensinnigen, abstrakten Bently geraten wäre. Hypathia führt zwar den Namen des historisch geheiligten Blaustrumpfs, doch sie ist weit besser, gesünder und verdient es bald ins Ehebett zu kommen mit Percival, dem Luftschiffer, der sich stramm aufs Küssen und Festhalten versteht. In dem Stück sind die Männer sehr frauenzimmerhaft, und alles, was einen Unterrock trägt, zeigt beträchtliche Mannesenergie. Da ist eine Polin und Akrobatin. Sie liest die Bibel, nicht, damit sie sich innig zu Gott erhebt; das Bibellesen bedeutet für sie nur den Zwang die Nerven anzuspannen, die beim Jonglieren schwerer Bälle notwendig sind. Sie ist dabei das anständigste, geradeste Mädchen auf der Welt. Jeder irrt sich, der sie zu einem Techtelmechtel auffordern möchte. Sie

entführt sich im Aeroplan den einzigen Mann, der zu ihr nicht passen mag, nämlich den kindischen, großmäuligen Bently. Ist das nun eine *Mesalliance*? Shaw gibt die Antwort nicht, er läßt sie erraten. Er scheint für das Hoffnungs-volle des Bundes zu plädieren. Temperamente müssen sich eben ergänzen, auf Kalt gehört Heiß und umgekehrt. Das Stück zeigt die falsche Überlieferung, die den englischen Bürgerfamilien vorschreibt ihre Kinder nach eingestaubten Bräuchen zu verheiraten. Die Prüderie und Streberei spielen da die Hauptrolle, und all die bürgerliche Verschrobenheit wird herrlich verhöhnt. Der Unterhemdenfabrikant, dessen Fetisch Webstuhl und Rechenmaschine sein sollten, entpuppt sich als Bücherwurm und Freidenker voller Schwärmerei. Der als Diplomat und Denker geachtete Lord entpuppt sich als unbeholfener Schönredner. Dem Kontorhämorrhoidario Schießer sei besonderes Lob geweiht. Natürlich hat ihn Tarleton in die Welt gesetzt, dieser Hemdenfabrikant und Bücherwurm mit zwei moralischen Fronten. Tarleton ließ das Modell einfach sitzen, dem er zu einem Kind verholten hatte. Und als der Junge nun groß geworden war und das Jammerbrot des Kontorsträflings verdiente, sammelte sich in ihm ein böser Haß auf: gegen die Gesellschaft, die den kleinen Mann erdrückt, ihm die Lebensfreude stiehlt und ihn auf karge Gehälter setzt. Ein Wunder ist es daher nicht, daß Schießer mit dem Revolver losgeht, um erst einmal den ihm sehr lumpenmäßig erscheinenden Papa abzuknallen und hernach vielleicht noch anderswo aufzuräumen. Aber der schöne Plan scheitert elend. Schießer wird nicht nur entwaффnet sondern auch mit sittlichen Spitzfindigkeiten, mit Hohn und niederträchtiger Überlegenheit halbtot gemartert. Hätte man ihm nicht die Waffe entrissen, er würde sie schon längst in die eigene Schläfe entladen haben. Da hebt ihn ein wahrhaft göttlicher Zufall wieder auf menschliche Höhe. Er hat, als er im Versteck die Mordgedanken zu Ende heckte, eine Küsserei und Quetscherei zwischen dem falschen Blaustrumpf Hypathia und dem strammen Johnny belauscht. Er denunziert das, und die Nachricht bringt all das englische Gesindel so stark aus dem Häuschen, daß die Leute ihm verzeihen, ihn rehabilitieren wollen, wenn er nur die berühmte englische Prüderie rettet und den Mund hält. Er, der verkrachte Mörder, der Hinausgeworfene, der Ver-

fluchte, wird Retter des englischen Nationalheiligtums: der Prüderie. Und Shaw will sagen, wie falsch, wie verbohrt dieser Aberglauben an den konventionellen Anstand sei. Dieser Anstand, dieses Volksgut erscheint ihm so minderwertig, daß es von dem allerjämmerlichsten Mann in dem Stück zu retten und zu schützen ist.

Abgeklärtheit des Mannes, den 50 Jahre von Leid aus dem Weltschmerz gerettet haben, das ist Shaw. Denkt er an Dichter, so verspottet er sie mit ihrem phantastischen Schmerz, mit ihrer griesgrämigen Niedergeschlagenheit. Hat er vergessen, daß die Dichter erst traurig, erst verzweifelt sein müssen, solange sie jung sind? Sonst verkümmert ihre Innigkeit, sonst spielen sie. Die jungen Dichter müssen sich als Schufte, Hunde oder Bettler fühlen, ehe sie ihre fieberhafte, ihre verborgene Kraft heraufholen, die das Menschenleben formt. Reinhard Sorge befreit sich nicht von dem Symbol, daß er im Dichter einen Bettler sieht, vielleicht einen stolzen, der sich überheblich an den eigenen Gaben freut, den aber noch die gewöhnlichen Menschen nicht in das staatlich umschriebene, mit Gesetz und Strafe geschützte Glück des ruhigen Bürgers hineinlassen wollen. Mit vollem Mund taufte der Jüngling Sorge sein Buch eine *dramatische Sendung*. Er will also ein mesianisches Werk bringen. Man darf noch weiter die Absicht ausdeuten, den bescheidenen, den großenwahnsinnigen Plan, indem man kräftig den Titel ansieht: *Der Bettler* /Berlin, S. Fischer/. Eine Hindulegende, ein Preislied auf die Weltverachtung des Jogi könnte etwa so heißen: Auch sagt Lessing im *Nathan*, daß der wahre Bettler allein der wahre König wäre. Sorge lebt noch ganz in Schwermutswolken, und was ihn hauptsächlich fesselt, ist der Dichter selber. Der Dichter, der aus seinem Herzen das Ewige formen möchte, der das Leid der Armut, das Unglück der Familienklaverei, die Schande der erniedrigenden Liebe abschütteln möchte. Wer solche Sehnsucht, besser noch: solche Enttäuschungen verspürt, hat Träume: daß er etwa sein überfrachtetes Gemüt an Freundesbrust ausweinen darf, daß er einen Millionär als Beschützer findet, der ihm Jahre der Ruhe und der Kunstreife verschafft, daß er endlich die zu ihm passende, ihn pflegende, ihn begeisternde Geliebte entdeckt. Diese Poetenträume hat Sorge im ersten Teil seines Dramas auf die Bühne geführt,

mit einer gewissen Kultur, mit einer nicht gerade alltäglichen Fähigkeit die tausendjährige Banalität dem Gedächtnis neu einzuprägen. Mehr für die Zukunft sprechen die Szenen, in denen Wahnsinn und Tod des Dichtervaters geschildert werden. Und zum Schluß sitzt der Poet in der Berliner Dachkammer, um sich einzureden, daß er den Kampf um den Ruhm eines Tages noch bezwingen wird.

X

Romane

In dem Roman *Die neue Rasse* von Olga Wohlbrück /Stuttgart, Cotta

ist jede Einzelheit nach dem Leben abgeschrieben, wahrhaftig, gewissenhaft und klug. Es soll erzählt werden, wie unter uns modernen Menschen, besonders unter den Berlinern, ein neuer Schlag aufkommt. Männer stammen aus den kleinsten Verhältnissen, sie wurden irgendwo in der Provinz schlecht und recht erzogen, aber sie besitzen den angeborenen Instinkt für die Weltstadt. Waren sie noch eben winzige Bureauschreiber, so arbeiten sie sich mit Schlagfertigkeit und Genie empor, um sehr tüchtige Zeitungsunternehmer und Organisatoren von Luftschiffabriken zu werden. Wenn man die Geschichte dieser Leute liest, dieser mutigen Männer, dieser tüchtigen Frauen, so ist man erstaunt. Jede Einzelheit in ihrem äußern Benehmen ist richtig, ihre Kleidung, ihre Sprache, das ist sachverständig beschrieben. Und doch sind diese Wesen nur konstruiert, nicht be-seelt. Aber das gegenständliche Interesse ist so stark bei der Lektüre, daß man sich schwerlich entschließen wird sie abzubrechen.

Nur ein Schriftsteller, der noch zu stark in seine Subjektivität verstrickt ist, dem die irdischen und die metaphysischen Träume noch nicht Ruhe gaben, konnte Verfasser des Romans *Die Tragödie des Ich* /Berlin, Fleischer/ sein. Solch ein Künstler, wie Heinrich Steinitzer, der noch nicht reif ist, mischt die Formen; bald verliert er sich an die Abstraktion der Gedanken bald in die Lyrik der Troubadoursmpfindung. Und es stößt ihm zu, daß er an einer Art sehr häufiger Jugendkrankheit leidet, die ihn schwächt, so daß er sich nicht zur besonnenen Liebeseroberung hinaustraut. Werther etwa, der bis zu unserer Zeit gelebt hätte, von Weininger sich nicht wollte enttäuschern lassen und nun beträchtlich durch diese doppelte Natur ins Unglück gerät. Doch bleibt Werther

in dem ewigen Gedicht seiner Seele, versucht er gar nichts anderes als die Übersetzung der Regung im Herzen, so will der moderne Jüngling noch einige Philosopheme bewältigen. Daher ist er vielleicht moralisch stärker, aber matter als dichterisches Subjekt.

Der dekadenteste unter den modernen Dänen und zugleich ein sehr begabter Impressionist mit Worten, Otto Rung, nennt seinen neuen Roman *Die Geheimkammer* /Frankfurt, Rütten & Loening/. Von ihm sind jene nicht an ein Vaterland gebundenen Männer und Frauen bekannt, die ihr Gemüt an die Sachen der internationalen Salonkultur hängen. Bei uns Deutschen hat der *Goldene Spiegel* Wassermanns diese Herzensverfassung reflektiert. Die Männer und die Frauen sind in ihren irdischen Lebensbedingungen modern, indem sie mit Dampfzügen und Automobilen reisen oder gar durch die Luft wandern, indem sie ein ausgesuchtes französisches Menu und englische Kleider in ihre Lebenshaltung aufnehmen. Doch ist ihr Denken beinahe zeitlos, gar nicht an die kleinen Schabigkeiten moderner Wirtschaft hingegen. Sie stärken mit Hanteln und Duschen ihre Muskeln und Sehnen, aber sie verzärteln außerordentlich ihre Seele. Kommen diese Menschen in Gesellschaft zusammen, dann sind sie sehr glatt, sehr gleichförmig. Sie reden auch äußerlich die gleiche Sprache, obgleich sie in verschiedenen Zungen reden können. Der Rockschnitt, das Briefporto und das Sittenprotokoll der guten Welt werden immer einheitlicher. Ist nun alles Seelische unter dem gleichen Rock sich auch gleich? Diese Frage, dieses Rätsel aus der seelischen Geheimkammer will Rung beantworten. Er hat diesmal wenig Entdeckungen gemacht, er ist in der gebildeten Banalität geblieben. Mit den Bauspekulationen Kopenhagens werden einige Herzenskatastrophen verknüpft. Von Kindheit auf ließ sich Hertha Koenig durch das Schicksal der Emilie Reinbeck rühren. Emilie ist dem Dichter Nikolaus Lenau begegnet. Wohl kaum in einer Liebe, die zwei Menschen vollkommen zusammenführt und glücklich macht sondern eher in einer traurigen Sehnsucht. Emilie ist zu schwach gewesen, um den Dichter ganz zu sich heranzuziehen. Ihre Stärke hätte aber auch nur ein Trauerspiel befördert. Denn Lenau konnte sich ja niemals von der Wienerin Sophie Loewenthal befreien, und sein Verstand zerflog, als ihm das Leben gerade die schwerste Entscheidung

zwischen zwei Frauen zuschob. Aus dieser literarhistorischen Traurigkeit, die den Psychologen mannigfach beschäftigen kann, wollte Hertha Koenig einen Roman dichten (*Emilie Reinbeck* /Berlin, S. Fischer/). War sie doch aus der Familie der unglücklichen Frau. Die Lenautragödie füllt aber nur den letzten Teil des Buches. Die Emilientragödie im ersten Teil, diese Ehe mit dem sehr dünnen Dichterling und Hofrat Reinbeck ist als Vorbereitung zu weit ausgesponnen. Und der Bericht von Lenaus ersten Wahnsinnsanfällen, von der opfervollen Pflege Emilies ist schon an sich so merkwürdig, daß er nicht zu einem Roman umgeformt werden sollte.

× Erzählungen Der tote Georg Heym ist von enthusiastischen Anhängern so hoch gerühmt worden, daß die Vorsichtigen mehr Mäßigung besser gefunden hätten. Denn die Lyrik Heyms war formell und inhaltlich doch sehr literarisch, eine Geduldsarbeit, die erst zum Originalen vorwärts dringen wollte. Ein Band Erzählungen ist aus dem Nachlaß Heyms gesammelt worden. *Der Dieb* steht auf dem Titel /Leipzig, Rowohlt/. Talent, das stark war, das aber noch hätte wachsen müssen. Der Erzähler Heym hatte bisher nur Freude an dem schnurrigen Ereignis gehabt. Der Wahnsinnsfall hatte ihn bei den Menschen nur angezogen. Um an den normalen Alltagsmenschen die Kunst üben zu wollen, darf einer eben künstlerisch nicht mehr knospen. Für diese klinischen Fälle hatte Heym nun ein scharfes Auge, und er wußte auch mit der Sprache den Zickzackwegen des Geistesgestörten recht geschickt nachzugehen; geschickt, das ist das richtige Wort für ihn, der in seine Feder die gewisse Buntheit bannen konnte, in der moderne Dinge, etwa die Verworfenheit eines Warenhauses, dargestellt sein müssen. Sein bestes Stück ist die Geschichte von dem Irren, der vom ersten Stock des Warenhauses die Tiefe wie ein lockendes Meer ansieht und sich selig in diesen Abgrund hineinstürzt. Dann steht noch eine geistreich erfundene Ausdeutung des Diebstahls der Gioconda in dem Buch. Der Dieb hat sich in einen asketischen Trübsinn verirrt. Er sieht alle Verführung in der Gioconda. Er will die Welt von dem verführenden Laster erlösen. Darum raubt er die Gioconda, darum sticht er ihr die Augen aus, nach langem schmerzhaftem Kampf seines Gewissens.

×

×

Kurze Chronik Auch Arno Holz wurde 50 Jahre alt. Er hat berichten müssen, daß er nach 30 Jahren gewiß emsiger Arbeit noch im Elend sitzt. Darum haben sich literarische Kreise etwas spät besonnen dem mutigen, dem unermüdlichen Mann etwas von seiner schwersten Sorge abzunehmen. Er sollte 750 Mark als Ehrengabe erhalten. Er hat das Geld abgelehnt, da er es nicht als würdige Gabe ansieht. × In Paris wollen kunstliebende Menschen dem Dichter Oscar Wilde ein Denkmal setzen. Die moralistischen Narren wehren sich aber heftig dagegen das Monument des vom Kriminalgesetz betroffenen Wilde anzunehmen. Sie hatten den Ehrgeiz sich ebenso lächerlich zu machen wie die deutschen Feinde Heinrich Heines. Eine französische Ausgabe der literarischen Artikel Wildes hat übrigens gerade jetzt Albert Savine besorgt. Die *Nouveaux essais de littérature et d'esthétique* erscheinen in dem sehr empfehlenswerten Verlag P. V. Stock zu Paris. × Für Catulle Mendès, den geschickten, flachen Dichter, wurde ein sehr prunkvolles Grabdenkmal eingeweiht. × Für den großen August Strindberg wurde auf dem Stockholmer Armenfriedhof ein sehr bescheidenes Grabdenkmal eingeweiht. × Eine Sammlung von *Saturnbüchern* veröffentlicht der Saturnverlag in Heidelberg. Es sind Heftchen, die höchstens 2 Bogen Duodez messen. Neben Skizzen von Oskar Baum, Hermann Meister und Hermann Bagusche werden auch Anekdoten des Chamfort und Schwänke des Pfäfflein Johannes Pauli nachgedruckt. × Die sympathische Schriftstellerin Grazia Deledda, die in Italien sehr geachtet ist, behandelt in ihrem, vor kurzem ins Deutsche übertragenen Roman *Bis an die Grenze* /München, *Süddeutsche Monatshefte*/ den Streit zwischen Weltfreude und rückständiger Geistlichkeit. × *Lothringer Nouellen* erzählt Bernd Isenmann, heitere und auch tragische Geschichten, die er als literarisch gewandter und gewissenhafter Schriftsteller vorbringt /Berlin, S. Fischer/. × Gräfin zu Reventlow hat in *Herrn Dames Aufzeichnungen* /München, Langen/ die Tollheit der Schwabinger Halbkünstler und Halbnarren in amüsanter Weise verewigt. × Mit viel Sachkenntnis und einem flotten Stil hat der praktische österreichische Politiker Johann Ferch das Leben des einfachen Soldaten geschildert. *Die Kaserne*

/Wien, Anzengruber Verlag/ bietet Aufklärung für alle, denen die Wahrheit am Herzen liegt. × Ein *Novellettenband* ist von Ernst W. Freißler *Schwetelblüte* getauft worden /München, Langen/; es geht in den talentierten Geschichten nur ein wenig kraus und keineswegs übermäßig dezent zu. × Der russische Revolutionär Boris Szazinkow hat unter dem Pseudonym W. Kopschin einen Roman aus der russischen Revolution (*Als war es nie gewesen* /Frankfurt, Rütten & Loening) geschrieben. Die Psychologie des politischen Attentäters wird ausgezeichnet erklärt. × Ein sehr amüsanter Interpret von allerhand Tagesereignissen, zum Beispiel vom Ballerinenstreik oder dem Selbstmord des japanischen Marschalls Nogi, ist Alfred Capus. Sehr richtig nennt er die Sammlung dieser Aufsätze *Les moeurs des temps* Paris, Grasset/. × Bei Charpentier in Paris erschien ein klug erdachter Zukunftsroman von Albert Quantin *En plein vol*. × Ein sozial gerichtetes Buch ist *La puissance des autres* von Marguerite Comert /Paris, Stock/. Für ökonomische Gerechtigkeit kämpft der französische Roman von Fernand Rivet *Le prince des riches* /Paris, Stock/. × Von Spiritismus und sonstigem handelt der Roman *Der Meister* von Hans Freimark. × *Im Reich der Sennerinnen* heißt der letzte Roman des Herrn Heinrich Lhotzky /Ludwigshafen, Lhotzky/. Er berichtet von der Arbeit eines die Berge und Bäche bewundernden Naturforschers, der sich sein gesundes Herz für all die frische Herrlichkeit der Höhe inmitten der Anfechtung unserer dekadenten Gegenwart bewahrt hat. Daher ist das Buch mit Fug und Recht dem deutschen Volk gewidmet.

× **Literatur** ×

In der deutschen Gesamtausgabe der Werke Dostojewskijs /München, Piper/ ist der Band der *Literarischen Schriften* sehr wertvoll. Er bringt Arbeiten, die uns Deutschen bisher nicht zugänglich gewesen sind, und diese Seiten *Aus dem Tagebuch eines Schriftstellers*, diese Gedenkartikel und Reden über Puschkin oder Tolstoj enthalten persönliche Bekenntnisse, Dokumente, die ein ganz neues Bild von Dostojewskij zeichnen. Man ist wohl geneigt seine Schriftstellerei als wilde Begierde eines mit Epilepsie heimgesuchten Mannes einzuschätzen, als die Produktion eines genialen Sonderlings. Und ferner meinen

die Kritiker, die sich an die sibirischen Zuchthausjahre Dostojewskijs erinnern, daß er zeit seines Lebens wie ein aufständiger Märtyrer hat wirken wollen. Der Charakter Dostojewskijs war ganz anders. Als der Jüngling zum reifen Mann geworden war, setzte sich in ihm ein starker Nationalismus immer heftiger fest. Er führte geradezu einen erbitterten Kampf gegen die russischen Fürsprecher des westlichen Einflusses. Sein russisches Volk liebt er mit all den Fehlern und schlimmen Eigenschaften, die Westeuropäer und deren Freunde Rußland vorwerfen. Er findet sogar Worte der Verteidigung für den russischen Trunkenbold, dessen leidende Menschlichkeit er zu begreifen und zu erklären sucht. Gleich Tolstoj ist auch Dostojewskij ein fanatischer Urchrist, der sich in das Paradox verfangt, daß der russische Bauer zwar unkundig des Evangeliums ist, doch das wahre, große, die Nächstenliebe heilig verlangende Christentum in sich trage. So beruft sich Dostojewskij sogar auf die Etymologie, indem er bedeutet, daß Christ und Bauer in seiner Sprache Worte einer Wurzel seien. Während die Anhänger der westlichen Ideen hauptsächlich zum Liberalismus neigten, will Dostojewskij diesen schwachen, sentimentalischen Liberalismus von 1860 nicht gelten lassen, er will ihn durch eine Richtung ersetzen, die etwa *konservative Demokratie* benannt werden kann. Und aus den Meisterwerken der russischen Klassiker liest er diese Weltanschauung ab. So ist der literarische Kritiker Dostojewskij eher politisch als ästhetisch, so gibt er sich selten die Mühe die formale Schönheit in den Dichtungen zu suchen. Strachow, der Naturwissenschaftler und Philosoph, hat viele Jahre mit Dostojewskij gelebt. Er hat seine Erinnerungen an diese Zeit aufgeschrieben, und auch dieses wichtige Kapitel, das dem Band vorausgeht, wird übersetzt. Es erzählt uns, wie Dostojewskij von Mitternacht bis in die Morgenstunde hinein zu arbeiten pflegte. Dafür schlief er auch bis zum Nachmittag. Ehe er von seinen epileptischen Anfällen heimgesucht wurde, pflegte er bis zur Ekstase gesteigerte Glückszustände zu haben, aber nach dem Austoben der Fallsucht drückte ihn die Traurigkeit tief nieder. In all diesen Momenten seines Lebens bewahrte Dostojewskij jedoch eine aufrichtige Christengläubigkeit, ein sicheres Vertrauen in die Unsterblichkeit der Seele. In einem seiner Tagebuchblätter wollte er nachweisen, daß alle

Menschen sich durch Selbstmord aus der Welt flüchten müssen, wenn die Unsterblichkeit ihnen nicht als Wahrheit gelte. Sein weites Genie konnte sich logisch schlecht aus in den Gedanken der Menschen, obwohl er die Geheimnisse ihres Herzens genial erraten hat. X Zu den 12 schönen Bänden der Schillerausgabe, die im *Tempelverlag* erschienen, brachte ein 13., sehr gründlicher Band die Biographie des Dichters. Fritz Strich, der Biograph, will sich von jeder eigenwilligen Interpretation lösen und doch das Bild Schillers zeichnen, das von den modernen Gelehrten erkannt worden ist. Er hütet sich vor dem Pathos, auch vor der Sentimentalität, die gerade auf das Studium des Schillerschen Lebens verschwendet worden sind. Von dem Stoffgeschichtlichen der Dramen, der Balladen und der Prosastücke gibt er gerade so viel wie ein nur ästhetisch interessierter Leser braucht. Die Kunstphilosophie Schillers wird besonders von dem Fachmann Walter Strich abgehandelt. X Das Simmelsche Goethebuch /Leipzig, Klinkhardt & Biermann/ will keine Lebensbeschreibung sein. Solche literarhistorische Arbeit hätte Simmel auch sehr wenig Freude gemacht. Das moralische Wesen Goethes, die repräsentativen Werte des Dichters will Simmel erfassen, und sein Hauptwille ist darauf gerichtet, das scheinbar Willkürliche, Hüpfende, Ordnungslose des großen Charakters zu ordnen. Charakterbiologie könnte diese Methode genannt werden. Denn sie zieht eine große Menge physischer Daten in das Reich ihrer Betrachtung, die dem weniger subtilen Forscher vielleicht entgangen wären. Man lese zum Beispiel, wie zur psychologischen Analyse die Tatsache ausgenutzt wird, daß Goethe seine Sinne außerordentlich verfeinert hatte, daß er von gewöhnlichen, scheinbar toten Dingen den Duft, den Geschmack, das Tönen erfahren konnte. So kam es, daß er viele Etappen der Erkenntnis übersprang und Erfahrungen vorausnahm, die erst von einer spätern Generation erkannt wurden. Solche Wege zu Goethe zeigt Simmels Buch. Es erklärt eher den praktischen Goethe als den dichtenden, eher den Bürger und Weltmann als den genialen Phantasie-menschen. X Simmel erklärt das Wesen Goethes aus seinem Wesen und wählt daher die entgegengesetzte Methode, die Wilhelm Dilthey liebte.

Das Erlebnis und die Dichtung /Leipzig, Teubner/ ist seine wohlbekannte Formel geworden. Ganz orientiert an der Art des Goetheschen Welterfassens, noch zögernd an eingeborene, biologische Gründe des Kunstschaffens zu glauben sieht er in jeder Dichtung eine Umformung der Lebensgelegenheiten. Der geistreiche Mann ist jetzt gestorben, und die 4. Auflage des Werkes muß schon der Erinnerung an den Toten dienen. × *Die Geschichte der deutschen Frauen-dichtung seit 1800* skizziert H. Spiero in einem Bändchen der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/. Spiero tut gut daran, daß er das Schrifttum der Frauen immer im Zusammenhang mit der Männerarbeit betrachtet. Sein Geschmacksurteil ist nicht sehr kühn, nicht sehr verfeinert. Ihm liegt es eher die schon gefestigten, nicht mehr umstrittenen Urteile mit Fleiß und Geschick zu wiederholen als auf Entdeckung auszugehen. Das ist sogar für den aufklärenden Zweck seiner Schrift ein Vorteil. Doch verleitet ihn seine Furcht vor überleiteter Polemik Namen wie Lasker-Schüler und Beutler zu verschweigen, und diese Frauen sind doch charakteristisch mit ihrer erneuernden Lebensauffassung, mit ihrem besondern lyrischen Stil. × *Die gleiche Sammlung* bereichert O. Walzel mit einem Hebbelbuch (*Friedrich Hebbel und seine Dramen*), das in den engen Rahmen die Summe der Hebbelerkenntnis sehr ökonomisch einfügt. × Freudig muß es begrüßt werden, daß philologisch geschulte Männer, meist den akademischen Berufen zugehörnde junge Gelehrte, Fühlung mit der modernen Literatur suchen. Die Bonner *Literarische Gesellschaft* will schon in dem modernen Kunstwerk das von der Kritik gar nicht zu Bestreitende festhalten. Es handelt sich dabei nicht um Polemik sondern um Feststellung des Dichtercharakters. Weltanschauung, Form, historische Abhängigkeit werden erwogen. Die Prüfung einiger Hefte /Bonn, Cohen/ zeigt, daß hier nicht immer sehr temperamentvolle, sehr kunstempfindliche Männer arbeiten. Doch fehlt keinem unter ihnen die rühmensewerte Übung das Poetische vorsichtig zu analysieren. Es seien besonders hervorgehoben die Studien über Eulenberg von Kurt Wolff, Enrica von Handel-Mazzetti von Johannes Maria Fischer, Friedrich Spielhagen von A. M. Morisse, Charles de Coster von Leo Ehlen. ×

Der Verlag Bachmair in München gibt Beiträge zur Geschichte der modernen Dichtung heraus. *Die neue Zeit* ist das Ganze genannt. Die jungen Kritiker wollen sich in ihrer ganzen Subjektivität entfalten. Ihnen liegt gar nichts an der Gründlichkeit, sie zielen nur auf Entladung ihres Temperaments, und sie bilden so den scharfen Gegensatz zu den Bonner Gelehrten. Nach dieser anfechtbaren Methode wird über Schlaf, Dehmel, Gerhart Hauptmann und Hartleben geredet. × Einige neue Zeitschriften seien gebucht. Die französische Revue *Les Bandeaux d'Or*, die Paul Castiaux in Paris herausgibt, ist sehr modern und pflegt vor allem eine sehr kühne lyrische Kunst, die sich in den gährenden Herzen der Jüngsten zurechtfinden will. *Der lose Vogel* Leipzig, Demeterverlag/ läßt keinen der Mitarbeiter mit seinem Namen zeichnen. Allein der allgemeine Zweck soll betont werden, und die Laune der Persönlichkeit muß verschwinden. Es gehört ein bedeutender Grad von Stolz und Bescheidenheit zu einem derartigen Willen. *Die Bücherei Maiandros* ist eine Zeitschrift von 60 zu 60 Tagen. Alfred R. Meyer, Lautensack und Ruest, die Herausgeber, veröffentlichen *Teresa und Wolfgang*, eine nachgelassene Novelle von Samuel Lublinski, und etwas schrullige Reise- und Religionslyrik.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Berlin: Stadt- und Ringbahnelektrifizierung

Berliner Stadt- und Ringbahn hat der preußische Landtag in seiner letzten Tagung endgültig beschlossen. Die Vorarbeiten für diese Frage gehen in das Jahr 1899 zurück. Bis zum Jahr 1903 kam insbesondere der Betrieb mit Gleichstrom in Frage; Versuchsstrecken mit dieser Stromart wurden auf der Wannseebahn und der Bahn nach Groß-Lichterfelde-Ost eingerichtet. Daneben wurden Versuche mit besonderen Dampflokomotiven, insbesondere Heißdampflokomotiven, ausgeführt, deren Ergebnisse aber die Behörden und Fachleute nicht davon überzeugten, daß die Dampflokomotive den Ansprüchen an erhöhte Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit auf die Dauer gerecht werden würde. Nach dem Jahr 1903 wandte sich die Aufmerksamkeit der Behörden dem inzwischen durch die Konstruktion von

Wechselstromkommutatormotoren ermöglichen Betrieb mit hochgespanntem einfachen Wechselstrom zu, einer Stromart, die für die weit ausgedehnten Berliner Bahnanlagen besonders geeignet erschien. Nach einem kleinern Versuch auf der Strecke Niederschöneweide-Spindlersfeld wurde die Bahn Blankenese-Ohlsdorf für Wechselstrom eingerichtet. Weitere Erfahrungen wurden auf der Versuchsstrecke Dessau-Bitterfeld, hier insbesondere mit Wechselstromlokomotiven gewonnen. Auf Grund aller dieser Vorarbeiten ist sodann der im Jahr 1912 dem preußischen Landtag vorgelegte Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der, allerdings mit einigen wichtigen Einschränkungen, angenommen worden ist.

Die Eisenbahnverwaltung hatte vorschlagen den elektrischen Betrieb auf das ganze Netz der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn auszudehnen, das mit seinen bis Werder, Nauen, Veltens, Oranienburg, Bernau, Straußberg, Rüdersdorf, Fürstenwalde, Königswusterhausen und Zossen sich erstreckenden Ausläufern rund 430 Kilometer Strecken sowie 830 Kilometer Haupt- und 125 Kilometer Nebengleislänge umfaßt. Hierfür waren 50 Millionen Mark für Bauten und Anlagen und 73 Millionen zur Beschaffung neuer und zum Umbau alter Fahrzeuge erforderlich. Der Landtag hat nun beschlossen, daß der elektrische Betrieb zunächst nur auf der Stadt- und Ringbahn und auf den Vorortstrecken eingeführt wird, deren Züge auch über die Stadtbahn laufen müssen. Das sind die Vorortstrecken bis Potsdam, Spandau, Straußberg, Fürstenwalde und Königswusterhausen. Sie sind mit der Stadt- und Ringbahn zusammen 203 Kilometer lang und haben 396 Kilometer Haupt- und 78 Kilometer Nebengleise. Außerdem hat der Landtag beschlossen, daß für den Betrieb dieses Netzes staats-eigene Kraftwerke gebaut werden sollen, die von privaten Firmen und Werken unabhängig sind. Hierfür sollen noch besondere Geldmittel bewilligt werden, während für die Vorbereitung des elektrischen Betriebs auf den genannten Strecken eine erste Baurate von 25 Millionen Mark ausgeworfen worden ist. Als Voraussetzung für die Bewilligung weiterer Mittel verlangt der Landtag die Vorlage einer Denkschrift, aus der sich näheres über die Ergebnisse der noch anzustellenden Versuche mit Triebgestellen, über die zu wählende Strom-

art und deren Erzeugung und Verwendung ergibt. Die Denkschrift soll auch Aufschluß darüber geben, ob es wirtschaftlich ist, auf weiteren Linien der Berliner Vorortbahnen die elektrische Zugbeförderung einzuführen.

Mir erscheint zwar die Vorlage der Regierung darin verfehlt, daß sie mit Rücksicht auf die Benutzung der alten vorhandenen Wagen zum Lokomotivbetrieb greift, statt das System der Triebwagen von vornherein durchzuführen. Aber dieser Mangel wäre leicht durch eine Bereitstellung der Mittel durch den Landtag zu beseitigen gewesen; die Regierungstechniker hätten wahrscheinlich mit Freuden zugestimmt. In jedem Fall aber ist die Verstümmelung der Regierungsvorlage durch den Landtag recht bedauerlich. Statt ganze Arbeit zu machen hemmt man die (doch notwendige) Entwicklung und bewirkt durch solche Verlangsamung auch ungünstigere Betriebsergebnisse, die dann wieder gegen das System ausgenutzt werden können, während sie nur gegen dessen künstliche Nichtdurchführung sprechen. Die Forderung der nächsten Zukunft muß lauten: Aus- und Umgestaltung des gesamten Berliner Schnellbahnwesens (gleichviel, wem die einzelnen Linien gehören: ob dem Staat (Stadtbahn, Vorortbahnen), den Kommunen (Nordsüdbahn, Schöneberger, Wilmersdorfer Bahn usw.) oder Privatgesellschaften (*Hochbahngesellschaft, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* usw.)) zu einem einheitlichen Netz, mit elektrischem Betrieb, gleichem Tarif, Fahrkartengemeinschaft und Umsteigemöglichkeit.

×
Zugspitzen-
bahn

Das endgültig genehmigte Projekt der Zugspitzenbahn sieht 2 organisch gleichartige Einzelglieder vor. Sie geht vom Fußpunkt Grainau mit einer Haltestelle am Winkelpunkt Badersee und der Endstation Eibsee in die eigentliche Bergbahn über, die von Eibsee zum Gipfel führt. Auf der untern Strecke von 4,5 Kilometer Länge werden 200 Meter Steigung überwunden, auf der obern gleichlangen Strecke 2000 Meter. Auf der untern Strecke findet ein ununterbrochener Verkehr ebenso wie bei Straßenbahnen statt, der durch Einschleichen neuer Wagen gesteigert werden kann, während die obere Strecke geteilt ist. Von Eibsee aus zweigt die Bahn durch den Zugwald bis zu einem der

Schöneckspitze vorgelagerten Plateau, läuft dann über mehrere Unterstützungen bis zu einem Felszacken, der der hohen Riffel vorgelagert ist, schwingt sich hier zur Riffelwandspitze hinan, um dann auf der Südseite des Gebirges hinter der Riffelwandspitze und dem Zugspitzgrat den Gipfel zu erklimmen. Die Wagen hängen an Seilen, deren jedes bei 46 Millimeter Durchmesser 166 Tonnen Bruchfestigkeit hat. Für den Hingang der Wagen sind 2 Tragseile vorhanden, ebenso für den Rückgang. Dadurch ist die Betriebssicherheit gewährleistet. Die Wagen fahren mit 8 Laufrollen, haben ein pendelndes Gehäuse, das die Kabine trägt, die für 16 Personen und den Führer eingerichtet ist. Die Kabine sieht wie ein kleiner Straßenbahnwagen ohne Räder aus. In dem Laufwerk sind die Sicherheitsvorrichtungen für den Streckenbetrieb untergebracht. Diese bestehen in 4 starken Fangvorrichtungen, die beim Bruch eines der Tragseile, eines oder beider Zugseile oder bei sonstigen Hindernissen in Tätigkeit treten, aber auch von dem Wagenführer betätigt werden können. Eine Pufferbatterie regelt die Stromentnahme und kann sogar beim Ausbleiben des Betriebsstroms den ganzen Betrieb mehrere Stunden lang aufrechterhalten. Handbremsen gestatten noch abzubremesen, wenn etwa der Wagen über den Endpunkt hinausfahren will, wenn der Betriebsstrom ausbleibt, wenn ein Trag- oder ein Zugseil reißt, oder wenn die zulässige Fahrgeschwindigkeit überschritten wird. Die Versuche mit den Fangvorrichtungen haben die besten Ergebnisse gezeigt. Die Bahn wird den Verkehr zweifellos sehr heben und vielen die Zugspitze zugänglich machen, die sonst auf den Genuß des Ausblicks verzichten müßten. Die Frage, ob man so diesen Genuß ohne die Anstrengung der Besteigung ermöglichen soll, ob es richtig ist die Gebirgshöhen ohne eigenes Verdienst, mühelos nehmen zu können, kann in dieser, lediglich dem Verkehr gewidmeten Rundschau nicht erörtert werden.

× **Riesengebirgs-
randbahn** ×

Ein großes Unternehmen im Riesengebirge geht von dem Kreis Hirschberg und der **Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft** aus. Es soll eine normalspurige Kleinbahn für Personen- und Güterverkehr von 27,5 Kilometer Länge gebaut werden, wovon 6 Kilometer auf die unmittelbare

Verbindung von Schmiedeberg mit Krummhübel, 6,2 Kilometer auf die Zweigstrecke Krummhübel-Brückenberg. 14 Kilometer auf die eigentliche Randbahn Krummhübel-Hermsdorf und der Rest auf eine kurze Verbindungsstrecke von Brikgitz nach Steinseifen entfällt. Dem Bahnbau bieten sich in dem gebirgigen Gelände ziemlich große Schwierigkeiten; insbesondere die Linie Oberkrummhübel-Brückenberg erfordert auf 6,2 Kilometer Länge durchweg die ungewöhnliche Steigung von 50 auf 1000, viele Dämme, Brücken, Einschnitte und Talübergänge. So kommt es, daß allein für den Unterbau durchschnittlich 130 000 Mark Kosten pro Kilometer erforderlich sind. Der ganze Bau soll 3,6 Millionen Mark kosten. Der Kreis übernimmt davon für 1,5 Millionen Mark Aktien, ebensoviel die **Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft**. Der Kreis nimmt ferner für 600 000 Mark Obligationen und sorgt für den kosten- und lastenfreien Grunderwerb. Die Stadt Schmiedeberg trägt hierzu allein 50 000 Mark bei. Der Strom soll aus dem Überlandkraftwerk der Provinz Schlesien bezogen werden.

× **Gleislose
Schlepp-
bahnen** ×

In Altona ist Anfang dieses Jahres eine gleislose Schleppbahn dem Verkehr übergeben und damit eine neue und eigenartige Anwendung des elektrisch betriebenen gleislosen Fahrzeugs mit oberirdischer Stromzuführung eingeführt worden. Die von der **Gesellschaft für gleislose Bahnen** Max Schiemann & Kompanie eingerichtete Linie erstreckt sich von zwei Punkten an der großen Elbstraße 1000 Meter lang und hat im Mittel eine Steigung von 55 auf 1000. Es kommt ferner eine scharfe Krümmung von 11 Meter Halbmesser vor. Die Straße ist gepflastert; auf ihr verkehren täglich etwa 200 Lastwagen mit 5 bis 7 Tonnen Belastung, die wegen der starken Steigung Pferdeworspann außer den für ebene Straßen erforderlichen Zugtieren verwenden mußten. An Stelle dieses Vorspanns treten jetzt die Motorzugwagen der gleislosen Bahn. Die sonstige Bespannung aber bleibt an den gezogenen Lastwagen. Die Zugwagen haben 2 Lenkachsen mit Drehschemelbewegung und je einem Motor für Zahnradübertragung und 25 Pferdestärken Dauer- sowie 40 Pferdestärken Höchstleistung. Die Wagen können mit 6 bis 10 Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde ge-

zogen werden. Die Zugwagen von 6 Tonnen Eigengewicht können in Krümmungen von 5 Meter Halbmesser gelenkt werden. Der Wagenkasten ist vorn und hinten niedrig gehalten und nur in der Mitte in der für einen Führerstand erforderlichen Höhe ausgebildet. Das Dach trägt den bekannten Schiemannschen Stromabnehmer mit beweglichem Doppelkontakt. Die doppelpolige Oberleitung führt dem Zugwagen Gleichstrom von 550 Volt aus dem Elektrizitätswerk Altona zu. Die Zugwagen können seitlich genügend ausweichen, um andere Fahrzeuge bei der Bergfahrt zu überholen. Bei der Talfahrt fahren sie mit eingeholtem Stromabnehmer, also ohne elektrischen Betrieb. Die Bergfahrt eines Schleppzugs von 2 bis 3 Lastwagen dauert mit An- und Abkuppeln 8 Minuten, während die Zugwagen für die Talfahrt 7 Minuten brauchen, so daß stündlich 4 Schleppzüge befördert werden können. Die Gebühr beträgt 0,50 bis 2 Mark für das einmalige Bergaufschleppen von Wagen mit je 2500 bis 7500 Kilo Last. Für häufigere Benutzung der Zugwagen werden Rabatte von 5 bis 20 % gewährt. Da die Kuppelvorrichtungen so eingerichtet sind, daß die Lastwagen am Rathaus abgekuppelt werden können, ohne halten zu müssen und ohne Aufenthalt weiterfahren können, macht die Zeitersparnis den Fuhrleuten allein schon die Schleppgebühr bezahlt, ungeachtet der größeren Ausnutzung ihrer Pferde, denen die schwere Arbeit bei der Bergfahrt abgenommen wird.

× **Telegramm-gebühren** Die große Nordische Telegraphengesellschaft, die mittels der durch Sibirien gehenden russischen Landlinie den Verkehr mit Japan unterhält, wohin von Wladiwostok aus ein unterseeisches Kabel geht, das sich von Japan bis Shanghai und Hongkong fortsetzt, verkehrt auch über Kiachta mit China, wo sie in den siebziger Jahren ihren ersten Telegraphenverkehr errichtete. Japan hat sich nun nach Ablauf der bisherigen Rechte der Gesellschaft im Jahr 1912 selbst die für einen eigenen Betrieb nötigen Rechte vorbehalten, so daß die Gesellschaft ihre Monopolstellung nur noch vorläufig innehat. Die Folge wird sein, daß ihre Dividende, die im letzten Geschäftsjahr 20 % betrug, größer als je war und durch die Funkentelegraphie keinerlei Einbuße erlitt, nun bald doch einige Schmälerung erfahren wird. Japan

kam es besonders auf die Errichtung eines Regierungskabels zwischen Nagasaki und Shanghai an, auf dem in japanischen Schriftzeichen (Kana) abgefaßte Telegramme befördert sowie chinesisch-japanische Staatstelegramme ausgewechselt werden können. Ferner wird auf einem bereits einige Jahre bestehenden japanischen Regierungskabel zwischen der Insel Formosa und dem chinesischen Küstenplatz Foochow ein größerer japanischer Verkehr stattfinden. Am schwersten aber wird sich wenigstens zuerst die Herabsetzung der Telegrammgebühren fühlbar machen, die sowohl Japan wie die Presse der ganzen Welt verlangte. Diese Herabsetzung wird 20 bis 57 % betragen, und damit die Gesellschaft ein für allemal die Verkehrsbedürfnisse besser berücksichtigt, hat sie sich verpflichten müssen sogar weitere Gebührenherabsetzung zu gewähren, falls die Einnahmen noch weiter steigen sollten. Auch China und der ganze Osten mit der englischen Kolonie Hongkong nebst den jetzt Amerika gehörenden Philippinen und den großen holländischen Besitzungen mußte in die Ermäßigung einbezogen werden. Es machen sich dafür neue Kabel und Linien notwendig, so daß auch die Ausgaben dabei noch steigen werden. Die Herabsetzung der Gebühren wird ja zweifellos eine Erhöhung der Einnahmen bringen, und zu alledem hat der Balkankrieg ein Pflaster auf die Wunde gelegt, da die diplomatischen und sonstigen Telegramme eine gewaltige Einnahme brachten.

× **Kurze Chronik** Der elektrische Betrieb auf den italienischen Staatsbahnen wird nunmehr auch auf die Strecke Sampierdarena-Mignanego-Ronco ausgedehnt. Der elektrische Betrieb soll dort schon März 1914 aufgenommen werden. × Auch in Rußland beabsichtigt man mehrere Bahnlinien zu elektrifizieren. Für Petersburg selbst beabsichtigt man eine Ringbahn nach dem Vorbild der Berliner Stadt- und Ringbahn mit einem Kostenaufwand von 120 Millionen Mark zu bauen. Die Ringbahn soll auch mit dem Stadtmittelpunkt verbunden werden. × Es besteht die Absicht den Solent, den Meeresarm, der die Insel Wight von England trennt, zu untertunneln und so eine Verbindung mit Hilfe einer elektrischen Eisenbahn zwischen Stokes Bay auf dem englischen Festland und Ryde auf der

Insel herzustellen. Der Plan wurde schon wiederholt erwogen; bisher ist es noch nicht gelungen ihn durchzuführen. X Von der Berliner Untergrundbahn ist Anfang Juli eine Teilstrecke, die bautechnisch höchst interessante Strecke vom Spittelmarkt bis zum Alexanderplatz, die die Spreeuntertunnelung enthält, eröffnet worden. Ende des gleichen Monats folgte dann die Eröffnung der Fortsetzung dieser Strecke bis zur Schönhauser Allee, die in ihrem letzten Teil wieder Hochbahn ist. Zu rühmen ist die Gestaltung der Bahnhöfe, die durchweg Mittelbahnsteige haben. (Es wäre zu wünschen, daß die primitiven, verkehrshindernden Seitenbahnsteige auch bei der Stammlinie aufgehoben würden.) Nur in der Wahl der Stationsnamen ist die Gesellschaft merkwürdig unglücklich; zum Beispiel die vieldeutig-irreführende Bezeichnung *Nordring* statt *Schönhauser Allee*, die ganz verfehlte Bezeichnung *Gleisdreieck* (*lucus a non lucendo*), die sonderbare Bezeichnung *Kaiserhof* und andere mehr.

DIVERSA

Polemik

Marx und Conrad Schmidt Conrad Schmidt fordert mich in den *Sozialistischen Monatsheften* (1913, 1. Band, pag. 514) zu einer Diskussion heraus, deren Objekt die Kritik sein soll, die er hier in der Rundschau *Sozialwissenschaften* (1912, 3. Band, pag. 1321 ff.) über meine Abhandlung *Die soziale Frage und der Sozialismus* veröffentlicht hat. Ich komme dieser Aufforderung mit Vergnügen nach und statt der Redaktion der *Sozialistischen Monatshefte* meinen aufrichtigen Dank dafür ab, daß sie mir diese Arena zur Verfügung gestellt hat.

Schmidt behauptet, er habe meine *»Beweisführung«* gleich nach Erscheinen der Schrift, und zwar nach dem für Kontroversen von ihm [mir] selber aufgestellten Rezept: nämlich »korrekt«, »ihrem vollen Inhalt« nach und in »eindeutiger logischer Formel« in der ausführlichen Besprechung der *Sozialistischen Monatshefte* unter die Lupe genommen und Stück für Stück auf die darin enthaltenen elementaren Quidproquos zergliedert. »Man traut beim Lesen seinen Augen nicht«, sage ich mit Schmidt an der angeführten Stelle. Ich habe den Hauptinhalt meiner Schrift in nicht weniger als 16 Thesen zusammengefaßt, die ich nachstehend wiederhole:

»These 1. Die Marxsche Lehre vom Wert beruht auf unvollständiger Induktion der Tatsachen, gibt daher nur eine Teilerklärung der Werterscheinung und versagt daher gegenüber der Prüfung an den übrigen Tatsachen.

These 2. Die unvollständige Induktion der Tatsachen zeigt sich namentlich in der völligen Vernachlässigung des Monopolwerts.

These 3. Die Marxsche Lehre vom Mehrwert beruht auf einer *quaternio terminorum*. Der verdoppelte terminus medius ist der Begriff *Arbeitskraft*.

These 4. Der Marxsche Beweis für das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation beruht auf einer *Erschleichung*.

These 5. Die in dem selben Gesetz enthaltene Behauptung von der Reproduktion der Reservearmee und des Kapitalverhältnisses widerstreitet der Tatsache der *Verstadtlichung* der Bevölkerung.

These 6. Der von Marx angebotene Beweis für die *Tendenz der kapitalistischen Entwicklung in der Agrikultur* beruht auf einer zwiefachen *quaternio terminorum*. Die verdoppelten termini medii sind die Begriffe *Expropriation* und *Bauer*.

These 7. Der von Kautsky angebotene Beweis für das gleiche Gesetz beruht auf einer zwiefachen *Erschleichung*, indem zuerst das Hypothekeneigentum dem Grundeigentum und dann das Hypothekenmaklergeschäft dem Hypothekeneigentum gleichgesetzt wird. Damit komme ich zu meinen eigenen Behauptungen:

These 8. Der absolute immanente Wert der Produkte beruht nicht auf der in ihnen verkörperten Arbeitszeit sondern auf dem in ihnen verkörperten Arbeitswert.

These 9. Wo kein Monopol besteht, das heißt unter völlig freier Konkurrenz, kann kein Mehrwert entstehen.

These 10. Mehrwert entsteht immer dort, und nur dort, wo ein Monopol, das heißt wo zwischen Kontrahenten ein *Monopolverhältnis* besteht.

These 11. Der gesellschaftliche Mehrwert (Grundrente und Kapitalprofit) ist Folge eines gesellschaftlichen Klassenmonopolverhältnisses zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat.

These 12. Dieses Klassenmonopol ist konstituiert durch die Monopolisierung des Grund und Bodens, deren Rechtsform das große Grundeigentum ist.

These 13. Dieses Klassenmonopol ist entstanden durch außerökonomischen Po-

tenzen, nämlich durch kriegerische und geistliche Gewalt.

These 14. Wo es besteht, besteht eine freie Verkehrswirtschaft mit einseitig sinkendem Druck, daher massenhafte Abwanderung von Landproletariern, daher Kapitalismus.

These 15. Der Kapitalismus ist mithin nicht eine normale Phase der gesellschaftlichen Entwicklung sondern Folge einer außerökonomischen Störung.

These 16. Durch ausreichende innere Kolonisation ist die Bodenmonopolisierung zu zerbrechen und der Kapitalismus zu entwurzeln.

Von diesen Thesen hat Schmidt die 7, die sich gegen Marx und die Seinen richten, mit keinem Wort auch nur gestreift. Von den 9, die meine eigene Anschauung darstellen, hat er eine einzige, die 16., und bei weitherziger Auslegung vielleicht auch noch die 12. angegriffen. Und das nennt er »korrekt« und dem »vollen Inhalt« nach kritisieren? Da bin ich schon anspruchsvoller; ich verlange von jedem meiner Kritiker wesentlich mehr als dieses Achtel oder nur Sechzehntel und kann es von dem Kritiker eines sozialdemokratischen Parteiorgans noch mehr als von irgendeinem andern verlangen. Denn meine zur Debatte stehende Schrift trägt den Untertitel *Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie*. Und da meine ich denn doch, der *ernannte Richter* eines solchen Parteiorgans hätte, wenn er wirklich ernsthaft diskutieren will, mindestens die Aufgabe die Kritik des Marxismus zu untersuchen. Denn die Möglichkeit wäre ja doch gegeben, daß diese Kritik ganz oder zum Teil richtig sein könnte, selbst wenn mein eigenes positives Programm falsch wäre; ja, es könnte sich doch vielleicht in meinen eigenen rein theoretischen Thesen einiges Richtige finden, das als Baustein einer neuen Praxis dienen könnte.

Nun, Schmidt glaubt augenscheinlich einen zureichenden Grund für sein auswählendes Verfahren zu haben. Er hat ja »als Wurzel der sich kreuzenden Fehlschlüsse ... das begriffslos unbestimmte Spiel mit den Schlagwörtern *freie Konkurrenz* und *Monopol* geradezu schulmäßig systematisch nachgewiesen«. Wirklich? Über die Begriffe selbst scheint er nicht streiten zu wollen; stammen sie doch von Ricardo, Marx' geistigem Vater, und sind sie doch auch völlig eindeutig bestimmt als Korrelativbegriffe, deren jeder nur durch den an-

dern definierbar ist. *Freie Konkurrenz* besteht da, wo jeder, der etwas produzieren will, es auch kann und darf, das heißt wo kein *Monopol* besteht. Wo nicht jedermann frei konkurrieren kann, da besteht ein *natürliches*, und wo er es nicht darf, ein *rechtliches Monopol*. Darüber besteht, wie es scheint, kein Streit.

Aber diese Begriffe erscheinen Schmidt allzu leer. Er will »von den Namen zur Sache« übergehen, das heißt die leeren Begriffe mit Inhalt füllen, indem er »den Begriff moderner Volkswirtschaft ... im allerallgemeinsten Umriß fixiert«. Das verstehe ich, wohl mit Recht, dahin, daß er das volkswirtschaftliche System der freien Konkurrenz entwickeln will. Das ist ganz ausgezeichnet und in der Tat völlig »schulmäßig« geplant.

Leider führt Schmidt dieses vortreffliche Programm nicht aus. Statt das System der freien Konkurrenz zu entwickeln, beschreibt er — das System der kapitalistischen Wirtschaft. Er beschreibt es mit allen seinen Hauptattributen: mit der Produktion von »Waren« für den Markt durch Privatkapitalisten, die durch nichts als das Streben nach Mehrwert motiviert sind, Kapitalisten, denen »freie Arbeiter« zur Verfügung stehen, weil das gesellschaftliche Kapitalverhältnis besteht und sich automatisch in dem und durch den kapitalistischen Produktionsprozeß immer wieder reproduziert. Von dieser Prämisse aus kann er mich dann allerdings völlig »schulmäßig systematisch« »widerlegen«. Es ist dann auch nicht das mindeste mehr einzuwenden, sondern es ist sonnenklar, daß, die Prämisse zugegeben, der Kapitalprofit bei freier Konkurrenz unmöglich jemals verschwinden kann, daß der Arbeiter niemals den vollen Ertrag seiner Arbeit erlangen kann, usw. Das ist alles so verzweifelt richtig, so schulmäßig-systematisch - vulgärökonomisch - nassauseniorisch wahr, daß es einen Hund jammern kann. Es kann auch gar nicht anders sein, denn es läuft auf die tiefe Weisheit hinaus, daß ich mir die kapitalistische Wirtschaft nicht fortdenken kann, solange ich sie mir denke. Freilich.

Nun ist allerdings diese Gleichsetzung der kapitalistischen Wirtschaft mit dem »System der freien Konkurrenz« sehr ehrwürdig. Alle Klassiker haben daran geglaubt und nach ihnen Karl Marx. Aber ich bestreite ja gerade diese Identität. Das ist ja das einzige, worum es sich handelt. Der einzige Punkt, wo

die Kritik einzusetzen hat, wenn sie wirklich schulmäßig sein will. Ich behaupte ja gerade, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht das System der freien Konkurrenz ist, für das sie die bürgerlichen Ökonomen und Marx gehalten haben, sondern daß sie im Gegenteil von einem kolossalen Monopol durchsetzt ist, das die freie Konkurrenz in ihren wichtigsten Beziehungen ausschließt, nämlich von dem gleichen Klassenmonopol, das Karl Marx das »gesellschaftliche Kapitalverhältnis« nennt. Schmidt aber tut gar nichts anderes, als daß er die von mir angegriffene Lehrmeinung autoritativ wiederholt, indem er gerade dieses »Kapitalverhältnis« wieder als normalen Bestandteil des freien Konkurrenzsystems bezeichnet. Das ist ganz und gar nicht »schulmäßig«; denn man kann eine Behauptung noch so oft wiederholen, sie wird darum doch nicht bewiesen.

Da hat sich Marx die Sache denn doch schwerer gemacht als sein Verteidiger. Er hat den Beweis für jene Identität zwischen kapitalistischem System und freiem Konkurrenzsystem zu führen gesucht, indem er sich zu zeigen bemühte, daß jenes Klassenmonopol, das »gesellschaftliche Kapitalverhältnis«, mit der Wirtschaft der freien Konkurrenz untrennbar verknüpft ist; daß es in einem unendlichen Kreisprozeß immer wieder durch die kapitalistische Produktion reproduziert wird, um seinerseits wieder diese zu reproduzieren (Gesetz der kapitalistischen Akkumulation). Wenn dieser Beweis zieht, so ist nichts mehr zu sagen: dann ist allerdings das Wort *kapitalistisches System* nur ein anderer Ausdruck für das Wort *Konkurrenzsystem*, und dann hat Schmidt recht. Aber gerade diesen Marxschen Beweis habe ich angegriffen (These 4 und 5). Ist es »schulmäßig« und »korrekt« so vorzugehen, als existierten diese Thesen nicht? Will Schmidt nicht erkennen, daß der Sozialismus sofort aufhört »wissenschaftlich« zu sein, wenn er den Marxschen Beweis für das Gesetz der Akkumulation nicht aufrechterhalten oder durch einen haltbarern ersetzen kann? Und daß jeder Sozialismus, der das kollektivistische System der konkurrenzlosen Wirtschaft nicht mehr deduktiv ableitet sondern nur postuliert, weil er in der Konkurrenz die Wurzel aller Übel zu erkennen glaubt, zum »Utopismus« zurückgekehrt ist?

Hic Rhodus! Kein Geringerer als Eduard

Bernstein hat mir zugegeben, daß der Marxsche Beweis nicht zwingend, daß also meine Kritik in diesem Punkt berechtigt ist. Wenn Schmidt Marx verteidigen und mich widerlegen will, weiß er jetzt, wo seine Bemühungen einzusetzen haben. Er wird sagen, das habe er bereits vor 10 Jahren getan. Ich bin bereit mich auch darüber mit ihm zu unterhalten, wenn die Redaktion mir Raum gewährt; hier darf ich nur sagen, daß er 1903 gerade so am Kern des Problems vorbeigedacht hat wie 1912.

Auf folgendes kommt es an: Produktionsmittel sind nach Marx (seine größte Leistung) nur dort »Kapital«, das heißt Mehrwert heckender Wert, wo das »gesellschaftliche Kapitalverhältnis« besteht, das heißt »freie Arbeiter« sich anbieten. Produziert worden ist das Kapitalverhältnis durch außerökonomische Gewalt, darin stimmt Marx mit mir überein (These 13): Wodurch wird es reproduziert? Marx sagt: durch das Kapital in seiner Form als *konstantes Kapital*, als Maschinerie und Zubehör, das immer Arbeiter frei setze. Der für diese Behauptung angebotene deduktive Beweis ist, wie ich behaupte (These 4) und Eduard Bernstein zugibt, nicht zwingend, kann es auch nicht sein; denn die sämtlichen Tatsachen, auch die von Marx selbst angeführten, widerstreiten der Behauptung (These 5 bis 7): die Gesamtindustrie setzt nicht nur keine Arbeiter frei sondern eröffnet unendlich viel mehr Arbeitsplätze als der Nachwuchs ihrer eigenen Bevölkerung besetzen kann. Wodurch wird denn nun das »Kapitalverhältnis« ständig reproduziert? Denn daß es reproduziert wird, unterliegt keinem Zweifel: sind doch Produktionsmittel immer wieder Mehrwert heckender Wert. Ich behaupte: durch das selbe Agens, durch das es auch nach Marx' Meinung produziert worden ist: durch außerökonomische Gewalt, die in einem Rechtsinstitut fortlebt, und zwar in der Bodensperre, die überall in der Welt die Volksmasse von dem wichtigsten aller Produktionsmittel absperrt (These 11, 12). Daß dem so ist, habe ich durch exakte, auf der Statistik beruhende Zahlen bewiesen. Wenn Schmidt hier von »phantastischen Schätzungen« spricht, so weiß ich nicht, wie er das verantworten kann. Daß eine Ausstattung von 1 Hektar Ackerland durchschnittlich pro Kopf einer Bauernfamilie das Maximum dessen ist, was sie nach den Verhältnissen der deutschen Landwirtschaft bewirtschaften

kann, ist unbestreitbar; und daß eine solche Familie auf etwa 7 Hektar ein sehr anständiges mittelständisches Leben führen kann, ebenfalls. Keup und Mührer publizieren jetzt eben Zahlen aus Pommern und Posen, denen zufolge der Markterlös solcher Kleinbauern, das heißt dasjenige, was sie nach Deckung ihres eigenen Nahrungsbedürfnisses verkaufen, pro Hektar ungefähr 300 Mark, auf 7 Hektar also über 2000 Mark beträgt. Davon sind abzuziehen etwa 800 Mark Verzinsung für Boden, Wohnhaus und Gehöft, so daß ein »freies Einkommen« von zirka 1200 Mark übrig bleibt. Ich meine, das ist recht gut mittelständisch. Und solcher Existenzen könnte Deutschland mindestens 34 Millionen Köpfe tragen, da es 34 Millionen Hektar Ackerland besitzt, es trägt aber nur 17 Millionen, und davon nicht weniger als 9½ Millionen Landarbeiter, und außerdem noch Millionen von Parzellen- und Zwergbesitzern, die auch nichts anderes sind als Proletarier. Das ist also offenbar die Folge einer Bodensperre, deren Rechtsform das große Grundeigentum ist. Wo ist hier von »phantastischen Schätzungen« die Rede?

Schmidt nennt mich einen »Utopisten«. Nun, im gewöhnlichen Sprachsinn sind wir alle »Utopisten«, die wir daran glauben, daß die greuliche kapitalistische Mißwirtschaft einer rationalen mehrwertfreien Wirtschaft Platz machen wird. Im wissenschaftlichen Sinn aber, wie Marx ihn fixiert hat, ist nur derjenige »Utopist«, »der die künftige Ordnung aus dem Kopf erfindet, statt sie mittels des Kopfes aus den Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft zu entdecken«. Marx war nicht Utopist, weil er seine Prognose bewies: wer seinen Beweis aufgibt, aber an seiner Prognose festhält, ist unerbittlich wieder Utopist geworden. Ich glaube fast annehmen zu dürfen, daß Schmidt sich in diesem Fall befindet. Und dann muß ich doch sagen: »Quis tulit Gracchos de seditione querentes?« Ich aber darf dagegen protestieren im wissenschaftlichen Sinn als Utopist bezeichnet zu werden; denn ich bin streng nach der Marxschen Vorschrift verfahren. Vielleicht irre ich an gebrachtmaßen; vielleicht ist meine Analyse der kapitalistischen Wirtschaft falsch, vielleicht verkenne ich aus diesem Grund ihre Tendenzen und stelle ihr eine falsche Prognose (darüber erbitte ich mir eben seit 17 Jahren eine ernsthafte Diskussion mit zureichen-

den Mitteln): aber grundsätzlich darf ich auf den Namen eines *wissenschaftlichen Sozialisten* Anspruch erheben. Denn meine Arbeit läuft nicht im mindesten darauf hinaus eine neue Gesellschaftsordnung zu konstruieren sondern lediglich darauf das Geheimnis des Mehrwerts zu entdecken und die Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaft festzustellen. In meiner *Theorie der reinen und politischen Ökonomie*, die 708 Seiten umfaßt, sind 707 Seiten diesen Problemen und eine ganze Seite dem *wirtschaftlichen Aktionsprogramm* gewidmet. Und selbst hier findet sich kein Wort von einer Gesellschaftskonstruktion sondern nur die Mahnung an die Unterklasse die immanente Entwicklung durch ihre klassenbewußte Aktion zu beschleunigen. Denn das ist wohl klar: Wenn meine Diagnose richtig ist, wenn nichts als ein rechtliches Klassenmonopol die Ursache aller kapitalistischen Entartung ist, so ergibt sich der praktische Schluß, daß es zerbrochen werden kann und muß. Das heißt nicht, daß »die Arbeiterschaft sich wie Münchhausen an ihrem eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen soll«, wie Schmidt spöttisch bemerkt, sondern das heißt vielmehr, daß sie eine ihr angelegte, schon sehr morsch gewordene Fessel zerreißen kann und soll. Und das scheint mir grundsätzlich nicht im mindesten »utopistisch« sondern ist durchaus marxistisch.

Nach meiner ganzen Stellung zu dem Problem ist mir nichts weniger erwünscht als auf diesen *Zukunftsstaat* einzugehen. Da Schmidt mich aber dazu zwingt, weil er mich, anstatt mir den »schulmäßigen« immanenten Gegenbeweis zu liefern, *ex consequentibus* angreift, das heißt mir nachweisen will, daß diese Gesellschaftskonstruktion unsinnig ist, muß ich mich leider darauf einlassen. Ich behaupte: Nach Lösung der Bodensperre hört die Massenabwanderung der Landproletarier in die Industriebezirke auf; die Bevölkerung des platten Landes wird viel dichter und gleichzeitig pro Kopf viel kaufkräftiger; das heißt die Nachfrage nach Industrieprodukten steigt enorm. Da Industrieprodukte nur von industriellen Arbeitern hergestellt werden können, steigt in gleichem Maß die Nachfrage nach ihnen auf den städtischen Arbeitsmärkten. Dieser steigenden Nachfrage tritt aber ein sinkendes Angebot gegenüber, da keine Landproletarier mehr abwandern, die Reservearmee wird aufgesaugt: folglich steigen

die Löhne, und zwar sehr bedeutend. Wir brauchen zunächst gar nicht darüber zu streiten, ob sie bis zum vollen Verschwinden des Profits steigen werden, darauf kommt es für die Praxis gar nicht an. Wenn diese Zusammenhänge zugegeben werden müssen, ist es völlig klar, daß die Arbeiterschaft vorläufig nichts Wichtigeres zu tun hat als auf Lösung der Bodensperre hinzuwirken.

Schmidt bestreitet diese Zusammenhänge mit folgenden Gründen:

1. Die Lage der Neubauern werde nicht so beneidenswert sein, um den Abfluß in die Städte herabzusetzen. In dieser Beziehung verweise ich auf die oben angeführten exakten Ziffern. Außerdem dürfte Schmidt wirklich wissen, daß aus kleinbäuerlichen Bezirken die Landflucht regelmäßig nur verschwindend gering ist, das zeigt jede Statistik.

2. Die Unternehmer würden ausländische Arbeiter heranziehen. Woher? Die osteuropäischen Reservoirs beginnen schon heute zu versiegen, und Rußland droht stark damit seine Grenzen zu sperren. Außerdem: für $1\frac{1}{2}$ Dutzend Millionen ausländischer Landarbeiter wäre zunächst einmal sogar in Deutschland Platz, weil wir ja nicht genug Menschen haben, um unsere Äcker zu besetzen, wenn die Bodensperre gebrochen wird; und deren Einwanderung dürfte doch einige Zeit brauchen. Ferner: Wenn Schmidt sich denn schon die wirtschaftliche Reform als durchgeführt denken will, wie kann er dann annehmen, daß politisch alles beim alten geblieben ist? Eine industrielle Arbeiterschaft, die dank ihres Bündnisses mit den Landarbeitern und Kleinbauern die Bodensperre zerbrechen konnte, ist auch imstande die fremde Einwanderung zu regulieren wie es ihr nötig erscheint. Und schließlich und hauptsächlich: Wo steht denn in meinen Büchern, daß ich diese Reform lediglich den deutschen Industriearbeitern empfehle? Sie gilt selbstverständlich für die russischen, polnischen usw. mindestens in gleicher Weise.

3. Wenn selbst die industriellen Arbeiterlöhne stark steigen sollten, behauptet Schmidt, »wer würde sein Geldvermögen zum Produzierenlassen von Waren anwenden, wenn andauernd, der Regel und Tendenz nach, nicht ein prozentualer Gewinn vom angewandten Kapital zu erwarten wäre?« Sehr richtig, die Kapitalisten würden in diesem Fall aufhören Waren zu produzieren:

aber würde darum die Produktion von Gütern aufhören müssen? Das ist sozusagen vulgärökonomisch gedacht: Den Vulgärökonomisten galten die Kapitalisten und das private Geldkapital als unentbehrlich für die Produktion, und Schmidt scheint sich ihnen ganz anzuschließen. Wenn die Kapitalisten nicht mehr weiter können und wollen, dann werden eben die Arbeiter produzieren. Heute können sie das nicht, da sie *freie*, das heißt besitzlose Arbeiter sind: unter den von Schmidt gemachten Annahmen sind sie aber nicht mehr besitzlos sondern können selbst *Kapital* bilden, das heißt aus ihrem hohen Lohn genug ersparen, um die Produktionsmittel für sich, für ihre Produktivgenossenschaften zu erwerben. Glaubt Schmidt nicht auch, daß die 80 000 Arbeiter und Angestellten Krupps eine ganz nette Summe aufbringen könnten, um das Werk zu erwerben, falls ihr Lohn jahrelang so hoch gewesen wäre, daß Herr von Bohlen-Halbach die Produktion aufgeben muß, weil er erkennen muß, daß er »der Regel und Tendenz nach« keinen prozentualen Gewinn mehr machen kann?

4. Die Preise würden steigen, wenn der Lohn stiege, und zwar natürlich auch für die »Artikel des Massenkonsums«, und das würde voraussichtlich den durch eventuelle Geldlohnsteigerung zuerst gesteigerten Reallohn wieder erheblich reduzieren. Ei, ei, Herr Schmidt: ich glaube, Sie wären Marxist? Nach der Marxschen Wertlehre entspricht der Preis der Waren auf die Dauer und im Durchschnitt der darin vergegenständlichten Arbeitszeit. Da diese sich durch die Lösung der Bodensperre nicht ändert, muß auch der Wert der Produkte und auf die Dauer ihr Preis gleich hoch bleiben, das heißt der Kapitalist kann nicht auf den Arbeiter als Verbraucher abwälzen, was der Arbeiter als Produzent gewonnen hat.

5. Da die Expropriation des Großgrund Eigentums nur durch den Staat geschehen könnte, der die Besitzer auskaufen müßte, würden die neuangesetzten Bauern auf die Dauer mit dem Zins dieser Kaufgelder belastet sein, das heißt den Mehrwert nach wie vor abtreten müssen, den die Expropriierten nach wie vor auf die Dauer einstreichen. Darauf erwidere ich:

Es ist nicht wahr, daß nur der Staat der Träger der Expropriation sein kann, und ebensowenig wahr, daß er die ganzen $16\frac{1}{2}$ Millionen Hektar kaufen müßte, die heute Großbauern und Großgrund-

besitzern gehören. Ein Bruchteil würde genügen, um alle Landarbeiter aufzusaugen, und der Rest wäre umsonst zu haben, da er keine Rente, das heißt keinen Wert mehr hätte. Aber ich will Schmidts Voraussetzung annehmen: Der Staat expropriert mit einem Schlag gegen ausreichende Entschädigung mindestens die 7 Millionen Hektar Ackerland des eigentlichen Großgrundeigentums. Dann müssen die Neubauern in der Tat zunächst den Zins der erforderlichen Staatsanleihe tragen, und die Expropriierten werden ihn einstreichen. Das kann der Bauer ohne Schaden tragen: denn seine Wirtschaft ist arbeitsintensiver und sparsamer als der Großbetrieb, das heißt er erzeugt mehr Einheiten des Produkts von der Fläche und hat aus jeder Einheit einen größeren Reingewinn, weil geringere Produktionskosten. Aber diese Belastung wird, wenn im übrigen meine Diagnose und Prognose anerkannt werden, sehr bald fast oder ganz auf Null sinken. Denn wenn der Profit so stark absinkt, daß die Unternehmer ihre Betriebe aufgeben müssen, dann sinkt auch der Zins, der sein Exponent ist, und die Bauern konvertieren ihre Renten oder Hypotheken in solche immer geringeren Zinses und werden wahrscheinlich die so entstehenden Ersparnisse benutzen, um die Schulden sehr schnell zu tilgen. So vermindert sich der Mehrwert, den sie zahlen, fast oder ganz auf Null, und im gleichen Schrittmäß sinkt der Mehrwert, den die expropriierten Expropriateure beziehen. Kurz und gut: Die einzige Frage, um die es sich handelt, ist diese: Wurzelt das gesellschaftliche Kapitalverhältnis in der Bodensperre, und muß es mit ihr verschwinden oder nicht? Wenn ja, so hören nach Marx' eigenen Worten »Produktionsmittel und Geld auf Kapital, das heißt Mehrwert heckender Werk zu sein«. Darf ich einige Worte aus Marx' *Kapital* (1. Band, 4. Auflage /Hamburg 1890/, pag. 733) zitieren? »Die Expropriation der Volksmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Das Wesen einer freien Kolonie besteht umgekehrt darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist, und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum verwandeln kann, ohne die späteren Ansiedler an der selben Operation zu verhindern.« Nun wohl, brecht die Bodensperre, und Deutschland, Rußland,

Österreich, England, selbst Frankreich und die Schweiz usw. sind dem Wesen nach »freie Kolonien« mit überschüssigem Boden in Massen für unzählige »spätere Ansiedler«. Wo das aber der Fall ist, da, sagt Marx selbst (loc. cit., pag. 731 und 734), fehlt die »Ergänzung«, die »das Eigentum an Geld, Lebensmitteln, Maschinen und anderen Produktionsmitteln« zum Kapital stempelt, »der Lohnarbeiter, der andere Mensch, der sich selbst freiwillig zu verkaufen gezwungen ist«. »Das Gesetz der Arbeitsnachfrage und -zufuhr gerät in die Brüche. Einerseits wirft die alte Welt fortwährend exploitationslustiges, entsagungsbedürftiges Kapital ein; andererseits stößt die regelmäßige Reproduktion der Lohnarbeiter als Lohnarbeiter auf die unartigsten und teilweise unüberwindliche Hindernisse. . . . Der Lohnarbeiter von heute wird morgen unabhängiger, selbstwirtschaftender Bauer oder Handwerker.« Der »Exploitationsgrad des Lohnarbeiters« bleibt »unabhängig niedrig«. Kurz, das Kapital ist hier gar nicht — Kapital.

Mir scheint, das ist doch eine Gesellschaft der »freien Konkurrenz« gewesen, aber dennoch, ohne »als immanent notwendiges Moment eine < sich ständig reproduzierende > Eigentumsverteilung« zu enthalten, »kraft deren . . . usw.« (Schmidt, loc. cit., pag. 1321)? Und mir scheint, »das Kapital, das arbeitslose Einkommen der Vermögenden und damit die Tributpflicht, der die Vermögenslosen jenen gegenüber im wirtschaftlichen Prozeß unterworfen sind, bleibt also im Prinzip« doch nicht »völlig unberührt«, wie Schmidt (loc. cit., pag. 1323) annimmt. Gehört nun Karl Marx danach auch zu den »Utopisten«? Ist seine hier niedergelegte Vorstellung, daß durch freie Konkurrenz der Wesensunterschied von kapitalistischem Unternehmereinkommen und Arbeitereinkommen niemals aufgehoben werde, auch »völlständig sinnlos«?

Ich bin am Schluß. Wenn Schmidt mir noch einmal die Ehre einer Duplik erweisen will, bitte ich ihn höflichst mitzuteilen, inwieweit er selbst sich noch mit Marx und dem Marxismus identifiziert. Mit ihm persönlich suche ich keinen Streit. Ich kämpfe gegen den Marxismus: gegen den Schmidatismus wird Zeit zu kämpfen sein, wenn er nicht nur da ist sondern auch Einfluß gewonnen hat.

FRANZ OPPENHEIMER